DIE UNTERNEHMERTÄTIGKEIT DEUTSCHER BANKEN IM AUSLANDE

EINE BESONDERE FORM DES DEUTSCHEN KAPITALEXPORTS

INAUGURAL-DISSERTATION

EINER HOHEN RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU FREIBURG I. BR. ZUR ERLANGUNG DER STAATSWISSENSCHAFTLICHEN DOKTORWÜRDE

VORGELEGT VON

RUD. STAAB

1912
WIESENTÄLER HANDELSDRUCKEREI
CARL W. AUER, LÖRRACH (BADEN)

DIE UNTERNEHMERTÄTIGKEIT DEUTSCHER BANKEN IM AUSLANDE

EINE BESONDERE FORM DES DEUTSCHEN KAPITALEXPORTS

INAUGURAL-DISSERTATION

EINER HOHEN RECHTS- UND STAATSWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER ALBERT-LUDWIGS-UNIVERSITÄT ZU FREIBURG I. BR. ZUR ERLANGUNG DER STAATSWISSENSCHAFTLICHEN DOKTORWÜRDE

VORGELEGT VON

RUD. STAAB

1912

WIESENTÄLER HANDELSDRUCKEREI
CARL W. AUER, LÖRRACH (BADEN)

Dekan: Prof. Dr. Diehl.

Referent: Prof. Dr. Diehl.

Vorwort.

Die vorliegende Arbeit, die ihre Entstehung einer Anregung des Herrn Prof. Liefmann in Freiburg i. Br. verdankt und für deren weitere Ausarbeitung der Verfasser Herrn Prof. Diehl daselbst zu besonderem Danke verpflichtet ist, stellt sich als ein Teil einer grösseren Arbeit dar, die unter dem Titel «Die Unternehmertätigkeit deutscher Banken im Auslande, eine besondere Form des deutschen Kapitalexports» der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg i. Br. vorgelegen hat und von derselben als Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde angenommen worden ist.

Die ausländische Unternehmertätigkeit der deutschen Banken hat bis jetzt erst nach einer Seite hin, dem Gebiete der ausländischen Bankgründungen, eine wissenschaftliche Darstellung erfahren. Hier sind es die Arbeiten von Hauser,[1]) dessen Untersuchung sich mit den deutschen Überseebanken beschäftigt und von Diouritch,[2]) der innerhalb eines grösser angelegten Werkes auch die übrigen ausländischen Bankgründungen mit hereinbezieht, die diesem Gebiete eine ausreichende Beachtung zu teil werden liessen. Die übrigen Zweige auf dem Gebiete der Auslandsunternehmungen, wie die Eisenbahn-, Kabel- und Schiffahrtsunternehmungen, die Elektrizitätsgesellschaften, Bergbau- und Minenunternehmungen u. a., haben dagegen noch keine, oder doch keine ausreichende Bearbeitung erfahren, sodass ich den Anspruch zu erheben mich für berechtigt glaube, diese Lücke durch die vorstehende Arbeit ausgefüllt zu haben.

Das Material zum statistischen Hauptteil der Arbeit, der hier nicht zum Abdruck gelangt, entstammt zum grössten Teil

[1]) Die deutschen Ueberseebanken, Jena 1906.
[2]) L'Expansion des banques allemandes à l'étranger, Paris 1909.

den Berichten und Bilanzen der betr. Banken und Gesellschaften, deren Einsicht mir von der «Korporation der Ältesten der Berliner Kaufmannschaft» in ihrem Archiv gütigst gestattet wurde, wofür ich der genannten Vereinigung ebenfalls herzlichen Dank sage. Ebenso wurde der Handelsteil der «Frankfurter Zeitung» und der «Berliner Börsen-Courier» und die «Berliner Börsen-Zeitung» zur Ergänzung des Materials herangezogen.

Ferner wurde folgende Literatur benutzt:

Beer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, Wien 1860—1884.
Brockhage, Zur Entwicklung des preussisch-deutschen Kapitalexports, Leipzig 1910.
Dehn, Weltwirtschaftliche Neubildungen, Berlin 1904.
Denkschrift der Disconto-Gesellschaft.
Denkschrift des Zentralverbandes des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Berlin 1903.
Die deutschen Kapitalanlagen in überseeischen Ländern, herausgegeb. vom Reichsmarineamt.
Diouritch, L'Expansion des banques allemandes à l'étranger, Paris 1909.
Dix, Deutschlands wirtschaftliche Zukunft in Krieg und Frieden, Conrads Jahrb. 1910.
Entwicklung der deutschen Seeinteressen, herausgegeb. vom Reichmarineamt.
Fasolt, Die sieben grössten deutschen Elektrizitäts-Gesellschaften, Dresden 1904.
Handels-und Machtpolitik, Stuttgart 1900.
Hansen, Gustav v. Mevissen, Berlin 1906.
Hauser, Die deutschen Ueberseebanken, Jena 1906.
Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Grossbanken zur Industrie, Leipzig 1905.
Liefmann, Beteiligungs- und Finanzierungs-Gesellschaften, Jena 1908.
Liefmann, Ueber den Einfluss des internat. Kapitalienverkehrs auf die Krisen, Conr. Jahrb. 1904.
Loeb, Die Berliner Grossbanken in den Jahren 1895—1902, Schriften d. Ver. f. Soz. Pol. 110. Bd.
Oldenberg, Zur Theorie der volkswirtschaftlichen Krisen, Schmollers Jahrb. 1903.
Pohle, Deutschland am Scheidewege.
Riesser, Zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Grossbanken, Jena 1910.
Rosendorff, Die deutschen Banken im überseeischen Verkehr, Conr. Jahrb. 1904.
Sartorius v. Waltershausen, Kapitalanlage im Auslande, Berlin 1907.
Statist. Jahrbuch für das deutsche Reich.
Stenogr. Bericht der Verhandlungen der Börsenenquete-Kommission, Berlin 1908.
Trescher, Mehr Ausfuhrpolitik, Essen 1911.

Ferner:

Dernburg, Kapital und Staatsaufsicht, Berlin 1911.
Helfferich, Auslandswerte, Bankarchiv 1911, No. 14.

Die wirtschaftliche Ausbreitung eines Volkes, das Aufsuchen der fremden Märkte und die Hereinbeziehung entfernter Wirtschaftsgebiete in den Verkehr der heimischen Volkswirtschaft ist stets ein Zeichen fortgeschrittener Wirtschaftsentwicklung. Die ökonomische Expansion findet in einer gefestigten volkswirtschaftlichen Organisation, die auf dem Boden rechtlich geordneter Verhältnisse basiert, ihre notwendige Voraussetzung, die ihrerseits wieder in einer entwickelten Geld- und Kreditwirtschaft, gestützt auf eine zuverlässige Bankenorganisation, ihren sicheren Stützpunkt findet. Wenn auch in manchen Fällen die wirtschaftliche Einigung einer Nation ihrer politischen Zusammenfassung vorangegangen ist, die letztere darum nur die äussere Krönung einer sich in stiller Arbeit vollzogenen inneren Konsolidation darstellt, so kann doch im allgemeinen gesagt werden, dass erst die politische Einigung die für einen gesteigerten und nachhaltigen wirtschaftlichen Aufschwung unerlässliche Vorbedingung ist, durch welche die ökonomischen Kräfte zu einer höheren Einheit zusammengefasst und in planvoller Weise nach gemeinsamen Zielen hingeleitet werden.

Aus diesem Grunde treffen wir daher in den zentralistischen Staatengebilden Westeuropas, in England und Frankreich, schon frühzeitig die Tendenz zur wirtschaftlichen Ausbreitung, die sich zumeist in die Form kolonialer Eroberungen kleidete. Da die Träger dieser Entwicklung in der Hauptsache durch die einheimischen Geld- und Finanzinstitute repräsentiert werden, deren Tätigkeit als der Pioniere jeglichen wirtschaftlichen Fortschritts im kapitalistischen Wirtschaftszeitalter mit den ökonomischen Entwicklungstendenzen aufs innigste verknüpft ist, so lassen sich aus der Entwicklungshöhe der Bankenorganisation zu einer bestimmten Zeit, wie überhaupt aus dem ganzen Werden und Sein der nationalen Geld- und Kredit-

institute, auch auf die Expansionsbestrebungen eines wirtschaftlichen Organismus zwingende Schlüsse ableiten.

In der Entwicklung des Bankwesens ist Deutschland um ein ganzes Jahrhundert hinter den beiden vorerwähnten Nationen zurückgeblieben. Bis zur Mitte des vorigen Jahrhunderts befindet sich das Bankgeschäft in Deutschland fast ausschliesslich in den Händen der Privatbankiers, deren Tätigkeit sich streng im Rahmen des althergebrachten regulären Bankgeschäftes hielt. Mit dem Aufkommen neuer ökonomischer Bedürfnisse infolge der zunehmenden Volksdichte und der Vermehrung des Wohlstandes machen sich jedoch bald andere Kreditformen und -Organe notwendig: es beginnt die Zeit des Aktienbankwesens und der Schöpfung grosser Kreditinstitute, die als weiterer Ausbau des Systems der Kapital- und Kreditvermittlung für die allgemeine Entwicklung und Organisation der grossen wirtschaftlichen Aufgaben Deutschlands unumgänglich notwendig wurden. Kein Geringerer als der rheinische Grossindustrielle und Bankier Gustav Mevissen hatte um die Mitte des vorigen Jahrhunderts diese Notwendigkeit richtig erkannt und ihr klaren Ausdruck verliehen. «Schon seit längerer Zeit,» — so sind seine Worte — «ist es in Deutschland ein anerkanntes Bedürfnis, dass dem aufstrebenden Unternehmungsgeiste der Nation durch die Schöpfung grossartiger Kreditinstitute die Wege geebnet und der steigenden industriellen Bewegung durch die Expansionskraft und Elastizität grosser Geldinstitute ein wirksamer Schutz gegen die von den Fortschritten der Industrie unzertrennlichen vorübergehenden Krisen geboten werden müsse. Jeder Blick auf die Geldinstitute der industriellen Staaten des Auslandes zeigt das Ungenügende der heimischen Einrichtungen.»[1])

Das unstreitige Verdienst, diese Bahn wirtschaftlichen Fortschrittes durch die Schaffung eines Aktienunternehmens, das zum erstenmal in weitgehendstem Masse «an Stelle des traditionellen Bankgeschäftes die Absicht setzte, dem öffentlichen und dem industriellen Kredit systematisch Kapital zuzuführen und dabei den Nachdruck auf die Emissionstätigkeit und insbesondere auf die Entwicklung des Verkehrswesens zu legen»,[2]) zuerst betreten zu haben, ist Frankreich zuzuerkennen. Hier waren es die Gebrüder Pereire, welche die dem Saint-

---

[1]) Josef Hansen, Gustav v. Mevissen, Berlin 1906, S. 645.
[2]) Josef Hansen, op. cit. S. 646.

Simonismus entstammende Idee in genialer Weise und in einer Ausdehnung in die Wirklichkeit übersetzten, wie es seitdem nicht mehr versucht worden ist. Ihrem schöpferischen Drange kam das am Vorabend seiner Geburt stehende zweite Kaiserreich zu Hilfe, das sich von dem mit grossen Monopolen ausgestattenen neuen Unternehmen die nötige finanzielle Unterstützung seiner Bestrebungen versprach. So kam denn im November 1852 der «Crédit Mobilier» zustande, jenes Institut, das sich in der Folgezeit als das Vorbild so vieler anderer Bankgründungen in den übrigen Staaten Europas erweisen sollte. Nur England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika verhielten sich gegen die moderne Schöpfung des Industriekredits ablehnend, in der Hauptsache wohl deshalb, weil in diesen Ländern der Unternehmungsgeist nicht mühsam nach Kapital auszuspähen brauchte, da es sich für die Zwecke des Unternehmertums bereitwilligst zur Verfügung stellte. «Der Staatsstreich ist ohne den Crédit Mobilier nicht denkbar», sagt Adolf Beer in seiner Geschichte des Welthandels;[3]) ebenso kann nicht geleugnet werden, dass ohne das Vorbild des Crédit Mobilier das deutsche Kreditbankwesen in der heutigen Höhe seiner Ausgestaltung nicht gut gedacht werden kann. Der Einfluss dieses Instituts auf die weitere und wohl entscheidende Entwicklung des deutschen Kreditbankwesens ist unverkennbar.

Durch die ersten Erfolge dieses Unternehmens angeregt, trugen sich nun die Bankiers Gustav Mevissen und Abraham Oppenheim aus Köln mit dem Gedanken, nach Art des französischen Instituts auch auf deutschem Boden ein Bankunternehmen zu schaffen, welches am 13. April 1853 in Darmstadt unter Mitwirkung hervorragender Finanzkräfte unter dem Namen «Bank für Handel und Industrie» mit einem Grundkapital von 25 Millionen Gulden ins Leben trat.

Dieses Unternehmen, dessen Gründung, wie bei der Errichtung des Crédit Mobilier, noch die anderweitige Absicht zugrunde lag, durch ein korporatives Unternehmen ein wirksames Gegengewicht gegen die immer unerträglicher werdende Alleinherrschaft der Rothschild'schen Geldmacht zu schaffen, wurde gleich bei seiner Entstehung aufs heftigste angegriffen, und es setzte eine gehässige Polemik ein, die die volkswirtschaftliche Bedeutung und die praktische Durchführbarkeit der

---

[3]) Beer, Geschichte des Welthandels, Bd. I, S. 225.

Kreditbanken überhaupt leugnete und dem neugegründeten Institut die Absicht der schwindelhaften Agiotage unterstellte, sodass sich Mevissen als Leiter des neuen Unternehmens in der 1. Generalversammlung vom 22. Mai 1854 zur Abwehr gegen diese Unterstellungen genötigt sah; er führte aus: «Die Bank für Handel und Industrie ist nicht, wie es behauptet worden, durch ihr Statut vorzugsweise auf Spekulationen an der Börse angewiesen. Sie hat keineswegs die Aufgabe, der Agiotage Vorschub zu leisten und das Kapital zu unproduktivem Börsenspiel anzuregen. Sie ist vielmehr berufen, durch eigene Beteiligung und durch Anlage fremder Fonds solide und grosse Unternehmungen zu fördern und nach Kräften durch die auf einem hohen Standpunkt sich darbietende klare Einsicht in die Gesamtlage der deutschen Industrie dazu mitzuwirken, dass Unternehmungsgeist und Kapital in die richtigen, den Bedürfnissen des Augenblicks entsprechenden Bahnen geleitet werden. Ihre Organe im In- und Auslande sollen den Export und den Import und die tausendfachen anderen Beziehungen der deutschen Industrie zum Geldmarkte vermitteln. Sie hat das Recht und die Aufgabe, das Kapital, welches bei dem einen Industriellen zeitweise disponibel ist, dem andern, welcher desselben im gleichen Augenblick bedarf, zuzuführen und durch diesen steten Austausch die industrielle Tätigkeit zu beleben und zu fördern.»[4])

Das durch Aussicht auf hohe Rente den industriellen Unternehmungen in steigendem Masse zugewandte Kapital verlangte nach Instituten, die geeignet und geneigt waren, sowohl vorübergehend bis zu einer sich darbietenden festen Anlage das flüssige Kapital entsprechend zu verzinsen, wie bei der Anlage selbst mit Einsicht und Zuverlässigkeit zu leiten und durch sachgemässen Rat und fördernde Mitwirkung solche industriellen Schöpfungen ins Leben zu rufen, welche eine angemessene Rentabilität verbürgen. So entstanden in der Folgezeit, nachdem schon im Revolutionsjahr 1848 der A. Schaaffhausen'sche Bankverein und 1851 die Disconto-Gesellschaft errichtet worden waren, noch eine Reihe weiterer Mobiliar-Kreditinstitute, wie die Mitteldeutsche Kreditbank und die Berliner Handelsgesellschaft im Jahre 1856, die Hamburger Vereinsbank, die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt, die Niedersächsische Bank, die Norddeutsche Bank, der Schlesische Bankverein u. a. Während

[4]) Bericht der Bank für Handel und Industrie für 1853.

jedoch in dem Zeitraum nach 1848 alle die grösseren privaten Bankfirmen, die damals, da das Wechseldiskont-Geschäft noch sehr wenig getätigt wurde, sich hauptsächlich auf das Börsengeschäft und die Arbitrage verlegten, ihre ausländischen Beziehungen zu festigen und zu erweitern bestrebt sind, halten sich die neugegründeten Aktienbanken in der Hauptsache von dem ausländischen Geschäft noch fern; nur die Darmstädter Bank und die Disconto-Gesellschaft machen hiervon eine bemerkenswerte Ausnahme, indem sie sich vereinzelt an ausländischen Gründungen, ganz besonders jedoch, dank ihrer guten Beziehungen zu dem Hause Rothschild, an den grossen internationalen Anleiheoperationen jener Zeit beteiligten.

Wenn sich auch in dieser Periode allenthalben die Neigung zur Betätigung im Auslandsgeschäft bemerklich macht, so ist doch in der Hauptsache die Expansion unserer Grossbanken ein Produkt der neueren Entwicklung des deutschen Bankwesens, die mit ihren nun sichtbarer in die Erscheinung tretenden Anfängen mit der Errichtung des neuen deutschen Reiches zusammenfällt. War mit dem 1834 zustande gekommenen deutschen Zollverein die wirtschaftliche Einigung erfolgt, so sollte nun durch die Errichtung des neuen deutschen Kaisertums dem ökonomischen Zusammenschluss als dessen Krönung die politische Einheit folgen. Ein ungeahnter wirtschaftlicher Aufschwung griff nun auf allen Gebieten Platz, und in hervorragendem Masse sind es die deutschen Banken gewesen, die an der wirtschaftlichen Neuordnung der Verhältnisse bedeutsamen Anteil genommen haben, indem sie durch erweiterte und verbesserte innere Organisation, sowie durch Heraufsetzung ihrer Aktienkapitale den an sie herantretenden erweiterten Ansprüchen zu genügen suchten. Namentlich war es die innere Ausgestaltung der Bankorganisation, die Aufnahme neuer Geschäftszweige, wie des Depositen-, Kontokorrent- und Wechseldiskont-Geschäftes, wodurch sich die Banken den veränderten Bedürfnissen einer neuen Zeit anzupassen wussten. Auch die Errichtung neuer Bankinstitute wurde durch den nun beginnenden industriellen und kommerziellen Aufschwung mit seinen vielseitigen und umfassenden Bedürfnissen und Ansprüchen notwendig, und so sehen wir denn in dieser Epoche, begünstigt durch die neue Aktiengesetzgebung, die von dem alten Konzessionssystem zu dem System der Normativbestimmungen überging, zu den bereits vorhandenen Bankinstituten eine Reihe weiterer Aktienbanken

treten, von denen allerdings in der Folgezeit nicht alle sich als widerstandsfähig genug erwiesen. So erfolgte, um nur die bedeutendsten zu nennen, im Kriegsjahr 1870 die Gründung der Deutschen Bank, im gleichen Jahr die der Kommerz- und Disconto-Bank in Hamburg; 1872 folgte sodann die Dresdner Bank in Dresden und 1881 die Nationalbank für Deutschland. Damit war nun zugleich die Gründung aller jener Banken erfolgt, die, wenn nicht schon von Beginn ihrer Tätigkeit an in Berlin ansässig, im Laufe der Jahre ihre Hauptniederlassung in die Reichshauptstadt verlegten und die man als die «Berliner Grossbanken» zu bezeichnen gewohnt ist.

Es macht sich nun im deutschen Bankgewerbe diejenige Bewegung geltend, die man die Konzentration der Banken nennt. Die Kapitalien dieser grossen Aktienbanken waren in dieser Zeit im Verhältnis der gestellten Aufgaben doch noch ziemlich beschränkten Umfanges, wenn sie auch gleich den grössten Teil der im Bankgewerbe verwendeten Kapitalien darstellten. Die in dem Zeitraum nach den 70er Jahren gegründeten neuen Bankinstitute waren, wie bereits erwähnt, nicht alle lebensfähig und gaben so das Material ab, dessen sich die grossen Institute in der Betätigung ihrer Konzentrationsbestrebungen bedienten. Die grossen Bankinstitute schritten also gleichzeitig mit der Heraufsetzung ihrer Aktienkapitale zur Angliederung schon bestehender, in den seltensten Fällen erst neu zu errichtender Provinzbanken, um dadurch ihrer bankgeschäftlichen Tätigkeit eine breitere Basis zu geben. Auch die Gründung von Filialen und die Kommanditierung einflussreicher Banken, vor allem im Auslande, sowie die Errichtung von Agenturen und Depositenkassen liessen sich die grossen Bankinstitute mit einer einzigen Ausnahme, der Berliner Handelsgesellschaft, die noch heute dem zentralistischen System huldigt, angelegen sein; ferner suchten sie durch den Erwerb von Aktien anderer Bankinstitute, sowie durch die Einigung zu Interessengemeinschaften, die teils durch formellen Vertrag, teils durch gegenseitigen Austausch von Aktien begründet sein können, auf andere Institute entsprechenden Einfluss zu gewinnen. Diese Interessengemeinschaften wiederum sind es, die ihrerseits die Elemente zu der bisher erreichten höchsten Entwicklungsstufe in der deutschen Bankenkonzentration abgeben, zu den «Bankgruppen», die wieder in sich eine Reihe von Interessengemeinschaften und Untervereinigungen repräsentieren. So bestehen gegenwärtig neben den minder

mächtigen Gruppen der «Mitteldeutschen Kreditbank», der «Kommerz- und Disconto-Bank», der «Nationalbank für Deutschland» und der «Berliner Handelsgesellschaft» vor allem folgende vier Bankgruppen: die Gruppe der «Deutschen Bank», der Interessengemeinschaft «Dresdner Bank - Schaaffhausenscher Bankverein», der «Disconto-Gesellschaft» und der «Bank für Handel und Industrie».

Ob die noch ausserhalb dieser Bankgruppen stehenden unabhängigen Bankinstitute, deren Zahl immerhin nicht unerheblich ist, mit der Zeit wohl ebenfalls zum Anschluss reif werden, ob endlich innerhalb der schon bestehenden Bankgruppen eine weitere Zusammenballung sich vollziehen wird — als ein kleines Anzeichen hierzu könnte die neuerdings erfolgte Einigung der Berliner Handelsgesellschaft und der Dresdner Bank in bezug auf ein gemeinsames Vorgehen bei Emissionen gedeutet werden — ist mit Sicherheit nicht vorauszusagen, dürfte jedoch, was den ersteren Punkt anlangt, nicht gerade sehr wahrscheinlich sein, da sich in neuester Zeit auch bei den grossen Provinzbanken eine erhöhte Expansivkraft bemerklich macht.

Aus dieser soeben in kurzen Zügen geschilderten Konzentrationsbewegung im deutschen Bankwesen ist nun die Expansion der deutschen Banken, die man als die auf das Ausland gerichtete Tätigkeit der deutschen Bankinstitute bezeichnen kann, zum Teil neben ihr einhergehend, zum Teil durch dieselbe erst hervorgerufen und möglich gemacht, als deren konsequente Weiterbildung hervorgegangen.

Betrachten wir nun in folgendem etwas näher, durch welche weiteren Momente vorzugsweise die expansiven Bestrebungen der deutschen Banken Anregung und wirksame Förderung erfahren haben.

In erster Linie ist es ein Akt der innerpolitischen Gesetzgebung, wodurch diese Entwicklung günstig beeinflusst und weiter ausgebildet wurde.

Durch das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 wurden neben einer Reihe mehr oder minder nebensächlicher Punkte vor allem restriktive Vorschriften über den Börsenterminhandel erlassen, welche zur Unterdrückung des — wie es in der amtlichen Denkschrift heisst — «privatwirtschaftlich gefährlichen und volkswirtschaftlich unerwünschten und unberechtigten Beteiligung weiter Bevölkerungsschichten am Börsentermin-

handel, sowie zur Beseitigung eines dem gemeinsamen Interesse der Konsumenten und Produzenten widersprechenden Einflusses des Börsenterminhandels auf die Bewertung von Waren und Effekten dienen sollen».[5])

Dazu kam dann noch die Erhöhung der Börsensteuer durch Gesetz vom 14. Juni 1900, durch die sämtliche Sätze des Effektenstempels wesentlich hinaufgesetzt und sonstige, bisher steuerfrei gebliebene Börsentransaktionen der steuerlichen Belastung unterworfen wurden. Der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes weist in seiner Denkschrift zahlenmässig nach, «dass die Beschränkungen des Börsenterminhandels die vom Gesetzgeber beabsichtigten Wirkungen nicht gehabt haben, . . . dass, zum schwersten Schaden der ganzen volkswirtschaftlichen Entwicklung des Reiches, infolge der Beschränkungen des Terminhandels an den deutschen Börsen das Zeitgeschäft verfiel und das Kassa-Geschäft entartete, dass die ausländischen Börsen auf Kosten der deutschen Börsen und der deutschen Kapitalkraft gestärkt wurden, sowie endlich, dass die Börsensteuer-Erhöhung nicht nur keine Vermehrung, sondern sogar eine erhebliche Verminderung der Reichseinnahmen verursacht hat».

Von besonderem Interesse ist heute, da über die Wirkung dieses Gesetzes die Akten geschlossen sind, eine Äusserung Georg v. Siemens über diesen Gesetzesakt im Geschäftsbericht der Deutschen Bank für das Jahr 1895; er sagt daselbst: «Zwar wird selbstverständlich keine der Wirkungen eintreten, welche viele Befürworter des Gesetzes von demselben erwarten; international verbreitete Zustände lassen sich nicht durch nationale, auf ein verhältnismässig kleines Gebiet beschränkte Gesetze regeln. Weder wird die Spekulationslust des Publikums dadurch vermindert, dass man die Zahl der Spekulationsobjekte beschränkt oder die Form verändert, in welcher die Spekulationslust sich betätigt, noch wird durch die mit dem Verbot des Termingeschäfts verbundene Verringerung der Händlerzahl ein gleichmässigeres Preisniveau für die Produkte gesichert, noch wird die Qualität der zum Angebote gelangenden Schuldverschreibungen oder Aktien dadurch verändert, dass man deren Emission auf deutschem Gebiet erschwert oder gar verhindert. Durch derartige Massregeln würde höchstens die Bewegungsfreiheit der Industrie und des Handels im Innern

[5]) Denkschrift, betr. die Wirkungen des Börsengesetzes v. 22. Juni 1896. Berlin 1903.

sowie der politische Einfluss Deutschlands im Auslande geschwächt werden. Aber unausbleiblich wird eine Einwirkung auf die innere Gestaltung der Börse eintreten, nämlich die, dass nur sehr kapitalkräftige Häuser den neu herantretenden Ansprüchen gewachsen sein werden, die schwächeren Häuser aber allmählich zurücktreten.»

Diese Prophezeiungen über die Wirkungen eines Gesetzes, durch das der Grundstein zu der überragenden Stellung der heutigen Hochfinanz gelegt wurde, sollten fast buchstäblich in Erfüllung gehen. Der durch die neuen Bestimmungen herbeigeführte Zwang, die meisten an der Börse abgeschlossenen Geschäfte per Kassa abzuwickeln, hatte einen in früheren Jahren in solcher Höhe nicht gekannten Geldbedarf zur Folge, sodass dadurch der Geschäftsbetrieb der mittleren und kleineren Bankiers eine erhebliche Einschränkung erfuhr, die grossen Geldinstitute aber sich zu einer bedeutenden Erhöhung ihrer Aktienkapitale veranlasst sahen.

Fand die dadurch gesteigerte Kapitalkraft der deutschen Banken in Zeiten aufsteigender Konjunktur immerhin ausreichende Verwendung im Inlande selbst, indem sie sich der Industrie mit ihren mannigfachen Interessen oder dem öffentlichen Kredit zur Verfügung stellte, so mussten dagegen in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges diese enormen Kapitalmassen anderweitige Verwendung suchen: sie gingen als Kapitalanlage ins Ausland, welche Tendenz durch die infolge der Wirkungen der Börsengesetzgebung neu angeknüpften ausländischen Beziehungen noch eine weitere Verstärkung erfahren musste. Vor allem ist die Besorgnis, dass infolge der börsengesetzlichen Bestimmungen das Kapital sich von den deutschen Börsen weg mehr dem Auslande zuwenden würde, von einem Teil der deutschen Grossbanken dadurch gewürdigt worden, dass sie zur Bankfilialgründung im Auslande schritten.

Zu den bisher betrachteten Ursachen gesellt sich noch ein weiteres Moment, das diese ökonomische Expansion begünstigen und beschleunigen musste: die Kolonial- und Flotten-Politik der deutschen Regierung.

Nach der Gründung des Reiches erschien der Reichsregierung als wichtigste Aufgabe die Konsolidation und Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse, sodass in der Hauptsache die Anteilnahme der deutschen Regierung an der wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands über die Grenzen der heimischen Volkswirtschaft hinaus sich auf den Schutz der

deutschen Interessen im Auslande beschränken musste, der sich jedoch des öftern infolge der gänzlich unzulänglichen Machtmittel zur See als allzu unzulänglich erwies. Dazu kam noch der Umstand, dass die öffentliche Meinung der damaligen Zeit einer wirtschaftlichen und kolonialen Expansionspolitik durchaus nicht günstig gesinnt war. So war es denn die Privatinitiative, vor allem die grossen Hamburger Handelshäuser Godeffroy und Woermann und die Bremer Firma Lüderitz, die zu Beginn der 80er Jahre durch Anlegung von Plantagen und Handelsfaktoreien, vor allem in Südwestafrika und der Südsee, als Pioniere des Fortschrittes der kolonialen Expansionspolitik des Reiches die Wege ebnete. Unterdessen war auch allmählich ein Umschwung in der öffentlichen Meinung eingetreten, sodass die Deutsche Bank bei Erörterung des überseeischen Geschäftes in ihrem Berichte für das Jahr 1886 schreiben konnte: «Auf diesem Gebiete begrüssen wir eine Veränderung in der Auffassung der Nation mit lebhafter Freude. Während man noch vor einem Jahrzehnt Bemühungen nach dieser Richtung mit einem gewissen Misstrauen betrachtete und dieses Misstrauen sogar auf die diesen Geschäftszweig kultivierenden Institute übertrug, scheint sich jetzt ein grösseres Verständnis für diese Bestrebungen einzustellen.»

Das Interesse an kolonialen Unternehmungen nahm immer mehr zu, und namentlich war es die im Jahre 1888 aus der Verschmelzung des «Deutschen Kolonialvereins» mit der «Gesellschaft für deutsche Kolonisation» hervorgegangene «Deutsche Kolonialgesellschaft», die sich in besonderem Masse die Vertretung der ausländischen Interessen angelegen sein liess. So wird dann gegen die Mitte der 80er Jahre die deutsche Kolonialpolitik durch Bismarck inauguriert, nachdem schon vorher die privaten kolonialen Interessen — es sei hier nur auf die Intervention der Reichsregierung in Sachen der «Deutschen Handels- und Plantagengesellschaft» und die Begünstigung der Errichtung der «Neu-Guinea-Compagnie» durch dieselbe verwiesen — eine wirksamere amtliche Vertretung gefunden hatten. Aus wirtschaftlichen Verkehrs- und Handelsgebieten werden nun politische Gebilde, indem die kommerziellen Niederlassungen, Faktoreien und Plantagen nebst dazu gehöriger Interessensphäre unter den Schutz des Reiches gestellt werden. Damit war nun der erste Schritt in der Kolonialaufbahn Deutschlands getan und für die Folge dem Anlage suchenden deutschen Kapital neue Betätigungsgebiete eröffnet.

Ein wesentlicher Faktor in der Begünstigung und Beschleunigung der wirtschaftlichen Expansion Deutschlands war auch die durch die Kolonialpolitik hervorgerufene und durch sie notwendig gemachte Flottenpolitik der deutschen Regierung. Wenn man die Geschäftsberichte der deutschen Grossbanken, namentlich die der früheren Jahre, durchliest, trifft man da und dort auf Klagen über den unzulänglichen Schutz der deutschen Auslandsinteressen, namentlich da, wo es sich um ein Einschreiten gegen böswillige Schuldner handelt. Hier ist es klar, dass nur eine genügende maritime Machtentfaltung, wie überhaupt der Rückhalt an staatlicher Macht und Ansehen diesen Uebelständen abzuhelfen allein in der Lage ist. Die nachdrückliche Förderung des Ausbaus der deutschen Flotte wirkte auf die Expansionslust der beteiligten volkswirtschaftlichen Kreise Deutschlands stimulierend ein, indem sich nun die deutschen Auslandsinteressen unter dem Schutze einer starken Flotte unbehindert entwickeln konnten; auch das direkte Eingreifen der Reichsregierung, wenn es sich darum handelte, dem nationalen Kapital in der Richtung auf die Erreichung eines bestimmten politischen Zweckes richtunggebende Initiative zu sein, wie solches namentlich bei der Übernahme von ausländischen Anleihen durch die deutschen Bankinstitute mehrfach in die Erscheinung trat, wie auch die Begünstigung der Errichtung von Unternehmungen, die den Zwecken des Auslandsgeschäftes dienen, wie von unterseeischen Kabelleitungen, Schiffahrtslinien etc. wirkte in derselben Richtung. Schliesslich sei noch der verschiedenen amtlichen Publikationen gedacht, durch die das Interesse an kolonialen und ausländischen Unternehmungen stets wach erhalten und begünstigt wurde. In der weiteren Verfolgung all dieser Bestrebungen, sowie der internationalen Regelung seiner wirtschaftlichen Beziehungen durch Handelsverträge und sonstige völkerrechtliche Abmachungen ist nun Deutschland in jenes neue Stadium eingetreten, in dem die wirtschaftliche Ausbreitung nur die erste Etappe darstellt, dessen endgültiger Abschluss aber durch die Entwicklung zum Rentnerstaat gekennzeichnet erscheint.

Die wirtschaftliche Expansion der deutschen Volkswirtschaft stellt sich somit nicht als eine zufällige oder gar fremdartige Erscheinung im Wirtschaftsleben der deutschen Nation dar, sondern sie erscheint als ein wesentlicher Teil der ökonomischen Gesamtentwicklung Deutschlands, wie sich auch die

Expansionsbestrebungen der diese Entwicklung tragenden deutschen Bankinstitute als eine organische Entwicklung derselben darstellt, die wiederum mit dem lebendigen Wachstum der deutschen Volkswirtschaft aufs innigste verknüpft erscheint. Die allgemeine ökonomische Entwicklung schuf die Expansion der Banken; diese wiederum wirkte auf die wirtschaftliche Gesamtlage anregend und fördernd ein, sodass sich hier ein Verhältnis herausgebildet hat, bei dem die Ursache zur Wirkung, die Wirkung stets wieder zur Ursache wird.

Diese neueste und volkswirtschaftlich wohl auch bedeutsamste Phase in dem Entwicklungsgang der deutschen Banken äussert sich vornehmlich in drei Formen, deren einzelne Erscheinungen sich in der Hauptsache auch chronologisch voneinander abheben, jedoch nicht in dem Sinne, als ob dieselben nur in einer bestimmten Zeitepoche in die Erscheinung getreten und dann von anderen Erscheinungsformen abgelöst worden seien; vielmehr gehen diese Formen nebeneinander her, und öfters werden sie durch einander bedingt und in ihrer Wirksamkeit erfolgreich unterstützt.

Die erste und früheste dieser Formen ist die Betätigung der deutschen Institute in ausländischen Anleihen. Wie schon erwähnt, ist diese Tätigkeit schon von Anfang an von den grossen deutschen Kreditbanken in ihr Programm aufgenommen und durchgeführt worden; eine selbständige Betätigung in diesem Zweige des Bankgeschäftes ist jedocb erst in der dritten Periode der Geschichte des deutschen Bankwesens, in der Hauptsache also erst nach den 70er Jahren, sichtbarer in die Erscheinung getreten.

Als zweite Form der Expansion ist jene Tätigkeit der deutschen Bankinstitute anzusehen, die sich im Rahmen des regulären Bankgeschäftes hält und die als die «Finanzierung» des deutschen ausländischen, vornehmlich des überseeischen, Handels bezeichnet werden kann, eine Betätigung, wie sie vor allem durch die Deutsche Bank inauguriert wurde und in der Hauptsache in der Aufnahme des Rembours geschäftes zum Ausdruck kam.

Schliesslich gehen die Banken von der blossen Kreditgewähr und Kreditvermittlung zur aktivsten Form bankgeschäftlicher Betätigung über, zum Unternehmergeschäft, das man als «irreguläres» Bankgeschäft zu bezeichnen gewohnt ist, und das gerade den deutschen Kreditbanken zum Unterschiede von den Instituten anderer Volkswirtschaften das unter-

scheidende Merkmal aufdrückt. Eine besondere Würdigung unter den ausländischen Unternehmungen verdient die Errichtung ausländischer Bankkommanditen und Filialen, sowie die Gründung selbständiger Auslandsbanken als dem wirksamsten Mittel in der Förderung der gesamten Auslandsinteressen.

Indem die Banken den Rahmen des regulären Bankgeschäftes überschreiten und sich der Gründung industrieller oder kommerzieller Unternehmungen, bezw. der Beteiligung an solchen zuwenden, begeben sie sich in jene Sphäre bankgeschäftlicher Tätigkeit, die man allgemein als die «Unternehmertätigkeit» bezeichnet. Während in anderen Ländern, wie z. B. in England, sich diese Tätigkeit in den Händen eigener Finanzierungs- und Gründungsinstitute befindet, die dem eigentlichen Bankbetrieb vollständig ferne stehen, während auch in Frankreich die grossen Bankinstitute den Bedürfnissen des industriellen oder kommerziellen Kredites in der Hauptsache ablehnend gegenüberstehen, hat sich in Deutschland, entsprechend der Entwicklung der gesamten ökonomischen Verhältnisse, in unseren grossen Kreditinstituten eine Vereinigung dieser Tätigkeiten vollzogen, die, wie schon eingangs erwähnt, dem deutschen Bankwesen seinen besonderen Stempel aufgedrückt hat und dasselbe als eine Organisation sui generis erscheinen lässt. Es wurden schon des öftern die Vor- und Nachteile dieses Systems dargelegt und mit leidenschaftlichem Eifer über die Nützlichkeit, bezw. Schädlichkeit dieser in der deutschen Bankenorganisation einzigartig zutage tretenden Kombination debattiert; auf diese Kontroverse soll jedoch in vorliegendem nicht eingegangen werden. Hier soll nur in grossen Zügen dargelegt werden, in welchen Formen sich das Unternehmergeschäft der deutschen Banken betätigte, wie es sich in den grösseren Rahmen des deutschen Kapitalexports einfügt und wie diese neueste Phase volkswirtschaftlicher Entwicklung vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus zu betrachten ist.

Die verschiedenen Formen des Unternehmergeschäftes.

Die Unternehmertätigkeit der deutschen Banken im Auslande vollzieht sich in den drei Formen der Beteiligung, der Finanzierung und der Gründung. Die grösste Sorge der grossen Bankinstitute bildet stets die vorteilhafte Anlage der ihnen an-

vertrauten Kapitalien. Sie benützen daher jede sich ihnen darbietende Gelegenheit zu einer lukrativen Kapitalverwertung und wenden sich daher Unternehmungen zu, die nach allgemeinem volkswirtschaftlichem Ermessen die nötige Sicherheit der Anlage bieten und die Aussicht gewähren, den angelegten Kapitalien eine Verzinsung zu sichern, die den landesüblichen Zinssatz übersteigt. Neben dem allgemeinen Zweck der Beteiligung als einer Gelegenheit zu vorteilhafter Kapitalanlage geht jedoch die neueste Entwicklung in diesen Bestrebungen dahin, durch genügenden Besitz von Effekten des betr. Unternehmens sich einen Einfluss auf die weitere Ausgestaltung desselben zu sichern und neue Beziehungen anzuknüpfen, die die Aussicht auf neue gewinnbringende Transaktionen eröffnen, sodass im allgemeinen die Beteiligung nur als die Vorstufe zu neuen Unternehmungen anzusehen ist. Das Gewinninteresse ordnet sich in diesem Fall als sekundäres Moment diesen neuen Zwecken unter. Die reinste Ausbildung dieses Prinzips erscheint da, wo zwecks Ueberwachung und Kontrolle eines Unternehmens spezielle Beteiligungs- oder Kontrollgesellschaften errichtet werden.[6])

Die Beteiligung an andern Unternehmungen kann in der Hingabe von Geldkapital oder in der Übernahme von Effekten bestehen. Ausser der Gewährung von Vorschüssen erscheint die erstere Form fast nur in der Gestalt einer Kommanditeinlage bei ausländischen Bankunternehmungen. Eine weitaus grössere Bedeutung kommt hingegen der Beteiligung durch Aktienbesitz zu. Der grosse Vorzug dieser neuzeitlichen Beteiligungsform vor der direkten Geldkapitalhingabe besteht darin, dass durch dieselbe infolge der leichten Übertragbarkeit der in Effektenform existierenden Kapitalteile die Eingehung wie auch die Abstossung derartiger Beteiligungen viel leichter bewerkstelligt werden kann.

Infolge ihres mehr passiven Charakters spielt dann auch die Beteiligung als selbständige Unternehmungsform im Auslandsgeschäft keine grosse Rolle; eine weit höhere Bedeutung kommt daher einer aktiveren Form des Unternehmergeschäftes zu, der Finanzierung, als einer besonders ausgebildeten Methode zur Beschaffung von Geldkapital für in Effektenform zu errichtende Unternehmungen, wie Liefmann definiert. Die bei der Finanzierung zu übernehmenden Effekten bleiben jedoch

[6]) Näheres bei Liefmann, Beteiligungs- u. Finanzierungsgesellschaften, Jena 1908.

— eine gesunde Gründung vorausgesetzt — selten längere Zeit im Portefeuille der Emissionsbank liegen; vielmehr ist das Bestreben all dieser Institute, die durch die Finanzierung geschaffenen Effekten möglichst bald fest zu plazieren, sie zu «emittieren», um das dadurch freigewordene Geldkapital anderweitiger Verwendung zuführen zu können. Sehr oft jedoch — und dies ist die neueste Entwicklung des Effektenkapitalismus — behält das finanzierende Bankinstitut die gesamten Effekten in seinem Besitze, um dieselben in eine, oftmals eigens für diesen Zweck errichtete Finanzierungsgesellschaft einzubringen, die nun auf Grund dieses Besitzes eigene Aktien und Obligationen ausgibt.[7])

Die Finanzierung ausländischer Unternehmungen, die im Vergleich zu den übrigen Unternehmungsformen im Auslandsgeschäft der deutschen Banken einen sehr breiten Raum einnimmt, kommt meist da zur Anwendung, wo es sich um die Errichtung von Tochterunternehmungen für einen bestimmten Industriezweig handelt; hier sind die grossen Bankinstitute nur die finanziellen Funktionäre der ihnen nahestehenden Industriekonzerne. Vor allem ist es die elektrotechnische Industrie, deren ausländische Unternehmungen in der Hauptsache von den deutschen Bankinstituten, oder doch mit deren Unterstützung, finanziert wurden. Aber auch in anderen Industriezweigen — ich erinnere nur an die Maschinenbau-Industrie — begegnen wir dieser Art der Tätigkeit der deutschen Institute.

Besteht bei der Finanzierung die Hauptaufgabe der Bank nur in der Beschaffung des zu dem Unternehmen benötigten Geldkapitals, während die Oberleitung desselben sich in anderen Händen befindet, so stellt die dritte Unternehmungsform, bei der auch die leitende Direktive in den Händen des betr. Instituts verbleibt, die Gründung, die auch als Unternehmergeschäft im engeren Sinne bezeichnet werden kann, das aktivste Eingreifen auf dem Gebiete der Unternehmertätigkeit dar. Handelt es sich bei der Finanzierung nur um Geldeinlagen, die seitens des finanzierenden Instituts gemacht werden, so ist bei der Gründung — sofern sie keine reine Geldgründung — die Einbringung von Sachen oder dinglichen Rechten in die neue Gesellschaft das kennzeichnende Merkmal. Das Gründerinstitut stellt also den Gesellschaftsvertrag auf und leistet die Sacheinlagen, die in Fabrikeinrichtungen, Pa-

[7]) Näheres bei Liefmann, op. cit.

tenten, Konzessionen etc. bestehen können. Die fertigen Anlagen verbleiben entweder in dauerndem Besitze des Gründerinstituts, um die Effekten, nachdem sie emissionsreif geworden, an die Börse zu bringen und den Besitz abzustossen, oder man schreitet zur Errichtung einer Übernahmegesellschaft, in die das neuerrichtete Unternehmen eingebracht wird. Letzteres geschieht meist dann, wenn es sich darum handelt, das bei der Gründung aufgewendete Kapital vor dessen Emissionsreife wieder herauszuziehen, aber trotzdem den massgebenden Einfluss auf das Unternehmen nicht zu verlieren.

Derartige Gründungen haben ihren Zweck nicht in einer einmaligen gewinnbringenden Transaktion mit alsbaldiger Realisierung der geschaffenen Werte durch Unterbringung im Publikum, sondern ihr Hauptaugenmerk ist auf künftige, dauernde und erweiterte Geschäftsbeziehungen zu der Wirtschaft des betr. fremden Landes gerichtet. Die Banken wollen damit festen Fuss in einem fremden Wirtschaftsgebiet fassen, um an den Zukunftsmöglichkeiten des ökonomischen Aufschwungs dieser Länder teilnehmen zu können. Den Höhepunkt an tatkräftiger Initiative der deutschen Banken stellt jedoch die selbständige Schaffung eines neuen Industriezweiges und dessen weiterer finanzieller Ausbau dar, wie dies in der rumänischen Petroleumindustrie zutage tritt.

Die Unterscheidung der Unternehmertätigkeit vom finanztechnischen Standpunkte aus in Beteiligung, Finanzierung und Gründung ist natürlich nur eine rein theoretische. In der Praxis gehen des öftern diese drei Formen ineinander über, sodass die Wirkungen all dieser Unternehmungsformen in einer einzigen Transaktion zum Ausdruck kommen können; namentlich ist das Grenzgebiet der beiden Hauptformen des Unternehmergeschäftes, der Finanzierung und Gründung, ein umstrittenes.

Wie aus dem speziellen Teil ersichtlich, haben sich die deutschen Bankinstitute in der Betätigung des ausländischen Unternehmergeschäftes vornehmlich vier Gebieten zugewandt: dem der ausländischen Bankgründungen, der ausländischen Verkehrsunternehmungen (Eisenbahnen, Schiffahrtsgesellschaften und unterseeischen Kabelleitungen), der Unternehmungen auf dem Gebiete der Elektrotechnik und des Bergbaues (Minen- und Petroleumgesellschaften).

Die Bankgründungen.

Wie im Auslandsgeschäft überhaupt, so ist auch in bezug auf die Gründung ausländischer Bankinstitute das Ausland, und zwar vor allem Holland, Frankreich und England, infolge der in diesen Ländern schon früh einsetzenden Kolonisationstätigkeit Deutschland in der Errichtung ausländischer Banknieder-lassungen vorangegangen. Daraus erklären sich auch in der Hauptsache die mancherlei Schwierigkeiten, die die deutschen Auslandsbanken zu Beginn ihrer Geschäftstätigkeit zu überwinden hatten, da sie sich den gut fundierten Instituten fremder Nationen gegenübergestellt sahen, gegen deren Konkurrenz nur schwer aufzukommen war. Wenn sich dennoch die deutschen Institute in den fremden Wirtschaftsgebieten bald eine achtunggebietende Position zu erringen wussten und es heute nicht selten der Fall ist, dass sie von den fremden Nationen den am selben Platze befindlichen eigenen Niederlassungen vorgezogen werden, so zeigt sich damit wieder einmal, was deutscher Kaufmannsgeist und deutsche Unternehmungslust auch da zu leisten vermögen, wo sich den Expansionsbestrebungen des deutschen Kapitals schier unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen.

Der Vorsprung der übrigen grossen Wirtschaftsnationen in bezug auf ausländische Bankgründungen ist indessen noch immer ein sehr bedeutender. In England verfügten im Jahre 1905 die Colonial Banks über 2136 Niederlassungen mit einem eingezahlten Kapital von 35 528 420 £, die Foreign Banks über 175 Niederlassungen mit einem eingezahlten Kapital von 17 220 498 £. Im gleichen Jahre beliefen sich die französischen Kolonialbanken auf 136 Niederlassungen mit einem eingezahlten Kapital von 326 884 000 Fr. und die holländischen auf 67 Niederlassungen mit einem ebensolchen von 98 260 000 Fl., während 1905 Deutschland erst über 13 Auslandsbanken mit 74 Niederlassungen und einem eingezahlten Kapital von ca. 60 Millionen Mark verfügte.[8])

Bei der Gründung ausländischer Bankunternehmungen ist es in Anbetracht des bedeutenden Risikos, das die Gründerinstitute bei Unternehmungen von solch finanzieller Tragweite laufen, höchst selten der Fall, dass an dem Gründungsakt nur

---

[8]) Sartorius v. Waltershausen: Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlagen im Auslande. Berlin 1907. S. 151.

eine einzige Bank beteiligt ist; meist tun sich mehrere Institute zu Konsortien zusammen unter Leitung desjenigen Bankinstituts, von dem die Initiative zur Errichtung des neuen Instituts ausging oder das in hervorragendem Masse an demselben finanziell beteiligt ist. In der Geschichte der ausländischen Bankgründungen ist nur ein einziger Fall bekannt, in dem die Gründung einer Auslandsbank in der Hauptsache durch privates Kapital erfolgte; es ist dies die Errichtung der Palästinabank, nach ihren Gründern die «Fürstenbank» benannt, bei welchem Unternehmen bedeutende Privatkapitalisten unter Führung des Bankhauses von der Heydt & Co. das Gründerkonsortium bildeten.

Bei diesem Unternehmen tritt auch deutlich zutage, dass die Anregung zu derartigen Gründungen nicht immer in Bank- und Kapitalistenkreisen, sondern, wie auch bei den meisten übrigen orientalischen Bankgründungen, auch aus Regierungskreisen heraus gegeben werden. In den meisten Fällen jedoch ist die Errichtung von ausländischen Bankinstituten auf das direkte Eingreifen unserer Grossbanken, vielfach auf Grund von Anregungen deutscher Interessentenkreise, vor allem der deutschen kaufmännischen Bevölkerungskreise in den in Betracht kommenden Ländern, zurückzuführen.

Nicht immer tritt das neue Institut ohne jede wirtschaftliche Beihilfe, aus eigener Kraft ins Leben, sondern öfters knüpft die Errichtung solcher Unternehmungen an ein schon bestehendes Institut an, sei es, dass aus der Umwandlung einer bisher nur kommanditierten Firma die neue Gründung entsteht, oder dass, wie dies z. B. bei einigen kolonialen Bankgründungen der Fall, aus den Bankabteilungen grosser Handelsfirmen ein selbständiges Bankinstitut hervorgeht.

Die Art und Weise, wie die deutschen Banken im Auslande vertreten sind, ist eine verschiedene. Als die älteste Form der Beteiligung am Auslandsgeschäft erscheint die Kommandite. Es ist dies die Zeit, da die Banken noch nicht über grosse Kapitalien verfügen und auch ihre innere Organisation noch nicht genügend ausgebaut ist, um sich selbständig dem Auslandsgeschäft widmen zu können. Man ging den Gefahren, die das überseeische Geschäft notwendigerweise mit sich bringt, dadurch aus dem Wege, dass man sich an einer renommierten ausländischen Privatfirma, die mit den einschlägigen Verhältnissen wohl vertraut war, mit einer bestimmten Summe beteiligte und sich die gegenseitige Vertretung der gemein-

samen Interessen garantierte. Sind die kommanditarischen Beteiligungen der Banken im Inlande sehr zweckmässig und haben sie wesentlichen Anteil an der Konzentration im Bankgewerbe genommen, so haben sie sich im Auslande nicht so recht bewährt, wenngleich auch Beispiele vorliegen, nach welchen die gegenseitigen Geschäftsverbindungen deutscher Banken mit ausländischen Firmen eine für beide Kontrahenten gleichermassen gewinnbringende Tätigkeit aufzuweisen haben. Sehr häufig jedoch konnte auf die Geschäftstätigkeit der Kommandite nur wenig Einfluss genommen werden, und oftmals liessen sich die beiden Beteiligten allzu egoistisch vom eigenen Gewinninteresse verleiten, ihre Pläne und Absichten selbständig durchzuführen, ohne sich um die Interessen des andern Teils viel zu kümmern, ja manchmal sogar mit direkter Schädigung desselben, und es ist Tatsache, dass die deutschen Banken an kommanditarischen Beteiligungen aus früheren Jahren nicht unerhebliche Verluste erlitten haben.

Mit dem Wachstum des deutschen Nationalreichtums und dem Anschwellen der Bankkapitale verlor das Kommanditverhältnis, obgleich es noch heute in vereinzelten Fällen recht kostbare Dienste zu leisten vermag, mehr und mehr an Bedeutung; man wandte sich einer neuen Form zu, die den veränderten Verhältnissen besser Rechnung zu tragen imstande war und vor allem eine wirksamere Vertretung der deutschen Interessen im Auslande verbürgte, der Errichtung von Filialen.

Mit der Errichtung ausländischer Filialen ging zuerst die Deutsche Bank vor, indem sie eigens für das Auslandsgeschäft bestimmte Filialen in Hamburg und Bremen errichtete, die heute vortrefflich gedeihen, während sie mit den bald darauf erfolgten Filialgründungen in Shanghai und Yokohama wenig Glück hatte, sodass dieselben schon nach wenigen Jahren verlustbringender Tätigkeit wieder eingezogen werden mussten. Heute ist die ganze ausländische Filialgründung auf die Londoner Filialen der Deutschen Bank, der Disconto-Gesellschaft und der Dresdner Bank, sowie auf die Brüsseler und Konstantinopeler Filiale der ersteren Bank beschränkt.

Einen Hauptgrund für das Nichtgedeihen der ausländischen Filialen erblickt Diouritch[9]) darin, dass sich dieselben meistens in ökonomisch und finanziell noch unentwickelten Ländern befinden und daher ihre Geschäftstätigkeit durch die eingehend-

[9]) L'Expansion des banques allemandes. Paris 1909.

sten Vorschriften geregelt und eingeschränkt wird, sodass sie sich den speziellen Anforderungen ihres Wirkungskreises nicht so recht anzupassen vermöchten. Mag dies für einzelne Fälle ja wohl zutreffend sein, so ist doch andererseits auf die Tatsache zu verweisen, dass die meisten Verluste, die die Banken durch ihre Auslandsfilialen, resp. Niederlassungen erlitten haben eben gerade durch das vorschriftswidrige Verhalten der Filialleiter, auch durch Untreue einzelner Beamten entstanden sind, wie überhaupt bei ausländischen Filialen die Personenfrage eine ganz erhebliche Rolle spielt.

Als vollkommenste und neueste Form der Beteiligung am Auslandsgeschäft erscheint schliesslich die Vertretung durch selbständige Auslandsbanken, die sich von den englischen und französischen Instituten ähnlicher Art dadurch unterscheiden, dass sie mit dem Mutterinstitut — abgesehen von den Fällen, wo es sich um die Vertretung kollektiver Interessen mehrerer Bankinstitute handelt — aufs engste liiert sind, ohne jedoch in ihrer Geschäftsführung — und dadurch unterscheiden sie sich wieder von den Filialen — in irgend einer Weise beschränkt zu sein.

Die ausländischen Bankgründungen, und zwar vor allem die eigentlichen Überseebanken, erscheinen somit meist als Tochtergesellschaften der betreffenden Gründerinstitute, die in der Regel durch bedeutenderen Aktienbesitz an dem neuen Unternehmen auf die Dauer interessiert bleiben. Auch in der inneren Organisation der neuen Unternehmung gibt sich dieses Zugehörigkeitsverhältnis dadurch kund, dass in den meisten Fällen ein oder mehrere Direktionsmitglieder des Mutterinstituts in den Aufsichtsrat oder auch in die Direktion der neuen Gründung delegiert werden. Eine weitere Abhängigkeit ist in der weiteren Tatsache zu erblicken, dass in den Statuten der meisten fremdländischen Bankgründungen die Bestimmung getroffen ist, dass die Aufsichtsratsmitglieder sämtlich ihren Wohnsitz in Europa haben und die Mitglieder der Direktion von deutscher Abkunft sein müssen, eine Bestimmung, die darauf abzielt, den fremdländischen Einfluss nicht zu sehr überwuchern zu lassen und dem Institut seinen deutsch-europäischen Charakter zu wahren, ein Bestreben, das vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus nur zu begrüssen ist. Doch auch schon äusserlich repräsentieren sich viele dieser Gründungen als «Dependancen» der deutschen Gründerinstitute dadurch, dass der Sitz der Niederlassung zumeist Berlin ist, eine Erscheinung,

die auch bei den übrigen Auslandsunternehmungen zu beobachten ist.

Der Zeitpunkt für die ausländischen Bankgründungen scheint nicht immer glücklich gewählt zu sein; denn meistens fällt ihre Errichtung in die Zeit niederer Konjunkturen, ja sogar in Zeiten völliger wirtschaftlicher Desorganisation in dem betreffenden fremden Gebiete. Die Geschichte der ausländischen Bankgründungen bietet zahlreiche Beispiele hierfür, und jede einzelne dieser Gründungen hatte ihre «Passionszeit» durchzumachen, der leider nicht in allen Fällen ein glorreiches Ostern folgte. Für diese auf den ersten Blick etwas befremdliche Erscheinung ist in der Hauptsache nur die Erklärung zu finden, dass die fremden Volkswirtschaften eben gerade in Krisenzeiten des Zuflusses fremder Kapitalien am meisten bedürfen und sich daher den diesen Zufluss vermittelnden Bankinstituten infolge des durch die Kapitalnot erzeugten hohen Geldzinsfusses eine gewinnbringende, freilich nicht immer gefahrlose, Tätigkeit eröffnete. Manchmal finden diese Gründungen gerade in dem Augenblicke statt, in welchem das gesamte inländische Bankwesen vollständig versagt, ein Umstand, dem z. B. die Banca Commerciale Italiana ihre Entstehung verdankt. Zumeist jedoch ist der Zeitpunkt für ausländische Bankgründungen durch die Steigerung der gegenseitigen Handelsbeziehungen oder dadurch gegeben, dass bedeutende, zukunftverheissende Industrien, oft erst durch die Banken selbst geschaffen und organisiert, in einem Lande aufkommen, deren Kapitalbedarf zu befriedigen die einheimische Bankenorganisation noch zu wenig entwickelt ist und darum die Vermittlung fremden Bankkapitals zu Hilfe gerufen werden muss; ein Beispiel hierfür bietet die Banca Generala Romana in Rumänien, die vor allem den Interessen der Petroleumindustrie zu dienen errichtet wurde.

Auch die Beispiele sind nicht gerade selten, in denen deutsche Banken zur Gründung von Auslandsbanken schritten, um der fremdländischen Konkurrenz zuvorzukommen; so ist z. B. die Deutsch-Westafrikanische Bank zu einem Zeitpunkt errichtet worden, als gerade englisches Bankkapital Veranlassung nehmen wollte, sich in den westafrikanischen Schutzgebieten festzusetzen. Aber auch die Rivalität der deutschen Banken selbst ist nicht zuletzt als eine der Ursachen anzusprechen, warum gerade zu diesem oder jenem Zeitpunkte diese oder jene Gründung erfolgte. Bietet dieses Verhalten schon in Hinsicht des praktischen Geschäftserfolges kein nachahmenswertes

Beispiel, so ist dies um so mehr in volkswirtschaftlicher Beziehung zu bedauern, da nur eine festgeschlossene finanzielle Einheit den nationalen Interessen im Wettkampfe um die industrielle und kommerzielle «Weltmeisterschaft» den gehörigen Nachdruck zu verleihen vermag und eine achtunggebietende Vertretung des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkte gewährleistet. Es sei hier auf Ostasien verwiesen, wo die Deutsch-Asiatische Bank als kraftvoll geschlossene Einheit das deutsche Interesse vertritt, im Gegensatz zu den südamerikanischen Bankgründungen, die sich zuweilen in kleinlicher Eifersüchtelei einander den Vorrang streitig zu machen suchten zum Vorteil des lachenden Dritten, der in diesen Fällen meist durch eine andere fremdländische Bankniederlassung repräsentiert ist.

Die Geschäftstätigkeit der ausländischen Bankniederlassungen ist in der ersten Zeit ihres Entstehens meist eine eng begrenzte. Zunächst handelt es sich bei ihnen um den innern Aufbau ihrer Organisation und um die Anknüpfung neuer geschäftlicher Beziehungen; und erst wenn das neue Institut in den kaufmännischen Kreisen des fremden Landes festen Fuss gefasst und sich das Vertrauen der einheimischen Geschäftswelt erworben hat, was vor allem in dem mehr oder minder starken Zufluss von Depositen und der grösseren oder geringeren Zahl der Kontoinhaber seinen Ausdruck finden wird, erst dann kann das neue Institut, das mittlerweile die wirtschaftlichen Verhältnisse und die ökonomischen Bedingungen seines neuen Wirkungskreises gründlicher kennen gelernt hat, aus dem Bereich der bisher nur rein bankgeschäftlichen Tätigkeit heraustreten und sich mehr dem Unternehmergeschäft zuwenden, zu dessen Betätigung in diesen Ländern mit ihrer verhältnismässig jungen Volkswirtschaft meist kein Mangel ist. Es ist jedoch bemerkenswert, dass es vor allem die Überseebanken sind, die sich von dem eigentlichen Gründungsgeschäft möglichst fernhalten und sich, vielleicht mit einziger Ausnahme der Deutsch-Asiatischen Bank, in der Hauptsache an der Beteiligung von staatlichen Emissionen genügen lassen, ein Umstand, der ausser der Tatsache, dass die Überseebanken in erster Linie dem kommerziellen Verkehr zu dienen berufen sind, auch noch in der weiteren Erscheinung seine Erklärung findet, dass etwaige Gründungs- und Finanzierungsgeschäfte durch die Mutterinstitute selbst besorgt werden, die nun ihrerseits wieder die ihnen nahestehenden Institute der Risikoverteilung wegen zur Unterbeteiligung heranziehen.

Eine Erscheinung, die sämtliche Auslandsbanken ohne Unterschied aufweisen, ist der mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes gleichen Schritt haltende, oft derselben aber auch vorauseilende Ausbau eines Filialnetzes über das ganze von der Bank zu bearbeitende Gebiet; ja sehr oft werden gleichzeitg bei der Gründung mehrere Zweigniederlassungen errichtet, die nun ihrerseits wieder Agenturen und Depositenkassen einrichten, welche aber alle der einheitlichen Leitung der Hauptniederlassung unterstellt bleiben. Man sieht, wie auch hier der Konzentrationsgedanke lebendig ist und sich diesem Gesichtspunkt die äussere und innere Organisation unterordnet.

Nach der geographischen Verbreitung der ausländischen Bankgründungen lassen sich drei Kategorien unterscheiden, wobei zu bemerken ist, dass dieselben hinsichtlich ihrer Gründungszeit nicht etwa einem chronologischen Prinzip untergeordnet sind, dergestalt, dass die einzelnen Kategorien einer bestimmten Zeitepoche angehörten, dieselben vielmehr in ihrer zeitlichen Entstehung ganz wahllos aufeinander folgten.

Zur ersten Gruppe gehören die europäischen Bankgründungen. In bezug auf ihr örtliches Verbreitungsgebiet erscheint hier wiederum die Tatsache beachtenswert, dass sie die kapitalreichen Volkswirtschaften, wie z. B. die Frankreichs und Englands — von wenigen Ausnahmen abgesehen — fast ganz vermeiden und sich in diesen Ländern daher höchstens Kommanditen oder Filialen, letztere nur der Geschäftserleichterung wegen, befinden. In den nordischen Ländern lassen sich überhaupt keine Spuren der Expansion deutscher Banken nachweisen, während solche auf der pyrenäischen Halbinsel, in Belgien, Holland, Österreich und Russland schon häufiger zu finden sind, wenn auch meist nur in der Form der Beteiligung an schon bestehenden oder neu zu gründenden Bankinstituten. Das eigentliche Feld zur Betätigung ihres Expansionsdranges fanden die deutschen Banken im europäischen Süden und Südosten, in der Schweiz, Italien, vor allem jedoch in den Balkanländern. Die Balkanstaaten mit ihren aufstrebenden Volkswirtschaften sind noch keineswegs bankgeschäftlich ausgebeutet, und solange die Volkswirtschaft dieser Länder noch nicht genügend erstarkt ist, um eine nationale Bankorganisation durchführen zu können, scheint dieses Tätigkeitsgebiet auch für die Zukunft noch mannigfache Möglichkeiten

für das Expansionsbestreben der deutschen Banken in seinem Schosse zu bergen.

Sind die Banken dieser Gruppe mehr oder weniger selbständige Schöpfungen mit mehr oder minder deutlichem nationalem Gepräge, Institute, die meistens schon durch ihren Namen eine gewisse nationale Zugehörigkeit verraten und sich wohl einmal in einer künftigen Zeit ganz und gar von deutschem Einfluss frei machen werden, Bestrebungen, die sich in ihren Anfängen heute schon in Rumänien erkennen lassen, so zählen zur 2. Gruppe, der Kategorie der sogenannten Überseebanken, solche Gründungen, die keine selbständigen Institute im eigentlichen Sinne darstellen, sondern in enger Fühlung mit dem Mutterinstitut stehen. Diese finanzielle Verwandtschaft wird wohl durch nichts besser gekennzeichnet als durch die Tatsache, dass z. B. während einer Krise in Südamerika die Deutsche Überseebank einen Teil ihrer unbenützt liegenden Bankkapitalien an das Mutterinstitut zurückfliessen liess.

Das geographische Verbreitungsgebiet der deutschen Überseebanken ist vor allem Südamerika und Ostasien. Die Versuche der deutschen Banken, ihre Banktätigkeit auch auf die überseeischen Länder auszudehnen, wurden durch die Rücksichtnahme auf die bestehenden Konkurrenzverhältnisse sehr erschwert. So musste sich z. B. die Diskontogesellschaft erst mit dem ihr befreundeten Hause Rothschild verständigen, bevor sie wegen der Gründung der Brasilianischen Bank für Deutschland mit dem brasilianischen Staat in Unterhandlungen trat; die gleiche Rücksichtnahme war auch der Grund, warum dasselbe Institut erst 1889 zur Errichtung einer Filiale in London schritt. Die gleiche Schwierigkeit erhob sich bei der Gründung der Deutsch-Asiatischen Bank wegen der Gefahr des Zusammenstosses mit englischen Interessen und erst nach einer Verständigung mit dem Londoner Hause Rothschild und der Hongkong and Shanghai Banking Corporation war für diese Gründung freie Bahn geschaffen. Trotzdem entstanden mit der letztgenannten englischen Bankgruppe noch mancherlei Schwierigkeiten, die erst durch das Auftreten der im Syndikat für asiatische Geschäfte vereinigten deutschen Bankmacht endgültig beseitigt werden konnten.

Die 3. Gruppe endlich bilden die Kolonialbanken. Ihr Tätigkeitsbereich sind die vier afrikanischen Schutzgebiete Deutsch-Ostafrika, Deutsch-Südwestafrika, Kamerun und Togo. Diese Institute zeigen, wie auch die Deutsch-Asiatische Bank,

der ja durch ihre Filiale in Tsingtau ebenfalls die Rolle einer Kolonialbank zukommt, halbamtlichen Charakter, mit Ausnahme der Deutsch-Südwestafrikanischen Bank und der neueren kolonialen Bankgründungen, die sich vollständig als private Unternehmen darstellen. Da diese Institute mit der Notenausgabe und anderen Vorrechten ausgestattet sind, für das Schutzgebiet also die Rolle der Reichsbank übernehmen, so sind ihnen in bezug auf ihre Organisation und Geschäftsführung gewisse Verpflichtungen und Beschränkungen auferlegt, die den Bestimmungen über die deutschen Notenbanken nachgebildet sind. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass eine zu scharfe Reglementierung dieser kolonialen Institute, vor allem in bezug auf ihre Finanzierungstätigkeit, nicht den Forderungen gerecht zu werden vermag, die eine aufstrebende Kolonie billigerweise an ein Bankinstitut zu stellen berechtigt ist, weshalb ein Teil dieser Einschränkungen wieder in Wegfall gekommen ist; andererseits macht sich aus eben diesem Grunde in neuester Zeit die Neigung zu einer vermehrten Gründung solcher kolonialer Institute bemerkbar, die durch ihren privaten Charakter diesen Beschränkungen nicht unterliegen; auch ist die Errichtung von Hypothekenbanken daselbst in Aussicht genommen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Auslandsbanken liegt zunächst darin, dass sie durch die Übernahme der Zahlungs- und Kreditvermittlung für Handel und Industrie den deutschen Geld- und Zahlungsverkehr von der Bevormundung durch die englische Bankwelt befreit, sodass nun die früher von England aus dieser Vermittlung gezogenen Provisionen der deutschen Volkswirtschaft zu gute kommen. So betrugen nach der Denkschrift des Reichsmarineamts für 1905 noch im Jahre 1888 die Vermittlungsgebühren Englands an den zu diesem Zeitpunkt etwa 60 Millionen Mark betragenden deutsch-chilenischen Handelsumsätzen jährlich ca. eine halbe Million Mark, die diesem Lande daraus erwuchsen, dass alle die durch Akzepte vermittelten Umsätze über England zum Ausgleich kamen.[10]) Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil der Auslandsbanken ist darin zu erblicken, dass denselben, und dadurch auch den grossen Instituten im Mutterlande, Gelegenheit geboten ist, sich an den finanziellen Transaktionen dieser Länder durch die Übernahme von Staatsanleihen, sowie an der Errichtung von

[10]) S. 171. Anm. 1.

Verkehrs- und anderer industrieller Unternehmungen etc. zu beteiligen; denn dadurch, dass die Banken im Auslande festen Fuss fassen, ist ihnen vielfach erst die Möglichkeit gegeben, sich an diesen Finanzoperationen zu beteiligen. Ausser der günstigen Einwirkung der ausländischen Bankinstitute auf die deutsche Zahlungsbilanz durch die Erzielung bedeutender Gewinne aus dem Auslandsgeschäft — und dies gilt für die Auslandstätigkeit der deutschen Banken in ihrer Gesamtheit — hat die Tätigkeit der Auslandsbanken noch besondere Bedeutung für die europäische Vormachtstellung, wie auch für die politische Weltmachtstellung überhaupt; denn der politische Einfluss wird stets durch den wirtschaftlichen angebahnt und weiter befestigt, wie auch umgekehrt. Durch die Unternehmertätigkeit der deutschen Auslandsbanken werden dauernde Beziehungen zwischen entfernten Wirtschaftsgebieten angeknüpft und dadurch der heimischen Wirtschaft Betätigungsgebiete eröffnet, die ihr sonst mehr oder weniger verschlossen blieben.

Eisenbahngründungen.

In bezug auf die Mitwirkung deutscher Banken bei der Errichtung ausländischer Eisenbahnunternehmungen können, ebenso wie bei den übrigen Auslandsunternehmungen, nur mit einer etwas schärferen Akzentuierung, je nach dem Zweck, den sie dabei verfolgen, zwei Unterscheidungen gemacht werden: die Mitwirkung der Banken bei der Emission und der Unterbringung der neugeschaffenen Werte zwecks vorteilhafter Anlage deutschen Kapitals, und die eigene Initiative der grossen Bankinstitute bei der Errichtung derartiger Unternehmungen in der Absicht, eine Anlagegelegenheit erst zu schaffen und die Linien selbständig zu betreiben und auszubeuten. Tritt in bezug auf die erstere Art der Unternehmertätigkeit nur das rein finanzielle Moment hervor, so ist es bei der letzteren Art mehr das ökonomische Interesse, das hierbei ausschlaggebend ist.

Bei dem Bau und Betrieb von Eisenbahnen, die durch die eigene Initiative der Banken ins Leben gerufen wurden, kommt es den beteiligten Instituten behufs Förderung der Rentabilität ihrer Anlagen hauptsächlich darauf an, die ökonomische Entwicklung des betr. Landes zu fördern und zu beschleunigen. Dies geschieht vornehmlich durch die Hebung der Bodenkultur,

indem der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung des von der Bahn durchschnittenen Gebiets, wie solches das Beispiel der Anatolischen Eisenbahngesellschaft so lehrreich aufweist, durch die billige Beschaffung besserer Ackerbaugeräte, die Übermittelung produktiverer Arbeitsmethoden, die Gewährung von Vorschüssen zur Beschaffung billigen Saatgetreides etc. seitens der Bahngesellschaft eine intensivere Bodenkultur und die Erzielung gesteigerter Ernteerträgnisse ermöglicht wird. Die infolge der sich nun einstellenden Nachfrage erzielte Steigerung des Preises der Bodenprodukte, sowie die durch die neue Transportgelegenheit bewirkte gewinnbringende Verwendung derselben auf entfernteren Märkten rufen jene Höhe des Volkswohlstandes hervor, die, unterstützt durch die gesteigerte Konsum- und Kaufkraft der Bevölkerung und die sich mehrenden Bedürfnisse, als die erste Etappe im Entwicklungsgang einer aufstrebenden Volkswirtschaft bezeichnet werden muss.

Aus der in dieser Weise erzielten Besserung der ökonomischen Verhältnisse eines Landes ziehen natürlich die Eisenbahngesellschaften und die hinter denselben stehenden Banken in erster Linie Vorteil, indem durch den gesteigerten Verkehr als Folge der besseren Ernteerträgnisse die Einnahmen der Gesellschaften aus ihren Linien sich mehren. Auch die heimische Industrie, die bereits durch die Übertragung der Material-Lieferungen zur Zeit der im Bau befindlichen Strecke begünstigt wurde, wird auch noch in der Folgezeit durch Nachlieferungen Veranlassung finden, an dem Unternehmen zu verdienen, ganz abgesehen von den sonstigen Bestellungen, die von einer in ihrer Konsumkraft gehobenen Bevölkerung der heimischen Industrie zugewendet werden. Die durch den Eisenbahnbau vorbereitete friedliche Durchdringung eines entfernten Wirtschaftsgebietes veranlasst nun auch den deutschen Kaufmann, in dem neu erschlossenen Gebiet seinen Einzug zu halten, um durch die Schaffung neuer Absatzmärkte und das Auffinden billiger Rohstoffquellen in gegenseitiger Vermittlung des Austausches der beiden beteiligten Volkswirtschaften denselben zu einer gedeihlichen Entwicklung zu verhelfen. Und wiederum sind es die Banken, die aus dieser Entwicklung den grössten Nutzen ziehen; denn der Aufschwung des Wirtschaftslebens im allgemeinen ist ja mit dem Gedeihen der grossen Bankinstitute aufs allerengste verknüpft. In erster Linie ist es also das wohlverstandene eigene Interesse der Banken selbst,

das sie bei solchen Unternehmungen leitet, eine Tatsache, die gewiss nicht weiter verwundern wird; denn die Banken sind eben doch in der Hauptsache im Eigeninteresse betriebene Privatunternehmungen, bei deren geschäftlichen Transaktionen das Gewinninteresse im Vordergrund steht. Aber der Umstand, dass der nationalwirtschaftliche Aufschwung die notwendige Voraussetzung für ihre eigene Prosperität bildet, lässt dieselben sich meist an Unternehmungen beteiligen, die auch im Interesse der Förderung eines gesteigerten Nationalreichtums gelegen sind. Es ist hierbei eben die glückliche und vielleicht von vornherein unbeabsichtigte Wechselwirkung zu konstatieren, die die Interessen der Bank und des nationalen Wirtschaftslebens aufs innigste miteinander verbindet und sie zu gemeinsamen Zielen hinstreben lässt.

Dass der Bau von Eisenbahnen aber auch im Interesse des fremden Wirtschaftsgebietes selbst liegt, ergibt sich aus dem Beispiel der Bagdadbahn, deren Bedeutung für die Neuorganisation der wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse der jungen Türkei von einflussreichen Stellen des türkischen Staatsorganismus selbst zugestanden wird. So publizierte vor einiger Zeit der «Tanin» bedeutsame und zweifellos die Ansichten der Regierung widerspiegelnde Auslassungen zur Bagdadbahn, die von dem offiziellen Blatte als die wichtigste aller anatolischen Eisenbahnbauten bezeichnet wird. «Zweifellos wäre», so heisst es weiter, «der Vertrag über sie anders ausgefallen, wäre er heute abgeschlossen worden. Trotzdem sind die Türken in hohem Masse zufrieden, dass der Weiterbau nach Aleppo rüstig vorwärt schreitet. Ebenso wird es uns ein Festtag sein, wenn wir hören, dass der Bau der Teilstrecke direkt nach Bagdad begonnen ist. Dann wird ein wichtiger Schritt für das Wohl und den Fortschritt der Türkei zu verzeichnen sein, aber jede Minute ist kostbar, und es darf keine Zeit mehr verloren gehen.» Der «Tannin» zitiert sodann Briefe des Abgeordneten von Bagdad, Imail Hakki, welcher auf den schleunigen Weiterbau der Strecke Aleppo-Bagdad hinweist, damit ein fester administrativer und wirtschaftlicher Zusammenhang der einzelnen Teile der Türkei erreicht wird. Der «Tannin» hebt auch den militärischen Gesichtspunkt der alsbaldigen Fortführung der Linie hervor und betont, dass es die vornehmste Pflicht der Regierung sei, an Mittel zu denken, durch welche es ermöglicht werde, gleichzeitig den Bau der Strecke nach El Helif und der nach Bagdad

auszuführen, damit der Bau der Gesamtlinie in 5 Jahren beendet sei.[11])

Die unter Mitwirkung der deutschen Banken geschaffenen Eisenbahnunternehmungen lassen sich in ausländische (europäische) und überseeische unterscheiden; erstere erscheinen meist als die direkte Fortsetzung und als ein weiterer Ausbau des deutschen Eisenbahnnetzes, wodurch der heimischen Volkswirtschaft, neben dem Vorteil einer guten Kapitalanlage, durch Verkürzung der Transportwege ein ganz direkter Vorteil zugewendet wird; es sei hier vor allem an den Bau von russischen, österreichischen, ungarischen, rumänischen, schweizerischen und italienischen Bahnen durch deutsches Kapital erinnert. Demgegenüber stellen die «exotischen» Eisenbahngründungen eine wirksame Fortsetzung der überseeischen Schiffahrtslinien dar, wodurch der Weltverkehr über Länder und Meere hinweg erst recht in seiner vollen Bedeutung vor unser Auge tritt. Eine Mittelstellung nehmen sodann die meist auf Veranlassung der Reichsregierung und auch grösstenteils aus Reichsmitteln erbauten kolonialen Eisenbahnunternehmungen ein, die durch ihre innige Verkettung mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Kolonien der heimischen Volkswirtschaft alle die Vorteile eines ausgedehnten Verkehrsnetzes zuwenden, wie sie andererseits berufen erscheinen, an den in einer nicht mehr allzufernen Zukunft ins Auge zu fassenden grossen transkontinentalen Verkehrslinien als wichtige Bindeglieder zu partizipieren.

Schiffahrtsunternehmungen.

Unsere heutigen grossen Schiffahrtsgesellschaften haben sich aus den kleinsten Anfängen heraus zu ihrer gegenwärtigen imponierenden Grösse entwickelt. Früher waren die grösseren Kaufleute zugleich Schiffsbesitzer; sie besassen zumeist ein Segelschiff, das mit Waren befrachtet wurde und von einem Hafen zum andern fuhr, um dieselben abzusetzen. Als jedoch die Dampfschiffahrt mit ihren teueren Fahrzeugen und grösseren Betriebskapitalien aufkam, änderte sich nunmehr die Sachlage. Jetzt war es nur höchst selten mehr einer einzelnen Person möglich, einen eigenen Dampfer in ihren Dienst zu stellen; es tritt nun die Aktiengesellschaft auf dem Gebiete

[11]) „Frkf. Ztg." vom 6. Nov. 1910.

des Seeverkehrs auf. Es wird ein grösserer Schiffspark gehalten, und die Fahrten, die vorher nur nach Bedarf unternommen wurden, werden jetzt regelmässig ausgeführt: es entsteht die Dampferlinie, die ihre Fahrten nach festgelegten Fahrplänen zur Ausführung bringt.

Die erste regelmässige Schiffahrtslinie war die «General Steam-Navigation Company» 1827, die die Linie Rotterdam-Hamburg befuhr; in Deutschland wird die neue Ära auf dem Gebiete des Seeverkehrs durch die Errichtung der «Hamburg-Amerika Linie» 1847 und des «Norddeutschen Lloyd» 1856 bezeichnet.

Mit welchen Schwierigkeiten die deutschen Schiffahrtsgesellschaften in der ersten Zeit ihres Bestehens zu kämpfen hatten, erhellt unter anderm aus dem Umstand, dass die 1849 zum grössten Teil aus deutschen Staatsgeldern errichtete Linie Bremen-New York — sie ging übrigens nach wenigen Jahren wieder ein — nur mit der Erlaubnis Nordamerikas, das bis zur 2. Hälfte des vorigen Jahrhunderts die unbestrittene Herrschaft in bezug auf den regelmässigen interozeanischen Schiffsverkehr inne hatte, und nur unter der Flagge der Union möglich war.

Naturgemäss musste der nach der Gründung des Reiches eintretende ökonomische Aufschwung auch auf dem Gebiete der Schiffahrt seine wohltätigen Wirkungen äussern, die sich durch das Entstehen neuer Schiffahrtsgesellschaften und den Ausbau der bereits bestehenden Unternehmungen dokumentierten. Während z. B. in dem Jahrzehnt 1895—1905 sich die gesamte Welthandelsflotte um 70%, die Englands um 47% vermehrte, steigerte sich der deutsche Seeverkehr in diesem Zeitraum um mehr als 150%.[12])

Es konnte nicht ausbleiben, dass sich bei der bedeutenden Kapitalkraft der grossen Schiffahrtsgesellschaften und der dadurch hervorgerufenen internationalen Konkurrenz bald Bestrebungen geltend machten, die nach der Richtung eines grossen internationalen Schiffahrtstrust tendierten. Pierpont Morgan war es, der diesen Gedanken zuerst aufnahm und denselben mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verwirklichen suchte. Nachdem er die amerikanischen Gesellschaften unter seine Botmässigkeit gebracht, gliederte er sich, mit Aus-

[12]) Denkschrift des Reichsmarineamts für 1905.

nahme der seit 1840 bestehenden Cunard-Line, die grösseren englischen und holländischen Linien an und vereinigte sie in der 1902 zu New Jersey ins Leben getretenen «International Mercantile Marine Company» mit einem Nominalkapital von ca. 830 Millionen Mark.

Die Form dieser Gesellschaft ist die der sogen. «Holding Company», die formell kein Schiff besitzt, sondern nur den grössten Teil der Aktien der im Trust befindlichen Gesellschaften in ihrer Hand vereinigt und dadurch den ganzen Betrieb beherrscht.

Auch mit den beiden grössten deutschen Gesellschaften, der «Hapag» und dem Lloyd, hat der Trust behufs Regelung der gegenseitigen Interessen Vereinbarungen getroffen. Dieselben regeln in der Hauptsache die gegenseitigen Interessensphären im nordatlantischen Verkehr auf Grund der bisherigen Verkehrsentwicklung, ohne den beiden deutschen Unternehmungen in der zukünftigen Entwicklung ihrer Linien Beschränkungen aufzuerlegen. Ferner sind Bestimmungen getroffen über eine beschränkte Gewinnbeteiligung des Trust an dem Gesamtergebnis der beiden Gesellschaften. Diese haben sich verpflichtet, dem Syndikate alljährlich denjenigen Anteil an ihrer Dividende auszuzahlen, welcher einem Viertel des jeweiligen Aktienkapitals (gegenwärtig 26 250 000 M.) entspricht. Die Gegenleistung des Syndikats besteht in der Verpflichtung, den beiden Gesellschaften auf den gleichen Betrag, auf den es den Dividendenanteil erhält, eine Verzinsung von 6% zu gewähren. Der Erwerb von Aktien der deutschen Gesellschaften seitens des Trust, und umgekehrt, ist verboten. Zur Erledigung aller die gemeinsamen Interessen berührenden Fragen wird eine aus 2 Vertretern des Syndikats und 2 Vertretern der deutschen Gesellschaften bestehendes Komitee eingesetzt, das jedoch keine Exekutivgewalt haben, sondern die an dasselbe gelangenden Angelegenheiten im Wege freundschaftlicher Verständigung ordnen soll. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Vertrages sollen einem Schiedsgericht unterbreitet werden. Der Vertrag ist auf die Dauer von 20 Jahren geschlossen; es soll aber jeder Partei freistehen, nach Ablauf von 10 Jahren (20. Februar 1912) ab eine Revision des Vertrages zu beantragen, und wenn diese in zufriedenstellender Weise nicht erzielt werden kann, nach Verlauf eines weiteren Jahres sich von dem Kontrakte zurückzuziehen.

Im Hinblick auf diese Interessengemeinschaft und gleichzeitig zur Wahrung der in keiner Weise anzutastenden Selbständigkeit der deutschen Gesellschaften beschlossen dieselben 1902 eine Statutenänderung in dem Sinne, dass zu Vorstands- bezw. Aufsichtsratsmitgliedern nur im deutschen Reichsgebiete wohnhafte Reichsangehörige gewählt werden können.

Um die Konkurrenz der europäischen Schiffahrtsgesellschaften untereinander bezüglich des nordatlantischen Verkehrs zu regeln, kam zwischen den deutschen, holländischen und englischen Gesellschaften eine Vereinbarung in dem 1908 zu London geschlossenen «Transatlantischen Passage-Pool» zustande, der die Verteilung des Auswanderungsverkehrs auf die verschiedenen an der transatlantischen Passagierbeförderung beteiligten Schiffahrtsgesellschaften regelt. Neuerdings wird dieses Abkommen, das übrigens mit dem 31. März 1911 sein Ende erreicht, über dessen Erneuerung aber schon seit geraumer Zeit aussichtsreiche Verhandlungen schweben, von der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika als Verstoss gegen das Sherman-Antitrust-Gesetz bezeichnet.

Als ein Schutzverband Hamburger Reedereien gegen auswärtige Konkurrenz stellt sich die 1905 auf Veranlassung der Hamburg - Amerika - Linie errichtete «Syndikats - Reederei G. m. b. H.» in Hamburg dar; ähnlichen Zwecken dient die 1909 mit einem Kapital von 6 Millionen Mark ins Leben gerufene «Reederei-Vereinigung» einer grossen Anzahl von Hamburger und Bremer Reedereien zur Wahrung gemeinsamer Interessen.

Die deutsche nautische Zeitschrift «Hansa» gibt einen Überblick über den Schiffsbestand der deutschen Reedereien Ende 1910 und Ende 1909, von denen die wichtigsten in umstehender Tabelle wiedergegeben sind.

Dadurch, dass sich die Tätigkeit der deutschen Dampfschiffahrts-Gesellschaften vornehmlich im Auslande abspielt und sie in allen Weltteilen ihre Niederlassungen, Ladeeinrichtungen etc. besitzen, stehen sie ihrer ökonomischen Wirksamkeit und Bedeutung nach den ausländischen Unternehmungen gleich. Der Aufschwung, den die deutsche Reederei in den letzten 4 Jahrzehnten genommen hat, ist ohne die Mitwirkung der deutschen Banken, sei es in direkter Weise schon bei ihrer Gründung, oder indirekt durch die Übernahme der Emissionen dieser Gesellschaft, undenkbar, und wenn auch nicht in dem

Deutsche Reedereien Ende 1910.

Name:		Schiffsbestand				
		Ende 1910			Ende 1909	
		Zahl	Raumgehalt Br. R. T.	Ind. Pf.	Zahl	Raumgehalt Br. R. T.
Argo . . .	Bremen	28	44469	23965	29	43553
Neptun . .	„	71	50513	—	64	45225
Hansa . .	„	54	263496	—	52	249757
Hbg. Br.-Afrika L.	„	12	33071	13980	11	28298
Nordd. Lloyd .	„	425	755660	566436	425	742843
Rickmers Reis A.-G.	„	19	67913	21800	17	59729
Roland L. .	„	7	34639	16950	7	34639
Flensb. Dampf. Co.	Flensburg	10	22826	8500	10	22826
Flensb. Dampfsch.-G.	„	8	13659	5720	8	13659
Union Akt.-Ges.	Hamburg	7	27161	10575	7	27161
Deutsch-Am. Petrol.	„	21	81219	—	21	84467
Deutsch-Austr. D.-G.	„	37	162871	—	33	144354
Kosmos . .	„	—	177428	82150	—	183429
Deutsche Levante L.	„	32	75664	—	26	62171
Deutsche Ostafr. L.	„	26	84216	46960	25	79082
Hambg.-Amerika P.	„	388	1021963	—	382	910125
Hambg.-Südam. D.-G.	„	42	200182	87480	42	196734
Rob. M. Sloman jr.	„	22	45391	21240	18	37566
Transatlantica .	„	3	14681	5400	4	18940
Ver. Bugsir- u. Fracht.-G.	„	46	19423	8415	48	18538
Woermann L. .	„	31	89258	—	30	80409
F. Laeisz . .	„	—	39169	—	—	40927
Reederei Akt.-Ges.	„	24	49153	—	21	42766
G. J. E Siemens & Co.	„	7	20929	1800	6	18652
Horn Akt.-Ges.	Lübeck	13	31855	11600	13	31855
H. C. Horn. .	„	16	41446	23850	16	41446
Oldenb. Portug. D. R.	Oldenb.	18	27578	12150	18	25971
W. Kunstmann .	Stettin	15	31861	12734	15	33685
Neue Dampfer Co.	„	20	21217	9400	19	20174

Masse wie in anderen Zweigen der Volkswirtschaft die Gründertätigkeit der Banken selbst sehr zu vermerken ist, indem die grossen Schiffahrtsgesellschaften diese Aufgabe in der Hauptsache selbst übernahmen, so ist doch die richtunggebende Initiative der Banken in bezug auf die Errichtung neuer Schiffahrtsunternehmungen, wie bereits gezeigt, mancherorts in die Erscheinung getreten.

Überseeische Kabelleitungen.

In Verbindung mit den bis in die neuere Zeit noch sehr unentwickelten deutschen Seeinteressen kann es nicht verwundern, dass sich noch bis vor kurzem der Umfang der deutschen unterseeischen Kabelleitungen auf einem Stande bewegt hatte, der den drängenden Bedürfnissen eines sich stetig steigernden Weltverkehrs längst nicht mehr genügen konnte. In bezug auf die Ausdehnung des submarinen Telegraphenverkehrs steht England allen anderen Nationen voran, und es übt infolge der überaus weitgehenden Rechte, die sich die englische Regierung bei Konzessionierung der durch Privatgesellschaften betriebenen Kabelleitungen zu sichern wusste, einen geradezu beherrschenden Einfluss auf den grössten und wichtigsten Teil der unterseeischen Telegraphenverbindungen der Welt aus. Diese Monopolstellung des britischen Inselreiches ist dem übrigen Europa niemals eindringlicher vor Augen geführt worden, als zur Zeit des Burenkrieges, da England dem südafrikanischen Telegraphenverkehr in ziemlich rigoroser Weise die weitgehendste Beschränkung auferlegte, die damals den Unwillen sämtlicher europäischer Staaten erregte.

Damals wurde der Gedanke der Notwendigkeit der Emanzipation des deutschen unterseeischen Telegraphenverkehrs von englischer Bevormundung wieder neu aufgegriffen. Aber schon vorher war man sich der Missstände bewusst gewesen, die diese Abhängigkeit zeitigte und war deshalb schon seit einer Reihe von Jahren bemüht, einige in dem Verkehr mit dem Auslande besonders wichtigen Kabelleitungen in der Nordsee in den Besitz des Reiches zu bringen. So wurden bereits 1889 die Kabel von Borkum nach Lowestrift und von Greetsiel nach Valentia, dasjenige von Hoyer über Sylt nach Arendal (Norwegen) und die Unterseeleitung nach Helgoland von Deutschland angekauft; ebenso wurde 1891 von dem deutschen

Reich gemeinschaftlich mit England ein zweites Kabel von Borkum nach England gelegt.[13])

Diese Anfänge in der Selbständigmachung des deutschen submarinen Fernverkehrs wurden dann von den grossen Telegraphengesellschaften um die Wende des neuen Jahrhunderts weitergeführt, zu deren Errichtung das Reich, das den neuen Gesellschaften mit Subventionen zu Hilfe kam, mehrfach die Anregung gab.

Wenn auch noch heute das Deutsche Reich bezüglich der Länge seiner Kabelleitungen in der Reihe der übrigen grossen Nationen nur einen mittleren Rang einnimmt, so ist doch aller Anschein vorhanden, dass es ernstlich gewillt ist, das Verlorene wieder einzuholen.

Die Anteilnahme der grösseren Nationen in Prozenten der Weltkabellänge betrug in den angegebenen Jahren wie folgt:[14])

	1898	1903	1910
England	68,33	60,2	55,2
Vereinigte Staaten	11,10	18,2	12,6
Frankreich	10,10	9,0	15,8
Russland	4,32	3,8	0,16
Deutschland	1,88	4,5	6,4
Japan	0,90	0,8	1,7

Danach bewegt sich Deutschland gegenwärtig an vierter Stelle; interessant ist auch der Aufstieg Frankreichs, das sich über die Vereinigten Staaten hinweg an die zweite Stelle zu setzen verstanden hat.

Elektrizitätsgesellschaften.

An dem grossartigen Aufschwung, den die deutsche Volkswirtschaft, speziell die deutsche Industrie, in den vier letzten Dezennien genommen, hat ein jüngerer Zweig derselben hervorragendsten Anteil; es ist dies die elektrotechnische Industrie, die eigentlich in dieser Periode erst geschaffen worden — denn die Zeit von den allerersten Anfängen zu Mitte der 50er Jahre bis zum Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts kann doch nur mehr oder weniger als eine Vorbereitungszeit angesehen werden — und die heute in ihrer Monopolstellung auf

[13]) Denkschrift der Disk.-Ges. S. 151.
[14]) Zusammengestellt nach dem Stat. Jahrb. für das D. Reich.

dem Weltmarkte von keiner anderen Nation erreicht oder gar übertroffen wird.

Diese Industrie, so recht ein Kind der Aufschwungsperiode Neu-Deutschlands, lässt, wie vielleicht kein anderer Industriezweig, in ihrer ganzen Entwicklung jene charakteristischen Eigenschaften, die auch in den übrigen Industrien in grösserem oder geringerem Masse zutage treten, und die der vorerwähnten Epoche ihr Gepräge geben, am deutlichsten erkennen: die Erscheinungen der Konzentration und der Expansion.

Im Jahre 1881 beginnt mit dem Übergang von der Schwachstrom- zur Starkstrom-Industrie und der damit zeitlich ungefähr zusammenfallenden Errichtung der «Deutschen Edisongesellschaft für angewandte Elektrizität» (1883) das eigentliche Auftreten dieses neuzeitlichsten aller Industriezweige, und bereits zu Anfang des neuen Jahrhunderts hatte sich die Konsolidierung dieses Industriezweiges im wesentlichen vollzogen, und nachdem neuerdings auch der jüngste der grossen Elektrizitäts-Konzerne, die Felten-Guilleaume-Lahmeyerwerke, seine Selbständigkeit aufgeben musste, stehen sich nunmehr in der Hauptsache nur noch zwei mächtige Gruppen, die Gruppe der «A. E. G.» und der Siemens-Schuckert-Konzern, auf diesem Gebiete gegenüber, zwischen denen aber jetzt schon so viele Fäden gemeinsamer Interessen hin- und hergehen, sodass der deutsche Elektrizitäts-Trust in nicht mehr allzu grosser Ferne sein dürfte.

Die elektrische Industrie ist eine jener wenigen Industrien, die gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit auch das Ausland in ihr Geschäftsbereich gezogen hat; trotzdem ist auch hier die Erscheinung zu beobachten, dass mit der zunehmenden Kapitalkonzentration das Aufsuchen der fremden Märkte mehr denn je zur dringenden Notwendigkeit wird, da die Betätigungsmöglichkeiten dieser gewaltigen Kapital-Assoziation im eigenen Lande nicht mehr ausreichen. Die grossen Gesellschaften überschreiten die Grenzen des Heimatlandes und installieren in den Kulturstaaten der ganzen Welt neue Unternehmungen und sichern damit gleichzeitig den heimischen Etablissements gewinnbringende Aufträge.

Wenn auch für diese Expansion der deutschen Elektrizitätsindustrie, abgesehen von der durch die Kapitalanhäufung gegebenen inneren Notwendigkeit, die in Anbetracht des grossen Gewichtes der elektrischen Maschinen und Apparate recht erheblichen Transportkosten, sowie die Notwendigkeit der Ver-

wendung von Arbeitskräften im Auslande mitbestimmend gewesen sein mögen, so sind doch die Gründe für dieses Ausserlandgehen vornehmlich darin zu suchen, dass der Einführung von Erzeugnissen der elektrotechnischen Industrie fast in allen Ländern hohe Zölle entgegenstanden, die die Fabrikation verteuerten und die Konkurrenz erschwerten; um diese Zollmauern zu übersteigen, waren daher die grossen Elektrizitätsfirmen gezwungen, im Auslande eigene Niederlassungen zu errichten und befolgten damit das Beispiel der übrigen Industrien, die sich zu der gleichen Notwendigkeit veranlasst sahen.

Von den europäischen Ländern, auf welche die deutschen Gesellschaften vor allem ihre Tätigkeit ausdehnten, seien in erster Linie Russland, Österreich, die Schweiz und Italien, dann aber auch Belgien, Frankreich, Spanien, England und die nordischen Reiche genannt; im besonderen Masse jedoch ist es Italien gewesen, das der deutschen elektrotechnischen Industrie lohnende Aufträge zuführte und in Zukunft wohl auch noch zuführen wird.

In den letzten 5 Jahren sind in Italien, und zwar vorzugsweise im Norden, durchschnittlich je ca. 100 000 PS. an Wasserkräften installiert worden, und riesige Anlagen sind noch im Bau. Noch Anfang 1904 waren kaum 100 000 PS. an Wasserkräften ausgenützt; nach Fertigstellung der gegenwärtig im Bau begriffenen Anlagen werden es ca. 750 000 PS. sein. Diese Wasserkraftanlagen sind ganz bedeutende Verbraucher von deutschen und schweizerischen Maschinen, wie Turbinen, Dynamos, Motoren, Hilfsapparaten, Messinstrumenten und Leitungsmaterial. Die A. E. G. und die Siemens-Schuckertwerke machen in Italien einen jährlichen Umsatz von 10—15 Millionen Lires, und im ganzen dürfte sich die Einfuhr von elektrischen Apparaten und Material aus Deutschland und der Schweiz auf jährlich ca. 50 Millionen Mark belaufen. Ausserdem haben die deutschen Elektrizitätsfirmen in Italien wertvolle Erfahrungen, namentlich auf dem Gebiete der Hochspannungsleitungen, sammeln können, und die Kenntnis der Verhältnisse bei den italienischen Wasserkraftanlagen dürfte für die deutsche Industrie um so wertvoller sein, als ja auch für Deutschland der Ausbau grösserer Wasserkräfte und die Errichtung von Überlandzentralen unter lebhafter Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise bevorsteht.[15])

[15]) Nach einem Artikel der „Frkf. Ztg." v. 2. Nov. 1910: „Die Wasserkraftanlagen Italiens."

Von den aussereuropäischen Ländern, in denen die deutsche elektrotechnische Industrie ein lohnendes Feld ihrer Betätigung fand, sind vor allem Südamerika und Südafrika zu nennen. Namentlich durch die immer mehr zur Anwendung gelangende Einführung des elektrischen Betriebes im südafrikanischen — neuestens auch im deutsch-südwestafrikanischen — Minenbetrieb haben sich der elektrotechnischen Industrie unerwartete Verwendungsmöglichkeiten eröffnet. Aber auch in Ostasien, vor allem in China, ist deutscher Unternehmertätigkeit auf diesem Gebiete noch ein weites Betätigungsgebiet offen.

Die Erzeugnisse der deutschen elektrotechnischen Industrie können sich auf verschiedene Weise den Eingang in fremde Länder verschaffen. Als die umfangreichste Form des Warenabsatzes im Auslande erscheint der reine Export, der wieder durch verschiedene Momente begünstigt wird. In erster Linie ist für die Vermehrung des ausländischen Absatzes die Güte der deutschen elektrotechnischen Erzeugnisse ausschlaggebend gewesen. «Der Pionier der deutschen Elektrotechnik auf dem Weltmarkte war die Firma Siemens und Halske, indem sie durch die unübertroffene Ausführung und Leistungsfähigkeit ihrer Telegraphenapparate deutsche Arbeit zur Anerkennung brachte. Auf ihre Fabrikate konnte der zum geflügelten Wort gewordene Ausspruch des Professors Reuleaux über die Güte der in Philadelphia 1876 ausgestellten deutschen Waren «billig und schlecht» keine Anwendung finden, und dadurch kommt ihr das grosse Verdienst zu, die anderen deutschen Firmen, welche mit ihr auf dem Weltmarkte in Wettbewerb treten wollten, zur Herstellung ebenfalls nur guter Erzeugnisse erzogen zu haben.»[16])

Ein weiteres Moment der Begünstigung des elektrotechnischen Exports ist in der Billigkeit der deutschen Erzeugnisse zu erblicken, indem die deutsche Industrie durch die Verwertung der von ihr erworbenen Edison-Patente für die Glühlampenindustrie billiger als die ausländischen Konkurrenten zu liefern in der Lage war und durch den Export der zum Massenartikel gewordenen Glühlampe auch andere Fabrikationsgegenstände mit einbezogen wurden.[17]) Ebenso hat es die deutsche elektrotechnische Industrie verstanden, durch die Schaffung

---

[16]) Fasolt, Die sieben grössten deutschen Elektrizitätsgesellschaften. Dresden 1904. S. 172.

[17]) ibid. S. 173.

einer ausgedehnten ausländischen Absatzorganisation die fremden Märkte für ihre Artikel aufnahmfähiger zu gestalten.

Als eine besondere Form des Exports elektrotechnischer Erzeugnisse erscheint die Gründung eigener Niederlassungen, vor allem in den Ländern, in denen sich dem Eingang deutscher Fabrikate besonders hohe Zollschranken entgegenstellten, sowie die Errichtung von Unternehmungen aller Art, wie der Bau von Elektrizitätswerken, Wasserwerken, elektrischen Bahnanlagen etc. Auch die Erteilung von Lizenzen seitens der deutschen Industrie als eine spezielle Form des Warenabsatzes ist hierher zu rechnen; sie wurde vor allem in Frankreich und in den nordischen Ländern getätigt, da hier die Entwicklung der elektrotechnischen Industrie ebenfalls schon gute Fortschritte gemacht hatte.

Wie in den meisten übrigen Industriezweigen, so stehen auch in der Elektrizitätsindustrie die deutschen Bankinstitute den grossen Konzernen fördernd zur Seite, indem sie bei deren finanziellen Operationen, im besonderen Masse jedoch beim ausländischen Unternehmergeschäft, ihre finanzielle Unterstützung liehen und in vielen Fällen mit der Errichtung ausländischer Unternehmungen selbständig vorgegangen sind.

Bergbau- und Minen-Unternehmungen.

Auf dem Gebiete des eigentlichen Bergbaues sind in erster Linie diejenigen Unternehmungen zu nennen, die sich mit der Gewinnung der gewöhnlichen Mineralien und Metalle, wie Kohlen, Eisen, Kupfer, Zink etc. beschäftigen. Es ist jedoch bemerkenswert, dass die Tätigkeit der deutschen Banken in bezug auf derartige ausländische Unternehmungen bis jetzt keinen sehr grossen Umfang angenommen hat, welche Erscheinung in der Hauptsache wohl in der Tatsache ihre Erklärung findet, dass in dieser Beziehung Deutschland selbst reiche Betätigungsmöglichkeiten aufzuweisen hat, sodass die deutschen Institute bis jetzt keine grosse Veranlassung sahen, derartigen Betätigungen im Auslande nachzugehen. Ausser einigen kleineren Beteiligungen und selbständigen Gründungen in Belgien, Frankreich, Spanien und Russland, neuestens auch in der Schweiz, sehen wir dieselben daher nur in unseren kolonialen Besitzungen sich betätigen, und hier dürfte diese Tätigkeit mit der Auffindung weiterer bergbaulicher Lagerstätten — es sei hier nur an die noch unaufgeschlossenen Kohlenlager

des Caprivi-Zipfels in Südwestafrika und an die neuentdeckten Kohlen- und Glimmervorkommen in Deutsch-Ostafrika erinnert — in Zukunft wohl noch eine grössere Ausdehnung erfahren. Besonders sind es die bergbaulichen Unternehmungen in der ostasiatischen Besitzung Kioutschou und in Südwestafrika, die sowohl für die Entwicklung unserer Schutzgebiete als auch in ihrer Rückwirkung auf die heimische Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung sind und zu deren Errichtung deutsche Banken direkte Veranlassung gegeben haben.

Das eine dieser Unternehmen, die «Schantung Bergbaugesellschaft», hat sich überaus rasch zu einem wichtigen Faktor im Wirtschaftsleben unserer ostasiatischen Kolonie entwickelt, indem es den daselbst befindlichen industriellen Niederlassungen, sowie den im fernen Osten betriebenen Eisenbahnen das nötige Betriebsmaterial und dem in Ostasien stationierten deutschen Kreuzergeschwader eine vorzügliche Schiffskohle liefert, die an Qualität der besten englischen Kohle nicht viel nachsteht. Es ist nur im Hinblick auf eine günstige Entwicklung dieses für die vitalen Interessen von Kioutschou so bedeutsamen Unternehmens zu bedauern, dass sich in neuester Zeit die Verhältnisse auf dem ostasiatischen Kohlenmarkte infolge der fortschreitenden Aufschliessung chinesischer Staatsgruben und der immer fühlbarer werdenden japanischen Konkurrenz ausserordentlich verschlechtert haben. So bemerkt die «Chinese Engineering and Mining Company» in ihrem neuesten Geschäftsbericht pro 1909/10, dass die Lage des Kohlengeschäftes bereits seit längerer Zeit unbefriedigend sei und es auch zur Zeit noch an irgendwelchen Anzeichen zu Besserung fehle, sodass die Gesellschaft mit Unterstützung der englischen Regierung in Unterhandlungen mit der chinesischen Regierung zwecks Abtretung ihres Grubenbesitzes eingetreten sei, (die inzwischen mit dem Übergang der Gruben in chinesichen Staatsbesitz zum Abschluss gekommen sind.) Erschwerende Momente des Absatzes bildeten ferner die Konkurrenz der chinesischen Staatsgruben, vor allem der Lanchow-Grube und die der japanischen südmandschurischen Eisenbahngesellschaft gehörigen Fushun-Grube mit wachsender Förderung. Unter den gleichen Bedingungen arbeite auch die Schantung-Bergbaugesellschaft, die infolge der japanischen Konkurrenz, die mit einer Jahresproduktion von 20 Millionen tons bei weitem an erster Stelle in Ostasien steht, im laufenden Jahre in Shanghai schlechte Geschäfte gemacht habe.

Indessen scheinen die Aussichten der deutschen Gesellschaft in Anbetracht der in jüngster Zeit in der bergbaulichen Interessensphäre dieses Unternehmens gemachten Entdeckungen von bedeutenden abbauwürdigen Erzlagerstätten nicht so sehr ungünstige zu sein. In interessierten Kreisen ist der Wunsch laut geworden, dass die Gesellschaft im Interesse einer gedeihlichen Weiterentwicklung der ostasiatischen Besitzung die vorhandenen Erze bei den guten Kohlenverhältnissen an Ort und Stelle selbst zur Verhüttung bringe. Der Wert Kioutschous könnte ausserordentlich gesteigert werden, wenn es gelingen sollte, daselbst eine deutsche Stahlindustrie zu etablieren, die bei dem Wegfall der beträchtlichen Frachtkosten für Rohmaterial von Europa oder Amerika nach China daselbst mit ihren Produkten verhältnismässig leichten Eingang finden könnte. Bisher hat sich die Gesellschaft zu diesen Plänen noch nicht geäussert; doch ist bekannt geworden, dass sie die Erzlagerstätten erschliessen und einen Teil der Erze in Tsingtau an das sehr erzarme Japan zu verkaufen beabsichtige. Die Garantie eines steten und gewinnbringenden Absatzes einer bestimmten Erzmenge nach Japan hätte den schwierigen und teueren Aufschluss der Erzlager erleichtern können, um trotz dieses Absatzes nach Japan noch genügende Erzmengen für deutsche Hüttenwerke und Stahlwalzbetriebe zur Verfügung zu haben. Indessen haben sich aber die Verhandlungen mit Japan zerschlagen, und es ist darum um so mehr zu begrüssen, dass nunmehr die Verwaltung der Gesellschaft die Errichtung eines Hochofens und eines Stahlwalzwerkes in Tsingtau in Erwägung ziehe. Hierzu wird der «Frankfurter Zeitung» aus Tsingtau geschrieben: «Die Gesellschaft verfügt neben den Lagern bei Tschinglingtschen über wertvolle Eisenerzstätten am Sybauschan bei Tschangtien und am Maschan bei Setschuan. Am Tieschan und Sybauschan treten Magneteisensteine (Fe_3O_4) mit einem Eisengehalt von mindestens 55% auf, die sich besonders dadurch auszeichnen, dass sie nahezu frei von schädlichen Beimengungen sind. Am Maschan treten Brauneisensteine mit einem gewissen Mangangehalt, die als Zuschläge zur Stahlbereitung dienen können, auf. Alle diese Erze liegen nicht über 6 km von der Schantungbahn entfernt, sie können ohne weiteres durch Tagbau (?) gewonnen werden. Der als Zuschlag für eine Verhüttung erforderliche Kalk tritt in unmittelbarer Nähe auf. Kokskohlen können von der ca. 30 km entfernten Hungschan-Grube der Schantung-

Bergbaugesellschaft gewonnen werden. Es hat den Anschein, dass es der Gesellschaft gelungen ist, die zum Teil wohl in der Frage der Kapitalbeschaffung für die neuen Projekte liegenden Schwierigkeiten zu überwinden.»

Mit der Verwirklichung dieser Pläne, die auf die Schaffung einer Grundlage für den so wichtigen Zweig der Eisenindustrie abzielen, eröffnen sich für die ostasiatische Kolonie Aussichten, die für deren wirtschaftliche Entwicklung von der grössten Tragweite sein dürften.

Von nicht geringerer Bedeutung als die ebengenannte Gesellschaft ist ein Unternehmen ähnlicher Art in Deutsch-Südwestafrika, die «Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft», ein Doppelunternehmen, dessen, soweit es den Eisenbahnbetrieb angeht, schon in einem vorhergehenden Kapitel Erwähnung getan wurde. Während aber der ostasiatischen Gesellschaft doch nur eine mehr lokale Bedeutung zukommt, ist diese südwestafrikanische Unternehmung dazu angetan, eine empfindliche Lücke in der Urproduktion des Mutterlandes auszufüllen, indem sie dazu angetan erscheint, den empfindlichen Mangel Deutschlands an dem auf dem Weltmarkte so begehrten und mit steigenden Preisen bezahlten Kupfer wenigstens doch in etwas zu mildern. Doch scheint die neuere Entwicklung dieses Unternehmens, einer Tochtergesellschaft der englischen «South West Africa Company» und der Diskonto-Gesellschaft, sich nicht in der für das Mutterland erwünschten Richtung zu bewegen; denn es wurde in letzter Zeit[18]) der Otavi-Gesellschaft der Vorwurf gemacht, dass sie des günstigeren amerikanischen Angebots wegen ihre gesamte Produktion an Amerika abfliessen lasse, anstatt sie zu annehmbaren Preisen den deutschen Hüttenwerken zuzuführen, um den deutschen Markt von der amerikanischen Monopolstellung auf dem Kupfermarkte unabhängiger zu machen. Demgegenüber macht die Gesellschaft auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die der Verhüttung der besonders gearteten Otavi-Erze in deutschen Hüttenwerken entgegenstehen.

Hierzu schreibt man der «Rheinisch Westfälischen Zeitung»: «Als seinerzeit die deutsche Regierung die Otavi-Gesellschaft bei ihrer Gründung mit ausserordentlichen Gerechtsamen ausstattete und ihr auch im übrigen ein Entgegenkommen zeigte, wie es weit über das Mass des sonst Üblichen hinaus-

---

[18]) Vergl. „Frkf. Ztg." v. 22. Okt. 1910.

geht, stand es fest, dass man von der Otavi-Gesellschaft erwartete, ihre Produkte an Kupfer würden in der Tat dem eigenen Heimatlande und nicht fremden Staaten zu gute kommen. Denn darüber kann wohl kein Zweifel sein, dass es der Endzweck aller Kolonien ist, mit ihren Erzeugnissen den Mutterstaat so unabhängig vom Auslande zu machen, wie das eben nach Umfang und Reichtum des Überseebesitzes möglich ist. Wenn daher die Kupferfunde Südwestafrikas zur Verhüttung nach Amerika gehen und von dort mit erhöhten Preisen nach dem Deutschen Reiche zurückkehren, so ist das ein Zustand, der — mag er nun entstanden sein wie er will — einer gesunden Kolonialpolitik direkt ins Gesicht schlägt.»

Nach Oberbürgermeister Dr. Külz, der erst vor kurzem von einer Informationsreise nach dem südwestafrikanischen Schutzgebiet zurückgekehrt ist und darüber in der Frankfurter Kolonialgesellschaft berichtete,[19]) beträgt der Weltkonsum an Kupfer gegenwärtig ca. 780 Millionen kg, der Bedarf Deutschlands ca. 180 Millionen kg, von denen im eigenen Lande etwa 30 Millionen kg erzeugt würden. Da die Grube Tsumeb im Otavigebiet allein schon einen jährlichen Export von ca. 5 Millionen kg aufzuweisen habe, überdies über das ganze Land Fundstellen verbreitet seien, so würde es lediglich von dem aufgewendeten Kapital abhängen, in welchem Grade das südwestafrikanische Kupfer den Weltmarkt zu beeinflussen vermöge.

Eine etwas regere Tätigkeit der deutschen Banken ist auf demjenigen Gebiete des Bergbaues zu beachten, der sich mit der Gewinnung von Gold und Diamanten befasst. Schon ziemlich früh haben sich einige deutsche Bankinstitute im siebenbürgischen Goldbergbau betätigt; sie gaben jedoch diese Betätigung bald wieder auf, nachdem sich die Unrentabilität desselben herausgestellt hatte und wandten sich nun der südafrikanischen Gold- und Diamantminen-Industrie zu. Doch sollten sich ihre Hoffnungen auch hier nicht in dem Masse erfüllen, wie es hierzu von vornherein berechtigten Anschein hatte, sodass im allgemeinen gesagt werden kann, dass die deutschen Institute aus ihrer Beteiligung an der Minenindustrie bis jetzt noch keine erheblichen Gewinne gezogen haben, vielmehr dabei schon recht bedeutende Verluste erlitten. Dazu kommt dann noch der Umstand, dass, während die deutschen Banken

---

[19]) Vergl. „Frkf. Ztg." v. 19. Nov. 1910.

in den sich betätigenden übrigen Industrien mit eigener Initiative hervortraten, dies bis in die allerneueste Zeit in bezug auf die südafrikanische Minenindustrie nicht gesagt werden kann, in der Hauptsache wohl deshalb, weil der südafrikanische Minenmarkt von vornherein von englischem Kapital beherrscht wurde und die deutschen Institute zu spät auf dem Plane erschienen, um das Versäumte noch einholen zu können, woraus wieder manche andere ökonomischen Nachteile resultierten. Die Tätigkeit der deutschen Banken beschränkt sich daher im wesentlichen auf ihre Beteiligung an schon bestehenden Unternehmungen, resp. an der Umwandlung solcher, und nur in der erst neuerdings aufgekommenen Diamantminenindustrie greifen sie wieder etwas aktiver in den Entwicklungsgang dieses erst noch werdenden Industriezweiges ein.

Der normale Verlauf der Entstehung eines solchen südafrikanischen Minenunternehmens ist der folgende: Die Landgesellschaften, die sogen. «Explorations Companies» erwerben die Bergwerksgerechtsame für ein bestimmtes Gebiet, teilen dasselbe in Distrikte (claims) und übertragen, nachdem sie fündig geworden sind, die erhaltene Konzession an eine besondere, meist speziell für diesen Zweck zu errichtende Minengesellschaft. Sie setzen dann ihre Schürftätigkeit in anderen Teilen ihres Konzessionsgebietes fort und errichten immer weitere Minengesellschaften, bis der ganze Besitz aufgeteilt ist. Die Landgesellschaft ist meist durch grösseren Aktienbesitz dauernd an den einzelnen Unternehmungen beteiligt, deren Finanzierung sie mit eigenem Kapital durchgeführt hat. Oft auch schreitet die Landgesellschaft, um sich die Mittel für weitere finanzielle Transaktionen und Aufschliessungsarbeiten freizuhalten, zur Errichtung einer eigenen Finanzierungsgesellschaft, welcher die Kapitalversorgung der einzelnen Minengesellschaften obliegt. Meist auch geht die Entwicklung — und dies vor allem in neuerer Zeit — so vor sich, dass ein Unternehmen die Stufe der Landgesellschaft überspringt und sich gleich von Anfang an Beteiligungen durch Effektenbesitz an schon bestehenden Unternehmungen sichert und sie dann finanziell entwickelt; dies ist nach Liefmann der heutige Typ der englischen Finanzierungsgesellschaft, der sogen. «Development Companies».

Die fabelhaften Gewinne, die namentlich Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre in Minenunternehmungen gemacht wurden, liessen ausser englischen auch bedeutende französische,

belgische, holländische und deutsche Kapitalien nach Südafrika fliessen, bis den unerhörten Kurstreibereien 1895 ein jäher Sturz folgte, durch den bedeutende Kapitalien verloren gingen. «In der Tat haben manche Landgesellschaften Dividenden verteilt auf Grund der Verkäufe von Aktien von ihnen errichteter Minengesellschaften, die selbst niemals Erträgnisse geliefert hatten.»[20])

Die dadurch hervorgerufene ungünstige Lage des Minenmarktes wurde noch durch den Ausbruch des südafrikanischen Krieges verschärft, erholte sich aber seitdem wieder, sodass heute die Verhältnisse als erträglich bezeichnet werden können. Das Haupthindernis einer neuen Aufwärtsbewegung liegt gegenwärtig, wie auch schon früher, in dem recht empfindlichen Mangel an Arbeitskräften, über den in den Berichten der einzelnen Gesellschaften recht lebhaft Klage geführt wird. So schreibt z. B. die «Consolidated Goldfields of South Africa» in ihrem Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1909/10, dass die verminderten Erträgnisse der südwestafrikanischen Minenindustrie dem ungünstigen Einfluss des Arbeitermangels und der Untüchtigkeit eines Teils des Arbeiterkontingents geschuldet sei. Einschliesslich der schwebenden Vergrösserungen seien noch mindestens 70 000 Mann in Transvaal erforderlich. Die Rekrutierung habe trotz ihrer Zunahme mit der Ausdehnung der Industrie nicht Schritt gehalten. Vorerst müsse man versuchen, entweder durch die zunehmende Einführung von Maschinenarbeit, oder, wo nötig, durch eine Verminderung der Förderung dieselben Gewinnresultate wie bisher zu erzielen. Die Verwaltung habe auch den andern Minenfeldern Transvaals Aufmerksamkeit zu teil werden lassen; auch in Rhodesien, wo in verschiedenen Distrikten neue Funde gemacht wurden, bereite die Arbeiterfrage Schwierigkeiten, weshalb eine Rekrutierungs-Organisation geschaffen würde.

Ebenso wird der Rückgang der diesjährigen Diamanten-Ausbeute bei der «Deutschen Diamanten G. m. b. H.» in Verwaltungskreisen weniger auf das Antreffen ärmerer Felder, als auf Arbeitermangel zurückgeführt.

Um dem immer empfindlicher werdenden Arbeitermangel abzuhelfen, hat man es neuerdings mit der Verwendung von Elektrizität im weiteren Umfang als schon bisher versucht. So hat vor kurzem der Goldfields-Konzern mit der «Rand Mines

[20]) Liefmann, op. cit. S. 220.

Power Company», einer Tochtergesellschaft der «Victoria Falls and Transvaal Power Cy», einen Kontrakt geschlossen, auf Grund dessen das Elektrizitätswerk dem genannten Konzern elektrische Kraft zu reduzierten Preisen liefert. Nach den Ansichten der Ingenieure wird sich angesichts dieser günstigen Bedingungen die Verwendung elektrischer Kraft bei den Minenoperationen verallgemeinern.

Für die Ertragsfähigkeit der Goldminen ist letzten Endes die «Lebensdauer» der Minen entscheidend, die man annähernd berechnen kann, indem man für die Flözmächtigkeit eine bestimmte Ziffer annimmt und einen gewissen Prozentsatz (ca. ein Drittel) des Erzes als nicht zahlbar in Abzug bringt. Die so ermittelten Erzreserven, dividiert durch die Jahresproduktion, ergeben die Lebensdauer der Mine, deren Kenntnis für den Shares-Besitzer insofern nicht ohne Wichtigkeit ist, als mit der fortschreitenden Erschöpfung der Mine auch der innere Wert der Aktie abnimmt.

In Anbetracht der Bedeutung, welche die in jüngster Zeit in Deutsch-Südwestafrika gemachten Diamantenfunde sowohl für die innere Entwicklung der Kolonie als auch für die gesamte deutsche Volkswirtschaft erlangt haben, dürfte es nicht unangebracht erscheinen, speziell den dortigen Verhältnissen der deutschen Diamant-Industrie, mit deren Entstehung das Monopol Englands auf dem Weltmarkte vernichtet würde, nähere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Mit dem bisher bekannten Diamantenvorkommen verglichen ergibt sich für die südwestafrikanischen Diamanten ein gänzlich verschiedenes Bild. Die südwestafrikanischen Steine liegen lose in dem aus Quarzsand und feinem Kies verschiedenster Herkunft gemischten Gesteinsschutt, dem sogen. «Gravel», der die Oberfläche der Namib bildet, der grossen Wüste, die sich an der ganzen südwestafrikanischen Küste hinzieht. Ursprünglich glaubte man, dass sich die Fundstellen auf die nähere Umgebung von Lüderitzbucht beschränkten, aber je weiter die Schürfexpeditionen an der Küste nach Norden und Süden vordrangen, desto mehr diamanthaltige Partien im Wüstensande wurden entdeckt.

Gegenwärtig liegt die südlichste Diamantenfundstelle bei Angras Juntas, etwas nördlich von der Mündung des Oranjeflusses und die nördlichste bei der Conceptionsbucht, südlich der Walfischbai, das ist eine Küstenstrecke von über 400 Kilo-

meter. Nirgends aber hat man bisher Diamanten ausserhalb des Küstenstriches entdeckt; vielmehr liegen alle Fundstellen in unmittelbarer Nähe des Meeres.

Über die Primärlagerstätten der südwestafrikanischen Diamanten haben die Nachforschungen bis jetzt noch keine positiven Ergebnisse gezeitigt; doch verschafft sich eine Theorie immer mehr Geltung, nach der die primären Lagerstätten eventuell im Meere, mehr oder minder weit von der Küste, zu suchen wären. Damit hängt auch die kaiserliche Verordnung vom 13. Oktober 1910 zusammen, die dem Landesfiskus von Deutsch-Südwestafrika das ausschliessliche Recht der Diamantensuche auf dem Meeresgrunde verleiht.

Der grösste bisher gefundene Stein wog 17 Karat (1 Karat = 0,2 g); ausserdem hat man eine Anzahl von Exemplaren im Gewicht von 8 und 10 Karat gefunden. Steine von 1—3 Karat Rohgewicht sind schon etwas häufiger; aber die Hauptmasse liegt innerhalb der Grössenklassen, bei denen 4—6 Stück auf das Karat gehen.

Die Weltproduktion an Diamanten beträgt gegenwärtig ca. 3 900 000 Karat im Werte von über 200 Millionen Mark. Der neueste Schutzgebietsetat für 1911 rechnet mit einer jährlichen Diamantenausbeute im südwestafrikanischen Schutzgebiete von ca. 900 000 Karat; darnach ergibt sich bei einem Durchschnittspreise von 28 M. pro Karat nach Abzug der der Diamantenregie zufallenden Verwertungsgebühr von 5% ein Reinerlös von 23 940 000 M. Hiervon beträgt der Ausfuhrzoll von $33^1/_3$% 7 980 000 M., die der Etat voll vereinnahmt. Die Einnahmen aus der Bergverwaltung werden auf 2 661 000 M. (1 701 000 i. V.) veranschlagt, die sich im einzelnen wie folgt zusammensetzen: M. 1 027 000 als 75% des Reinertrags der «Diamanten-Pachtgesellschaft m. b. H.»; M. 798 000 als $6^2/_3$% Förderabgabe vom Werte der Diamanten aus dem bisherigen Sonderrechtsgebiet der «Deutschen Kolonial-Gesellschaft», wobei eine Jahresförderung von 450 000 Karat und der schon genannte Durchschnittspreis zu Grunde gelegt ist; M. 399 000 als 5% des Wertes der Diamanten aus den vollverliehenen Schürfkreisen der Kolonialgesellschaft, wobei eine Jahresproduktion von ca. 300 000 Karat angenommen ist; M. 212 500 als Beitrag der Diamantenregie von M. 0,25 pro Karat zu den Zoll- und Polizeikosten, wobei der Etat mit einem Umschlag von 850 000 Karat rechnet; M. 150 000 als $33^1/_3$% Anteil des Fiskus am Reingewinn der «Deutschen Diamanten-Gesellschaft

m. b. H.»; der Rest von M. 74 500 entfällt auf Schürfgebühren und Förderungsabgaben.

Ebenso wie der Goldbergbau leidet auch die südwestafrikanische Diamantminen-Industrie ganz ausserordentlich unter dem zurzeit bestehenden Arbeitermangel; ebenso wird in den interessierten Kreisen die neueingeführte Feldersteuer, wegen der zurzeit verschiedene Klagen zwischen verschiedenen Diamantgsellschaften und der «Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika», bezw. Landesfiskus schweben, als eine starke Belastung der Minenindustrie empfunden. Trotz dieser «Behinderung» jedoch befindet sich der Diamantenmarkt gegenwärtig in bester Verfassung, da sich infolge der stets regen Nachfrage die Preisverhältnisse ausserordentlich günstig gestaltet haben. So wurde infolge des starken Bedarfes an Rohdiamanten das ganze Februarshipment der deutschen Diamanten zu einem Durchschnittspreis von 35 M. pro Karat gegen zuletzt 31 M. ausverkauft.[21])

In neuerer Zeit tauchen Gerüchte über die Fusion sämtlicher südafrikanischen Diamantengesellschaften unter der Führung der Debeers-Gesellschaft auf. Diese Gesellschaft, deren Monopol auf dem Diamantenmarkte durch das Aufkommen der deutschen Diamantenindustrie durchbrochen wurde, sucht dasselbe wieder herzustellen, indem sie, da direkte Verhandlungen bisher kein Ergebnis zeitigten, unter der Hand die Aktien der südafrikanischen Diamantengesellschaften aufkauft, in dem Bestreben, sämtliche noch selbständigen Gesellschaften zu absorbieren und auch die deutsche Produktion in ihren Konzern einzubeziehen. Bis jetzt gelangt nämlich die gesamte Ausbeute der deutschen Diamanten an das Diamanten-Händlersyndikat in Antwerpen, welches hierfür das Auslandsverkaufs-Monopol besitzt. Um dieses auszuschalten, hat die Debeers-Gesellschaft der Deutschen Diamantenregie bereits mehrere Angebote gemacht, ohne dass es jedoch zu einer Verständigung zwischen diesen beiden Gruppen gekommen wäre.

Inzwischen hat jedoch die Debeers-Gesellschaft in ihren Bestrebungen der Alleinbeherrschung des südafrikanischen Diamantenmarktes insofern einen Erfolg zu verzeichnen, dass es ihr, gleichsam als Einleitung zu weiteren geschäftlichen Transaktionen in der Richtung einer grösseren Konsolidation

---

[21]) „Frkf. Ztg." v. 23. Febr. 1911.

auf dem Minenmarkte, gelungen ist, mit der zweitmächtigen englischen Gruppe, der «Premier-Mine», deren Grossaktionär sie ist, eine Preiskonvention über eine Preiserhöhung in bezug auf den sogen. «Boort», jene geringere Diamantensorte, die in ungeschliffenem Zustande zu industriellen Zwecken Verwendung findet, abzuschliessen, welcher Vereinbarung nun auch das Antwerpener Händlersyndikat für die deutschen Diamanten beigetreten ist. Vor einigen Jahren, als die Premier-Mine und die deutschen Gesellschaften noch nicht als Konkurrenten auf dem Weltmarkte auftraten, wurde für den Boort an den beiden Hauptplätzen dieses Artikels, in Antwerpen und Amsterdam, ein Karatpreis von 7—8 M. erzielt; seither ist er auf $2^1/_2$ M. gesunken. Deshalb haben sich jetzt die Produzenten zu einer gemeinsamen Erhöhung des Boort-Preises entschlossen. Dazu wird der «Frankfurter Zeitung» vom 9. November 1910 aus Antwerpen geschrieben «Dass die Preiskonvention auch auf die Melé-Ware ausgedehnt werden wird, ist deshalb zweifelhaft, weil der Preisstand zwischen der englischen und der deutschen Sorte, der zurzeit etwa 17 M. pro Karat beträgt, noch zu gross ist. Davon wird man ernstlich erst dann reden können, sobald die südwestafrikanischen Diamanten infolge des Tiefbaues und der notwendig gewordenen Aufstellung von Maschinen entsprechend teurer werden sollten.»

Die üblen Begleiterscheinungen einer überhitzten Spekulation, die den südafrikanischen Goldminenmarkt so sehr diskreditierten, haben sich in neuester Zeit auch auf dem südwestafrikanischen Diamantenmarkt bemerklich gemacht, und je weiter die Entwicklung des südwestafrikanischen Diamantenbergbaus voranschreitet, desto deutlicher tritt hervor, dass es durchaus zweckmässig war, der zügellosen Gründung von Diamanten-Gesellschaften frühzeitig einen Riegel vorzuschieben; denn das deutsche Publikum erleidet an den Werten der vielen kleinen Unternehmungen, die von drüben an den deutschen Markt gebracht werden, recht erhebliche Verluste. So sind neuerdings Mitteilungen über die «German South West African Diamond Investment Company», jenem Kapstädter Unternehmen, das gegen Ende 1909 zwecks Erwerb von Anteilen deutscher Diamantengesellschaften ins Leben gerufen wurde, bekannt geworden, welche die vielen Enttäuschungen in südafrikanischen Minenwerten um eine neue vermehren. Nachdem die Anteile dieser Gesellschaft bis zu Preisen von 30 sh. für den £-Share abgesetzt worden waren, traten Ent-

täuschungen in der Qualität ihrer Beteiligungen ein: das Resultat war ein Preissturz bis auf ca. 30%; ähnlich erging es den Anteilen der «Kaoko-Land- und Minengesellschaft», die zu 102½% in den freien Verkehr gebracht wurden und gegenwärtig mit ca. 60% genannt werden.[22])

Über die scharfen Kursreduktionen am Kolonialmarkt veröffentlichte das «Nordische Kolonialkontor G. m. b. H.» folgende instruktive Zusammenstellung für Mitte November 1910:

	Ungefährer Höchstkurs	Kurs kurz vor Abgang Dernburgs	Gegenwärtiger Mittelkurs	Heutiger Wert, wenn Höchstkurs = 100 %
Deutsche Kol.-Gesellschft. %	2100	1750	800	38 %
Germ.SouthWestDiamond M	32	25	5	26 „
Kaoko . . . . %	120	86	60	50 „
Kaukausib . . . M	4000	2800	1600	40 „
Kolmanskop . . . M	95	72	65	68 „
South West Afrika . sh.	42	39	32,5	77 „
Swakopm. Diam. Ges. . M	3300	3000	1400	42 „
Weiss de Meillon . . M	1400	500	400	29 „
Zillertal . . . . M	3500	3300	1000	29 „

Oberbürgermeister Dr. Külz-Bückeburg bezeichnet in seinem bereits erwähnten Vortrag den Rückgang der Diamantenwerte nur als eine Zwischenkrise, die durch den Übergang vom bisherigen Raubbau zu einer intensiveren Betriebsmethode verursacht sei. Die kleinen Gesellschaften, die vor dem Eingreifen der Kolonialverwaltung entstanden seien, hätten infolge des langsameren und teueren Betriebes grössere Geldmittel nötig; daher rühre das starke Angebot von Anteilen und das Sinken der Werte.

Es kann wohl nicht bestritten werden, dass der jähe Preissturz der Minenwerte durch das starke Angebot auf dem Kolonialmarkte, hervorgerufen durch die momentane Geldknappheit verschiedener südafrikanischer Minenunternehmungen, wohl in der Hauptsache verursacht worden ist; die innere Ursache scheint jedoch, wie ein Blick auf die Tabelle zeigt, in dem starken Missverhältnis zwischen dem Ausgabekurs und dem inneren Werte der Papiere zu liegen, eine Diskordanz,

[22]) „Frkf. Ztg." v. 25. Okt. 1910.

die durch den ferneren Lauf der Dinge noch stets ihre Korrektur gefunden hat.

Es muss auf den ersten Blick verwundern, dass das deutsche Bankkapital bei der grossen Fülle von Diamantengesellschaften in Südwestafrika — das «Kolonial-Handels-Adressbuch» für 1910 zählt deren etwa 100 auf — an der Entwicklung dieser neuesten Industrie des Schutzgebietes, einen verhältnismässig geringen Anteil genommen hat. Man geht wohl nicht fehl, wenn man diese Erscheinung dem vorsichtigen Geschäftsgebaren unserer deutschen Bankinstitute zuschreibt, die zuerst einen klaren Überblick über die Verhältnisse gewinnen wollen, ehe sie mit ihren finanziellen Machtmitteln aktiv in die Entwicklung eingreifen, ein Verhalten, das sich mit ihrer Eigenschaft als der Hüterinnen des Nationalgeldschatzes sehr wohl verträgt; andererseits dürfte aber wohl nicht geleugnet werden können, dass heute die Verhältnisse in Südwestafrika wohl bessere wären, wenn sich bei der Finanzierung der Diamantenindustrie, die ja nur durch Übergründung in die gegenwärtige prekäre Lage gekommen ist, gleich von vornherein die deutschen Institute aktiver beteiligt hätten.

Recht pessimistisch äusserte sich anlässlich der Besprechung der Diamanten-Verträge im deutschen Reichstage der frühere Staatssekretär Dernburg über die Zukunftsaussichten der südwestafrikanischen Diamantenindustrie und deren ungünstigen Rückwirkungen auf die ökonomische Gesamtlage des Schutzgebietes; er sagt: «Es besteht nach meiner Erfahrung keine Aussicht, dass sich das deutsche Kapital den Kolonien wie bisher zuwendet, solange die feindliche, auch neuerdings wieder verlangte Gesetzgebung gegen die grösseren Kapitalassoziationen drohend über den Kolonien hängt. Das ist deshalb sehr bedauerlich, weil nicht nur die Entwicklung unterbunden, sondern auch die Rentabilität der von der industriellen Entwicklung abhängigen, aus Reichs- und Privatmitteln errichteten Industrie- und Verkehrsanlagen in Frage gestellt wird.»[23])

Petroleumgesellschaften.

Die ausländischen Petroleumunternehmungen bezeichnen hinsichtlich der bereits genannten bergbaulichen Gebiete, wie auch in bezug auf die Anteilnahme der deutschen Banken an

[23]) „Frkf. Ztg." v. 14. Dez. 1910.

ausländischen Industrien überhaupt, dasjenige Feld, auf dem die Betätigung der deutschen Institute die wirksamste Form angenommen hat. Waren z. B. in der elektrotechnischen Industrie die Voraussetzungen für ein bankgeschäftliches Eingreifen durch das Vorhandensein grosser, aus Privatfirmen hervorgegangenen Aktiengesellschaften schon gegeben, und konnte sich darum die Banktätigkeit darauf beschränken, auf den gegebenen Grundlagen weiterbauend derselben zu ihrer heutigen Monopolstellung zu verhelfen, so bedeutet das aktive Eingreifen der deutschen Banken in die Petroleumindustrie Rumäniens, — denn auf dieses Land beschränkt sich in der Hauptsache dasselbe — insofern einen weiteren Schritt in dieser Entwicklung, als die Banken bei diesem Industriezweig vollständig mit eigener Initiative hervortraten, die ganze Industrie mit zielbewusster Planmässigkeit zum grössten Teil erst schufen, um sie dann mit ihren Bankkapitalien weiter zu befruchten, dieselbe zu entwickeln und zu beherrschen. Liefmann[24]) sagt daher mit Recht, dass so viel unberechtigterweise von der Beherrschung der Industrie durch die Banken geredet werde, aber hier treffe sie zu.

Die eben angedeutete Entwicklung bedeutet jedoch noch in einem weiteren Sinne ein Fortschreiten in den bisherigen Methoden der Beherrschung eines Industriezweiges, indem die Banken nicht nur der finanziellen und kaufmännischen Organisation und Konzentration, sondern in gleichem Masse auch dem inneren Aufbau, der Weiterbildung und Zusammenfassung in produktionstechnischer Beziehung ihre Aufmerksamkeit zuwendeten. Den Rohöl produzierenden Unternehmungen werden eigene Raffinerien angegliedert, für den Betrieb neugegründeter Etablissements werden Betriebsgesellschaften, zur besseren Organisation des Absatzes besondere Verkaufsgesellschaften geschaffen; ebenso werden zur Finanzierung neuer Unternehmungen, sowie zur Übernahme bestimmter finanzieller Transaktionen eigene Finanzierungs- und Übernahmegesellschaften errichtet.

Bemerkenswert ist ebenfalls das Verhalten der Banken unter sich, die sich auf dem gemeinsamen Operationsfelde anfänglich als Konkurrenten gegenüberstehen; schliesslich erweisen sich jedoch die im Objekt begründeten gemeinsamen Interessen stärker, als die des einseitig-egoistischen Gewinn-

[24]) op. cit. S. 390.

strebens: es entstehen Beteiligungen an Konkurrenzunternehmen, und es werden Verträge zur Sicherung der Vorteile, die ein anderes Fabrikationsunternehmen bietet, abgeschlossen; aus dem Chaos der vielen Einzelunternehmungen entwickeln sich vielgliedrige, riesenhafte Organisationen, die dann ihrerseits wieder durch Abschlüsse von Interessengemeinschaften und durch Abgrenzung von Interessensphären auf dem Weltmarkte jegliche Konkurrenz unter sich ausschalten und in unbestrittener Monopolstellung den Markt beherrschen.

Gleichwohl kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, ob der Friede auf dem Petroleum-Weltmarkte, der erst vor wenigen Jahren durch eine Vereinbarung der europäischen Produzenten mit der amerikanischen Gruppe der «Standard Oil Company» zustande kam, ein dauernder sein wird. Wenig ermutigend zu dieser Annahme klingt eine New-Yorker Meldung der «Frankfurter Zeitung» vom 22. Oktober 1910 unter der Überschrift «Der Kampf um den Petroleummarkt»; ich gebe die instruktiven Ausführungen im Wortlaute wieder: «Eine soeben erfolgte Kundgebung der «Standard Oil Company» bedeutet die Ansage einer Fehde an die sonstigen Ölgesellschaften der Welt. So fasst man wenigstens hier die Ankündigung auf, sie werde, um ihre Position auf dem Weltmarkt zu behaupten, ganz bedeutende Preisermässigungen eintreten lassen. Alle Vereinbarungen, die bisher zwischen dem amerikanischen Trust und den übrigen Produzenten bestanden haben mögen, sind aufgehoben worden, und es heisst, auf den Märkten im fernen Osten verkaufe er schon unter den Selbstkosten. Von Washington kommt die Nachricht, die Gesellschaft werde in ihrem Kampfe, soweit angängig, die Unterstützung der amerikanischen Regierung haben. Zwar ist der Öltrust in den Augen des Justizamtes eine ungesetzliche Vereinigung, die auf Grund des Sherman'schen Anti-Trustgesetzes aufzulösen ist (ein darauf abzielendes Verfahren schwebt bekanntlich vor dem Bundesobergericht),[25]) aber das Staats-Departement betrachtet ihn als «ein amerikanisches Unternehmen, dem in seinem Streben, sich auf dem Weltmarkte zu behaupten, die Hilfe der Regierung nicht versagt werden sollte». In Übereinstimmung mit dieser Auffassung hat denn auch der Botschafter Kerens in Wien nach Möglichkeit für die Interessen der «Vacuum Oil Company», unter welchem Namen der Öl-

[25]) Inzwischen ist das Urteil ergangen, das auf Auflösung, bezw. Umwandlung der Standard Oil Company lautet.

trust auf dem europäischen Kontinent seine Geschäfte betreibt, gewirkt.

Wenn zum Kriegführen vornehmlich Geld gehört, wird der grosse Trust auf Jahre hinaus seine Kämpfe führen können. Die Gesellschaft hat seit Jahren ihren Aktionären nur die Hälfte des Reingewinnes, der auf 80 Millionen $ pro Jahr bemessen wird, zugewiesen, sodass sie eine enorme Reserve angesammelt hat. Da sie keine detaillierten Berichte veröffentlicht, ist es schwer, diese Summe auch nur schätzungsweise festzustellen, das «Wall Street Journal» glaubt aber, dass sie sich auf etwa 500 Millionen $ beläuft. Es wird aber kaum nötig sein, diesen riesigen Fond anzugreifen; denn der Trust erzielt bei seinem amerikanischen Geschäft Gewinne, die wohl den im Auslands-Absatz entstehenden Ausfall kompensieren.»

Damit stimmt die Bemerkung der Deutschen Bank in ihrem Bericht für 1910 bei Besprechung des Ergebnisses der von ihr kontrollierten rumänischen Petroleumgesellschaft «Steana Romana» überein, dass sie es «angesichts des wieder einmal von der amerikanischen Monopol-Gesellschaft provozierten Petroleumkrieges» nicht für richtig halte, «die im übrigen emissionsreifen Aktien der Deutschen Petroleum A.-G. an den Markt zu bringen» und daher das vor Jahren gebildete Syndikat unter Verteilung der Stücke wieder auflöse.

Die Bedeutung der rumänischen Petroleum-Industrie für die deutsche Volkswirtschaft ist, ganz abgesehen vom privatkapitalistischen Interesse, eine sehr erhebliche. Zwar besitzt Deutschland auch einige Erdölquellen, vor allem in der Provinz Hannover; die gesamte inländische Produktion betrug jedoch 1909 nur ca. 143 000 Tonnen, sodass wir mit unserem etwa zehnmal so grossen Konsum fast ganz vom Auslande abhängig sind. In Anbetracht des Umstandes, dass für uns Rumänien als Einfuhrland in erster Linie in Betracht kommt, wenn auch zurzeit noch der Konsum amerikanischen Petroleums in Deutschland weitaus überwiegt, ist daher das aktive Eingreifen unserer Bankinstitute vom national-volkswirtschaftlichen Standpunkte aus nur aufs freudigste zu begrüssen, und es ist nur zu wünschen, dass es seine dominierende Stellung auch fernerhin behaupten möge, was ihm in Aubetracht des bedeutenden Vorsprungs vor den übrigen Nationen nicht schwer fallen dürfte.

Über die finanzielle Betätigung der einzelnen Nationen in

der rumänischen Petroleum-Industrie gibt die folgende Zusammenstellung Aufschluss:[26])

Deutschland	74	Millionen	Franken
Frankreich	31	«	«
Holland	22	«	«
Rumänien	16	«	«
Italien	15	«	«
Amerika	12,5	«	«
Belgien	5	«	«
England	3	«	«
Verschiedene Länder	6,5	«	«

Nach dem «Moniteur du Pétr. Roum.» stieg die rumänische Petroleumproduktion für 1910 auf 1 352 289 Tonnen, das bedeutet gegen 1909 eine Steigerung von 55 032 Tonnen oder 4,3%. Von den einzelnen Gesellschaften steht die Steana Romana trotz ihres Rückganges um 27 819 Tonnen auf 410 251 an der Spitze; dann folgen Astra Romana mit 287 320 (+ 26 053), Romano-Americana mit 145 276 (+ 24 820), Concordia mit 95 646 (— 16 673), Orion mit 61 408 (+ 12 747) und Regatul Roman mit 53 586 (— 28 362) Tonnen.

Über die Anteilnahme der einzelnen Nationen an der gesamten Weltproduktion möge folgende Tabelle orientieren:[27])

(in 1000 Tonnen)	1885	1895	1905	1906	1907	1908	1909
Verein. Staaten	3073	7437	18941	16869	22150	23943	23975
Russland	1904	7056	7554	8169	8633	8292	8037
Galizien	65	202	802	760	1176	1754	2053
Rumänien	27	80	615	887	1129	1148	1296
Niederl. Indien	—	133	1158	1169	1179	1143	?
Brit. Indien	—	49	542	560	579	673	?
Mexiko	—	—	—	—	133	313	469
Japan	4	22	176	175	268	276	264
Deutschland	6	17	79	81	106	142	143
Kanada	—	—	87	78	108	70	59

[26]) Dionritch, L'Expansion des banques allemandes à l'etranger, Paris 1909. S. 246.

[27]) „Frkf. Ztg." vom 2. Nov. 1910.

Über Niederländisch- und Britisch-Indien lagen noch keine Angaben vor, doch darf man auch für diese Gebiete für 1909 eine weitere Erhöhung der Produktion annehmen.

Obgleich für die deutsche Volkswirtschaft der Petroleumimport Rumäniens erst an dritter Stelle steht, so zeigen doch die Einfuhrziffern der letzten drei Jahre eine unverhältnismässig grosse Steigerung auf, wie aus der nachfolgenden Tabelle[28]) hervorgeht; gleichzeitig ergibt sich aber auch daraus, welch breiten Raum der amerikanische Import, trotz seines Rückganges, immer noch in unserer Handelsbilanz einnimmt, sodass den neuerdings wieder aufgenommenen Bestrebungen, Mittel und Wege zu finden, um der Übermacht der amerikanischen Gruppe wirksam begegnen zu können, nur voller Erfolg zu wünschen ist.

Jahr	Amerika	Oesterreich	Rumänien	Russland	Ausseramerikanisch insgesamt
1908	828650 t	131032 t	8750 t	47369 t	187151 t
1909	747749 „	131181 „	31481 „	41385 „	201057 „
1910	787166 „	124664 „	42241 „	35067 „	201972 „

Ort der Niederlassung.

Ein grosser Teil der von den deutschen Banken im Auslande errichteten Unternehmungen steht unter deutschem Rechte, was schon äusserlich darin zum Ausdruck kommt, dass diese Gesellschaften, wie z. B. die meisten ausländischen Bankgründungen, ihren Sitz im Mutterlande, vornehmlich in Berlin, haben. Öfters jedoch machen sich von dieser Grundregel auch Ausnahmen bemerklich. Bei der Errichtung von Finanzierungsgesellschaften wird bezüglich der Niederlassung die Unterstellung unter das ausländische Recht bevorzugt; vor allem ist es die Schweiz, woselbst derartige Institute ins Leben gerufen wurden, es sei hier vor allem an die daselbst errichteten Trustunternehmungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der elektrotechnischen Industrie erinnert. Diese Erscheinung findet vornehmlich darin ihre Erklärung, dass die eidgenössische Aktiengesetzgebung derartigen Gesellschaften

[28]) Berliner „Tag“ v. 13. April 1911.

mancherlei Erleichterungen bietet, unter anderm auch die, dass bei einer Kapitalserhöhung die vorherige Vollzahlung der alten Aktien nicht erforderlich ist, wodurch die meist bei derartigen Instituten erhebliche Kapitalbeschaffung sehr erleichtert wird; ebenso finden sich solche Gesellschaften des öftern auch in Frankreich und Belgien. Bei den ausländischen Fabrikationsunternehmen, die zumeist in bezug auf Produktion und Absatz ganz in den Verhältnissen des betr. Landes wurzeln, findet sich fast ausschliesslich das Bestreben, sich der ausländischen Gesetzgebung zu unterstellen, wobei wohl auch des öfteren protektionistische Gesichtspunkte mitwirkend sind, da die einheimischen Unternehmungen den im fremden Gewande auftretenden bei Bestellungen meist vorgezogen zu werden pflegen. Aber auch die Rücksicht auf das nationale Empfinden führt oft dazu, die betr. Gesellschaft dem ausländischen Recht zu unterstellen, wie dies bei den grossen türkischen Bahngesellschaften der Fall ist, und neuestens hat auch auf Wunsch der türkischen Regierung die «Betriebsgesellschaft für orientalische Eisenbahnen», die vordem ihren Sitz in Wien hatte, denselben nach Konstantinopel verlegt. Und in der Tat ist es begreiflich, dass ein junges, aufstrebendes Staatswesen mit einer vorwärtsdrängenden Volkswirtschaft die Anwesenheit fremder Gesellschaften im Lande nicht gerade mit freundlichen Augen ansehen wird und die Zeiten, in denen solche Konzessionen an die ausländischen Unternehmer möglich und notwendig waren, gerne zu vergessen wünscht.

Ganz allgemein wird auch die Errichtung ausländischer Unternehmungen unter den Gesetzen des betr. Landes noch dadurch begünstigt, dass die deutsche Aktiengesetzgebung für solche Gesellschaften, deren Tätigkeit sich weit vom Mutterlande, z. B. in Südafrika, abspielt, mancherlei Erschwerungen bietet. Wenn dagegen doch, wie oben erwähnt, die unter deutschem Rechte stehenden ausländischen Unternehmungen an Zahl nicht unerheblich sind, so hat dies, abgesehen von sonstigen Erleichterungen, vornehmlich wohl darin seinen Grund, dass diese Gesellschaften bei einer zukünftigen Emission ihrer Effekten oder sonstigen Finanztransaktion, den Zugang zum deutschen Markte nicht wesentlich erschwert finden möchten.

Für die zu wählende Rechtsform wird im einzelnen Falle natürlich der Zweck des Unternehmens bestimmend sein. Bei weitaus den meisten Unternehmungen ist die juristische Form

der Aktiengesellschaft vorherrschend. Genossenschaftliche Gesellschaftsform, wie sie z. B. häufig in den deutschen Schutzgebieten zu finden ist, wird man da wählen, wo es sich um die Schaffung von Absatzgebieten hauptsächlich im Lande selbst im engeren Kreise handelt. Eine in neuerer Zeit sehr beliebte Gesellschaftsform ist die der Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Diese Form hat allerdings infolge der ausserordentlichen Einfachheit ihres Aufbaus und der Beweglichkeit des Geschäftsbetriebes viele Vorzüge, wegen der Unmöglichkeit ausreichender behördlicher Kontrolle des Gründungsvorganges jedoch nicht unerhebliche Bedenken gegen sich.

Mit der aufkommenden Unternehmertätigkeit in den Schutzgebieten machte sich auch die Notwendigkeit nach einer den besonderen Eigentümlichkeiten kolonialer Erwerbsgesellschaften Rechnung tragenden Unternehmungsform geltend, die in der «Deutschen Kolonialgesellschaft» ihren sichtbaren Ausdruck fand. Nach § 11 des Schutzgebietsgesetzes vom 25. Juli 1900 kann einer Gesellschaft, welche die Kolonisation der deutschen Schutzgebiete, insbesondere den Betrieb von Land- oder Plantagenwirtschaft, Bergbau, gewerblichen Unternehmungen und Handelsgeschäften ausübt und ihren Sitz entweder im Reichsgebiete oder in einem Schutzgebiete hat, auf Grund eines vom Reichskanzler genehmigten Gesellschaftsvertrags durch Beschluss des Bundesrates die Fähigkeit verliehen werden, unter ihrem Namen Rechte, Eigentum und dingliche Rechte an Grundstücken zu erwerben, Verbindlichkeiten einzugehen, zu klagen und verklagt zu werden. Diese besondere reichsrechtliche Regelung entsprang dem Bestreben nach Befreiung von den einengenden Sondervorschriften, wie sie sich bei der Aktiengesellschaft finden. Beschwerlich wäre vor allem eine zu weitgehende persönliche Haltung der Mitglieder gewesen, lästig die Beobachtung eingehender Normativbestimmungen hinsichtlich der Beschaffung und Erhaltung des Grundkapitals. In den in dem betr. Gesetz gegebenen Bestimmungen über die Kolonialgesellschaft ist eine persönliche Haftung der Gesellschafter überhaupt ausgeschlossen und nur das Gesellschaftsvermögen als solches für die Schulden der Gesellschaft verhaftet. Ein Grundkapital ist grundsätzlich nicht vorgeschrieben, damit der privaten Regelung der Rechtsverhältnisse durch Statut ein möglichst grosser Spielraum eingeräumt werden konnte. Die Aufsichtsbehörde wird natürlich Veranlassung nehmen, das Statut nach der Richtung hin zu revi-

dieren, ob für die Beschaffung und Erhaltung des Gesellschaftsvermögens genügend Kautelen geschaffen sind; insbesondere wird sie für eine eventuelle Nachschusspflicht der Gesellschafter und für die Schadloshaltung der Gläubiger Bestimmungen zu treffen haben. Mit der Notwendigkeit der Genehmigung des Statuts durch den Reichskanzler ist das reine Konzessionssystem für die Kolonialgesellschaften eingeführt. Sie unterstehen der behördlichen Aufsicht auch nach der Gründung, auch ist die Art und Weise dieser Aufsicht im Gesellschaftsvertrage besonders zu fixieren.

Mit dieser Rechtsform der «Deutschen Kolonialgesellschaft» ist man insbesondere den Wünschen der unter englischem Gesellschaftsrecht lebenden Deutschen entgegengekommen. Die bequeme Handhabung der englischen Pfundaktie, die bei den meisten englischen Kolonialunternehmen Grundform ist, hat die Vorzüge dieses Systems auch den zahlreichen, in den englischen Kolonien lebenden Deutschen vor Augen geführt und ist schliesslich der Anlass gewesen, für unsere eigenen Kolonien die eben skizzierte Gesellschaftsform einzuführen.

Im vergangenen Jahre lehnte der Reichstag einen Gesetzentwurf ab, der sich mit der Einführung kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken beschäftigte. Die Bestimmung des Handelsgesetzbuches, die den Nennwert der Aktie im Normalfall auf 1000 M. festsetzt, erwies sich als unpraktisch für die überseeischen Verhältnisse, besonders für Ostasien. Infolge dieses Umstandes sahen sich deutsche Unternehmer, die Gesellschaften im Auslande gründen wollten, vielfach gezwungen, mit dem englischen Recht zu operieren. Um das wirtschaftliche Ansehen Deutschlands von dem Eindruck solcher Unfreiheit zu befreien, hat man vorgeschlagen, für die überseeischen Aktiengesellschaften den Nominalbetrag des einzelnen Stücks auf 200 M. zu ermässigen. Der Reichstag hatte das Projekt besonders deshalb mit Misstrauen aufgenommen, weil man befürchtete, dass eine derartige Neuerung, wenn einmal eingeführt, schliesslich auch im Handelsgesetzbuch Eingang finden werde. Auch ist der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, dass diejenige Gruppe von Käufern, die durch die Mindestgrenze von 1000 M. bisher vom Aktienmarkte ferngehalten wurde, nun auch auf dem Plane erscheinen könnte und auf diese Weise die Aktie auch in den Kreisen heimisch gemacht werden würde, die ihre Finanzgeschäfte auf die Spar-

kasse beschränken sollten. Und da keine Garantie besteht, dass bei der Schaffung neuer Dividendenpapiere, namentlich wenn es sich um 200 M. Aktien handelt, auf die Qualität die genügende Sorgfalt verwendet würde, so könnte eine Popularisierung der Aktie im genannten Sinne gleichbedeutend mit einer Schwächung der breitesten Vermögensschicht sein.

Gegen diese Befürchtung wurde eingewendet, dass die Kleinaktie ihr überseeisches Territorium unter keinen Umständen verlassen werde, dass also die Gefahr der Übertragung auf Deutschland ausgeschlossen sei. Dafür werde auch durch die Bestimmung gesorgt werden, dass die Zulassung der kastrierten Aktien zum Börsenhandel nur in Sammelposten von je 1000 M. bewilligt werden soll.[29])

Besondere Charakteristik des ausländischen Unternehmergeschäfts.

Bei der Betrachtung der Tätigkeit der deutschen Banken in bezug auf das ausländische Unternehmergeschäft treten aus der Vielheit dieses umfassenden Gebietes besonders zwei Erscheinungen etwas deutlicher hervor. Einmal ist es die Tatsache, dass sich in der Hauptsache nur die grossen Aktienbanken mit dieser Art Banktätigkeit befassen. Wohl sind es auch grössere Privatfirmen, wie z. B. das Haus Mendelssohn, Bleichröder, Delbrück Leo, von der Heydt etc., die sich recht

---

[29]) In diesem Jahre ist der Entwurf über die Ausgabe kleiner Aktien in den Konsulargerichtsbezirken und dem Schutzgebiete Kioutschou in fast unveränderter Form dem Reichstag nochmals zugegangen und angenommen worden. Danach ist nunmehr der Reichskanzler befugt, zum Zwecke der Ausgabe kleiner Aktien in fremder Währung Durchschnittskurse für die Umrechnung in diese Währung festzusetzen; auch ist vorgeschrieben, dass die kleinen Aktien an deutschen Börsen nur unter denselben Beschränkungen wie ausländische Kleinaktien zugelassen werden dürfen. Der Entwurf verweist auf die Tatsache, dass in Ostasien fortwährend die Zahl derjenigen Aktiengesellschaften zunehme, die von deutschen Unternehmern und mit deutschem Gelde im Hinblick auf die leichteren Bedingungen der englischen Gesetzgebung nach englischem Rechte gegründet werden, während in den Konsulargerichtsbezirken überhaupt keine deutsche Aktiengesellschaft vorhanden sei.

Durch die Annahme dieser Vorlage ist nunmehr der deutschen Wirtschaftsarbeit in Ostasien eine schwer schädigende Fessel abgenommen worden und für die zukünftige Stellung Deutschlands im fernen Osten eine Frage von der allergrössten Tragweite entschieden worden; denn es handelt sich darum, ob Deutschland seinen Anteil an der wirtschaftlichen Wiedergeburt des chinesischen Reiches haben soll oder nicht.

lebhaft am Auslandsgeschäft beteiligen; dieselben treten jedoch in den seltensten Fällen mit eigener Initiative hervor, sondern partizipieren an diesen Geschäften meist in der Form von Unterbeteiligungen. In der Hauptsache ist das ausländische Unternehmergeschäft die Domäne der Grossbanken, und sie sind es auch, auf deren Tätigkeit sich die vorliegende Arbeit in der Schilderung dieses Zweiges deutscher Banktätigkeit im wesentlichen beschränkt. Die Ausübung derartiger Geschäftstätigkeit macht bei dem gewöhnlich recht beträchtlichen Umfang ihrer Transaktionen so grosse Kapitalien erforderlich, dass nur die Kapitalkraft der allerersten Institute sich diesen Aufgaben gewachsen zeigt, und diese selbst wiederum schliessen sich bei bedeutenderen Unternehmungen in Konsortien zusammen, um nicht allzuviel Kapital auf längere Zeit festlegen zu müssen, vor allem jedoch, um die Gefahr des Risikos abzuschwächen und zu verteilen, sodass weitaus die meisten Auslandsunternehmungen der Gruppe der sogen. «Kollektivunternehmungen» zuzurechnen sind. Für gewöhnlich lösen sich diese Konsortien oder Syndikate, denen oft auch Angehörige der industriellen Kreise angehören, nach der erfolgten Durchführung der Transaktion wieder auf; manchmal jedoch bleiben diese Vereinigungen für die Effektuierung zukünftiger Geschäfte weiterbestehen, wie dies beispielsweise in den Syndikaten für türkische und asiatische Geschäfte zum Ausdruck kommt.

Als zweites charakteristisches Kennzeichen der ausländischen Unternehmertätigkeit erscheint das Zusammenfallen des Zeitpunktes eines aktiveren Eingreifens auf diesem Gebiete mit der Erreichung eines gewissen Entwicklungsgrades in bezug auf die Ausgestaltung der inländischen Geschäftsorganisation. Abgesehen von der Deutschen Bank, dieser Auslandsbank par excellence, die sich statutengemäss die Pflege des Auslands-, vor allem des Überseegeschäftes, als spezielle Aufgabe zum Ziele setzte, lässt es sich nämlich beobachten, dass die am ausländischen Unternehmergeschäft beteiligten Institute erst dann in eine regere Betätigung auf diesem Gebiete eintreten, nachdem sie die inländische Geschäftsorganisation zu einem gewissen Abschluss gebracht haben und nun Raum gewinnen, sich weitere Ziele zu stecken. So sagt der Bericht der Dresdner Bank für das Jahr 1905: «Nachdem unsere Geschäftsorganisation für Deutschland . . . im wesentlichen zum Abschluss gebracht ist, betrachten wir es für die nächsten Jahre als eine unserer Hauptaufgaben, unsere ausländischen Ge-

schäftsverbindungen, insbesondere auch in den überseeischen Gebieten, mit denen Deutschland in regem Handelsverkehr steht, zu erweitern und zweckmässig auszugestalten.»

Wie bei der gesamten ökonomischen Entwicklung Deutschlands, so tritt uns auch im Einzelorganismus der Volkswirtschaft, hier der Bank, die Tatsache entgegen, dass das Auslandsgeschäft erst dann als letzte Krönung des Werkes sichtbarer in die Erscheinung tritt, wenn alles andere unter Dach und Fach gebracht ist.

Perioden der ausländischen Unternehmertätigkeit.

Mit dem intensiveren Auftreten der ausländischen Unternehmertätigkeit der deutschen Banken, die durch ein enges Zusammenwirken der Grossbanken mit der heimischen Industrie gekennzeichnet ist, ist zugleich auch jene Periode in den deutschen Auslandsbeziehungen angebrochen, die sich von der vorhergehenden ihrem Wesen nach scharf unterscheidet. Wenngleich diese Perioden chronologisch sich nicht scharf voneinander abheben, beide vielmehr nebeneinander her- und des öftern ineinander übergehen, so ist doch der Beginn dieser neuen Epoche der Hauptsache nach in den Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu verlegen. Hatte die Betätigung der deutschen Banken im Auslandsgeschäft vor diesem Zeitpunkt ihre Hauptaufgabe mehr in der günstigen Kapitalanlage, wie sie durch die grossen Anleiheoperationen jener Zeit dargeboten waren, erblickt und fand damals infolge der noch unentwickelteren Industrieverhältnisse die Alimentierung der deutschen Industrie durch Zuwendung von Aufträgen noch nicht diejenige Berücksichtigung, wie es in volkswirtschaftlicher Beziehung wünschenswert gewesen wäre, so verlieren für die zweite Periode die ausländischen Anleihen ihre ausschlaggebende Bedeutung für die Gesamttätigkeit der Banken und treten immer mehr hinter dem Interesse an der Gründung ausländischer industrieller und kommerzieller Unternehmungen zurück. Ein Kriterium dieser ganzen Periode ist vor allem in der grösseren Initiative und in der führenden Rolle zu erblicken, die den Banken meist auch da zukommt, wo hinter ihr inländische Industrieunternehmungen stehen; jedoch ganz und gar autonomes Handeln sichern sich die deutschen Institute in all den Fällen, wo es sich um die Erringung einer ausschlaggeben-

den Stellung in einem fremdländischen Industriezweige handelt oder die Ausnützung fremder Bodenschätze in Betracht kommt.

Das ausländische Anleihegeschäft.

In engster Beziehung mit der ausländischen Unternehmertätigkeit der deutschen Banken steht das ausländische Anleihegeschäft. Sehr oft nämlich kleidet sich die Finanzierung ausländischer Unternehmungen in die Form der Übernahme einer Anleihe durch die deutschen Institute. Derartige Finanzierungen treffen wir vor allem da, wo es sich um die Errichtung von Unternehmungen in solchen Ländern handelt, in denen infolge eines bereits vorhandenen kulturellen Hochstandes oder schon vorangeschrittener Industrialisierung die einheimische Unternehmerschaft genügend Eigeninitiative besitzt, um an die Errichtung grosser Unternehmungen, wie z. B. den Bau von Eisenbahnen, selbständig heranzutreten. Die Leitung des betr. Unternehmens verbleibt in solchen Fällen in den Händen des einheimischen Unternehmers, welcher der Staat oder eine private Gesellschaft sein kann, der sich nur zwecks Geldbeschaffung an die ausländische Finanz wendet, um durch die Ausgabe einer Anleihe, deren Zweck sich meist schon in der Benennung derselben kundgibt, oder durch die Ausgabe von Industrie-Aktien oder Obligationen die für den besonderen Zweck benötigten Mittel zu beschaffen. Hierher zählen vor allem die umfassenden Eisenbahnbauten in Russland, Österreich-Ungarn, der Schweiz, Italien und sonstigen europäischen Ländern, dann vor allem in Nordamerika und den meisten südamerikanischen Staaten, für die zum grossen Teil die finanziellen Mittel in Deutschland aufgebracht wurden.

Ist die Übernahme einer solchen Anleihe dem freien Ermessen der betr. Bankinstitute anheimgestellt, so finden sich aber auch des öftern schon in der Konzessionsurkunde der für die Ausführung eines grösseren Unternehmens im Auslande zu errichtenden Gesellschaft eine dahinzielende Klausel, die den betr. Unternehmern die Verpflichtung zur Übernahme einer Anleihe auferlegt, wie dies z. B. bei den grossen türkischen Bahnbauten, wie auch bei der Übertragung der Konzession zum Bau von chinesischen Staatsbahnen an deutsche und englische Unternehmer der Fall war. Doch kann auch die Übernahme einer ganz allgemein für Staatszwecke zu verwendenden An-

leihe, wie sie in den Notwendigkeiten und Zwecken des öffentlichen Schuldenwesens begründet erscheint, den betr. Konzessionären zur Bedingung gemacht werden. Jedoch stimme ich hierin mit Liefmann überein, dass dann in diesem Falle, als dem Fehlen eines näher bezeichneten Objektes, von einer Finanzierung im eigentlichen Sinne nicht mehr gesprochen werden kann. Hier soll jedoch nur dargelegt werden, in welch enger Beziehung das Unternehmergeschäft zu dem Anleihegeschäft der Banken steht, von denen sehr oft das eine durch das andere bedingt ist und beide sich in ihrer ökonomischen Wirkung gegenseitig verstärken.

Begriff und Wesen des Kapitalexports.

Beide Tätigkeiten, das ausländische Unternehmergeschäft wie das ausländische Anleihegeschäft, finden sich also zu einer höheren Einheit zusammen, als deren charakteristischstes Merkmal die Beweglichkeit dieser Kapitalagglomeration sich kundgibt. Kapitalteile der einen Volkswirtschaft, die daselbst keine Beschäftigung finden oder denen die Gewinnchancen im eigenen Lande als zu gering erscheinen, wenden sich also fremden Gebieten zu, wo ihnen bessere Existenzbedingungen geboten sind. Diese Entwicklung hat jedoch mancherlei zu ihrer Voraussetzung; einmal das Vorhandensein einer entwickelten einheimischen Volkswirtschaft mit genügender Kapitalbildung, sodass eigentlich nur der Überfluss an das Ausland abgegeben wird; ferner geordnete Rechts- und Verkehrsverhältnisse, die für diesen Kapitalverkehr die nötige Sicherheit bieten, eine entwickelte Geld- und Kreditwirtschaft mit konzentriertem Kapitalangebot und Kapitalnachfrage, also die Existenz eines international ausgebildeten Geld- und Kapitalmarktes. Sind diese Bedingungen erfüllt, so ist es nur eine konsequente Fortbildung des internationalen Güter- und Personenverkehrs, wenn nun auch das Kapital in den internationalen Verkehr einbezogen wird und sich als ein besonderer «Warenhandel» neben diesen beiden Verkehrsbeziehungen etabliert. Die Tatsache nun, dass die Kapitalien die Grenzen der heimischen Volkswirtschaft überschreiten, um im Auslande gewinnbringende Anlagen zu suchen, bezeichnet man als Kapitalauswanderung, Kapitalausfuhr oder Kapitalexport.

In der Natur der auswärtigen Kapitalanlagen ist es be-

gründet, dass alle die unter diesen Begriff fallenden Kreditverhältnisse dahin tendieren, sich zu einem langfristigen auszugestalten, sodass man die anderweitigen internationalen Schuldverhältnisse, wie sie z. B. in Wechseln, Checks oder sonstigen liquiden Forderungen zum Ausdruck kommen, nur im weitesten Sinne als ausländische Kapitalanlagen bezeichnen kann. Es ist daher dem Wesen der ausländischen Kapitalanlagen nur konform, wenn sie entsprechend ihres dauernden Charakters in Effektenform erscheinen. Ich stimme daher mit Brockhage[30]) überein, wenn er sagt: «Diesen durch Wertpapiere dargestellten Teil der im Auslande arbeitenden Kapitalien hat man in erster Linie im Auge, wenn die Frage der internationalen Verschuldungsverhältnisse aufgeworfen wird.»

Motive der Kapitalauswanderung.

Die treibenden Kräfte der Kapitalauswanderung finden in den verschiedenartigsten Ursachen ihre Begründung. Als oberstes Leitmotiv steht das Gewinninteresse. Ist dasselbe schon im Inlande die treibende Kraft des Kapitals, so kommt dieses Moment im Auslandsgeschäft mit seinen erhöhten Gefahren und seiner relativ geringen Sicherheit erst recht zur Geltung. Eine kapitalkräftige Volkswirtschaft wird daher bei sinkendem Gewinne einen Teil ihrer Kapitalien ganz allgemein solchen Ländern zuführen, wo infolge der erhöhten Nachfrage nach Kapital eine höhere Zins- und Gewinnquote gesichert erscheint. Einen Massstab für die Verschiedenheit der durchschnittlichen Geschäftsgewinne in den einzelnen Ländern bieten vor allem die bestehenden Unterschiede des Zinsfusses, dessen Höhe überhaupt den Ausdruck für den augenblicklichen Zustand des Kapitalmarktes einer Nation darstellt. Diese Unterschiede finden ihre Ursachen in der Differenzierung der einzelnen Volkswirtschaften, in der Verschiedenheit der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, also in der gesamten ökonomischen Struktur eines Landes. Wir sehen daher das deutsche Kapital sich vor allem in solchen Ländern betätigen, die, wie z. B. die Balkanländer oder Südamerika, den Ausbau ihrer Volkswirtschaften vermittelst des Kapitals der alten Kulturstaaten zu finanzieren suchen, wobei einem solchen Austausch wieder der Umstand

[30]) Bernh. Brockhage, Zur Entwicklung des preussisch-deutschen Kapitalexports, Leipzig 1910, S. 3.

zustatten kommt, dass es sich meist um solche Länder handelt, die den Gegenwert der ihnen zugeführten Kapitalien durch ihren natürlichen Reichtum an Bodenschätzen zu begleichen in der Lage sind. Auch die heimischen Kolonien bieten in steigendem Masse Gelegenheit zu günstigen Kapitalanlagen, und es ist im deutsch-nationalen Interesse nur zu bedauern, dass sich das Grosskapital infolge mannigfacher widriger Verhältnisse bis jetzt noch nicht entschliessen konnte, seine Aufmerksamkeit in erhöhterem Masse, als dies bisher geschehen, den deutschen Kolonien zuzuwenden. Die nationale Organisation der deutschen Auswanderung, die in nicht zu ferner Zeit wohl zu einem der brennendsten Probleme der deutschen Volkswirtschaft werden dürfte, würde durch einen grösseren Kapitalexport in dieser Richtung in die Wege geleitet und begünstigt werden.

Als ein zweites, ebenso wichtiges Motiv des Kapitalexports wie die Erzielung eines über den landesüblichen Zinsfuss hinausreichenden Gewinnergebnisses, kommt die Notwendigkeit der Risikoverteilung in Betracht. Dieselbe ist für die Banken, als den bedeutendsten Privatkapitalisten, von allergrösster Wichtigkeit, die, um Verluste nach Kräften zu vermeiden bezw. auszugleichen, auf dieses Erfordernis besondere Sorgfalt verwenden müssen.

Dieselbe ist in erster Linie sachlicher Art; sie findet darin ihren Ausdruck, dass die Banken angewiesen sind, nicht Geschäfte nur einer oder weniger Branchen zu kultivieren, da sonst leicht durch schlechten Geschäftsgang in den betr. Erwerbszweigen sich die Verluste für die unternehmende Bank häufen könnten und keine Kompensation durch die Erträgnisse besser prosperierender Geschäftszweige geschaffen wäre; sie muss daher ihre Engagements auf mehrere Industrien verteilen und dadurch eine Art Rückversicherung schaffen. Das Erfordernis der sachlichen Risikoverteilung ist nun im Auslandsgeschäfte durch die reichen Betätigungsmöglichkeiten der verschiedensten Art in weitgehendem Masse gewährleistet. Hier bietet die Anwendung des Prinzips der Auswahl dem Unternehmungsgeist des Kapitals noch ein reiches Feld der Betätigung, indem gewisse Industriezweige, die im Mutterlande bereits genügend mit Kapital alimentiert sind, sich hier erst in der Entwicklung befinden, oder auch völlig neuartige Industrien, wie z. B. Minen- und Petroleumunternehmungen, sich bereitwilligst der Erschliessung und Ausbeutung darbieten.

Zu diesem sachlichen Moment tritt nun noch ein örtliches

hinzu. Durch die örtliche Risikoverteilung werden lokale Verluste durch gut arbeitende Unternehmungen an anderen Orten ausgeglichen und umgekehrt. Denn dadurch, dass die einzelnen Volkswirtschaften verschiedenen Bedingungen unterworfen sind und mit anders gearteten Verhältnissen zu rechnen haben, wird auch die wirtschaftliche Konjunktur und ihr Einfluss auf das Gesamtergebnis der im Auslande arbeitenden Kapitalien in den einzelnen Ländern verschieden sein, sodass im allgemeinen, trotz der nivellierenden Wirkungen und Strömungen der Weltwirtschaft, das zeitliche Auseinanderfallen der einzelnen Phasen des volkswirtschaftlichen Zyklus zu beobachten ist.

Mit dem örtlichen Moment der Risikoverteilung aufs engste verbunden ist das zeitliche, das vornehmlich darin zum Ausdruck kommt, dass ganz allgemein in Zeiten schlechten inländischen Geschäftsganges die Kapitalienausfuhr eine erhebliche Zunahme erfährt, wie auch umgekehrt, sodass die Beobachtung zu machen ist, dass in den Jahren der Depression zu Anfang des Jahrhunderts auf dem Gebiete des Auslandsgeschäftes eine regere Tätigkeit Platz gegriffen hatte, als in der Aufschwungsperiode der Jahre 1905—1907. Doch soll über diesen Punkt erst an einer späteren Stelle des näheren gesprochen werden.

Werden also die Banken in ihrem Bestreben, zur Vermeidung von Verlusten eine geeignete Risikoverteilung vorzunehmen, in der Hauptsache auf das Ausland verwiesen, so ist doch andererseits nicht zu verkennen, dass die Banken in der steten Sorge um die nutzbringende Verwendung der ihnen zuströmenden Kapitalien nicht gerade in jedem einzelnen Fall die geschäftliche Transaktion unter dem Gesichtspunkt der bestmöglichen Risikoverteilung vorzunehmen in der Lage sein werden. Es wird wohl gesagt werden können, dass in der ganzen Entwicklung des Exportkapitalismus das auswählende Prinzip der Risikoverteilung wohl nicht am Anfang gestanden habe, vielmehr sich erst im weiteren Verlauf als eine erwünschte Folgeerscheinung herausgestellt hat; denn sonst hätten die deutschen Banken, die gerade in den ersten Stadien dieser Entwicklung nicht unerhebliche Verluste erlitten haben, schlecht kalkuliert.

Auf jeden Fall jedoch verteilen die deutschen Institute durch die Pflege des Exportkapitalismus ihr geschäftliches Risiko über die ganze Welt, indem sie für ihre Verluste in dem einen Weltteil Ersatz finden durch eine günstige Konjunktur in dem andern.

Dass die jeweilige zollpolitische Gesetzgebung in den fremden Wirtschaftsgebieten massgebenden Einfluss auf die Entwicklung der heimischen Kapitalienausfuhr gewinnen kann, liegt auf der Hand. Sind die Grenzen der fremden Volkswirtschaft den inländischen Industrieprodukten infolge hoher Zölle verschlossen, so schreitet das Unternehmertum zur Errichtung von Fabrikanlagen im Auslande, um im Lande selbst die Konkurrenz aufnehmen zu können. Wenn auch gleich damit eine Unterstellung der Produktion unter fremde, anders geartete Verhältnisse manchmal den Tendenzen des auf eine lukrative Verwendung hinzielenden Anlagekapitals entgegenstehen mögen, so wird doch dieser Ausweg sehr oft beschritten, und zwar um so mehr, je mehr anderweitige Faktoren eine solche Tendenz auch in günstigem Sinne zu beeinflussen vermögen. So schreibt z. B. Paul Dehn[31]): «Wenn die Wollwarenfabrikanten in Gera oder die Seidenweber in Krefeld oder andere Industrielle wahrnehmen, dass ihre Ausfuhr nach Nordamerika oder nach Russland zurückgeht und schliesslich ganz ins Stocken gerät, weil die Einfuhrzölle von nordamerikanischer oder russischer Seite übermässig erhöht wurden, wenn ihnen jede Möglichkeit der Ausfuhr durch die hohen Zollschranken der ausländischen Märkte genommen wird, sollen sie da untätig bleiben und sich das ganze Geschäft aus der Hand gehen lassen? In der Regel begnügen sie sich damit, ihren Absatz im Inlande zu erweitern oder fremde Märkte heranzuziehen. Aber zuweilen erscheint es ihnen lohnend, Zweigfabriken in den betreffenden fremden Staaten anzulegen, um von dem Geschäfte zu retten, was zu retten ist.»

So erklärt sich die bekannte Erscheinung, dass längs der russischen und französischen Grenze auf fremdem Gebiete die oberschlesischen, bezw. lothringischen Hüttenwerke eine grosse Zahl von Filialen errichtet haben. Desgleichen besitzen auch die elektrotechnische, die chemische, die Textilindustrie und noch viele andere zahlreiche Zweigniederlassungen im Auslande.

Auch sonstige Bestimmungen der ausländischen Wirtschaftsgesetzgebung können einen Anreiz zur Ausfuhr deutschen Kapitals in der Form von Fabrikgründungen etc. ausüben; ein Beispiel hierfür bietet das englische Patentgesetz, das den ausländischen Patenten nur dann den Schutz der englischen Ge-

---

[31]) Weltwirtschaftliche Neubildungen, Berlin, 1904, S. 48.

setze zusichert, wenn ihre Verwertung für den englischen Markt in England selbst erfolgt, wodurch zahlreiche deutsche Industrien gezwungen werden, daselbst Filialen zu errichten. Nicht mit Unrecht bezeichnet Arthur Dix[32]) dieses englische Gesetz als einen verkappten Schutzzoll. Ganz ähnliche Bestimmungen gelten hierüber auch in Frankreich. Die Kasuistik derartiger Beweggründe liessen sich übrigens noch sehr leicht vermehren.

Ebenso bieten besonders geartete Verhältnisse, wie das Vorhandensein eines günstigen Arbeitsmarktes oder reicher natürlicher Hilfsquellen einen erheblichen Anreiz, wenn es sich darum handelt, das Anlage suchende heimische Kapital einer gewinnbringenden Verwendung zuzuführen. So ist z. B. die Errichtung der russischen Filiale der Zellstoffabrik Waldhof bei Pernau in Russland neben den günstigen Arbeiterverhältnissen vor allem auf das Vorhandensein der grossen Waldungen daselbst zurückzuführen, deren Material die Fabrik zur Herstellung des Produktes bedarf. Auch ist die neuerdings in besonderem Masse wahrzunehmende Bevorzugung einheimischer Unternehmungen seitens des Konsums ein weiterer Stimulus für die Errichtung von Unternehmungen im Auslande. Neben dem Mittel der Sicherung des Absatzes — diesen Zweck verfolgen z. B. sämtliche ausländische Niederlassungen der elektrotechnischen Industrie — beabsichtigt der Kapitalexport in seinen verschiedenen Formen auch noch die Ausfindigmachung neuer Bezugsquellen. Die grossen Bewässerungsanlagen, die seitens der Deutschen Bank in der Ebene von Adana und bei Konia längs der anatolischen Eisenbahn unternommen werden, fördern einerseits die Produktivkraft des Landes, indem sie den Boden für den Weizen- und Baumwollenanbau vorbereiten; andererseits werden sie dazu beitragen, Deutschland bezüglich dieser beiden Welthandelsartikel, vor allem was die Baumwolle betrifft, mit der Zeit von den bisherigen Märkten, besonders von Amerika, unabhängiger zu machen.

In neuester Zeit sind es vor allem zwei Entwicklungsreihen, die die Tendenz zum Kapitalexport nach dem Auslande vermehren; einmal das Bedürfnis des privaten Kapitalisten, infolge der verteuerten Lebenshaltung nach den höherverzinslichen Auslandswerten zu greifen. Dieses Bedürfnis nach Papieren mit hoher Rente, dem allerdings die deutschen Institute

---

[32]) Conrads Jahrb. Okt. 1910, S. 446.

manchmal in nur zu weitgehendem Masse entgegenkommen, kommt neuestens immer mehr zum Ausdruck. Die 4prozentigen Zinsen der besten deutschen Anlagewerte genügen nicht mehr; denn das Leben stellt hohe Ansprüche, dank der Steuern und Abgaben, die auf ihm lasten. In dieser Beziehung ist eine Tabelle von Lujo Brentano in seiner Abhandlung über die deutschen Getreidezölle bezüglich der Belastung des Steuerzahlers durch die Zölle auf Roggen, Weizen und Hafer in den Jahren 1907, 1908 und 1909 von Interesse. Es kann nicht geleugnet werden, dass die Notwendigkeit, das Einkommen aus Zinsen zu steigern, um den enormen Steuerlasten gerecht werden zu können, der Einfuhr fremdländischer Effekten förderlich ist.

Diesen Gesichtspunkt stellt auch Dernburg in seiner jüngst erschienenen Schrift «Kapital und Staatsaufsicht» in den Vordergrund, indem er die Interessen der «reinen Konsumenten» vertritt. Er sagt daselbst: «Denn diese mittlere Schicht ist es, für welche die festverzinslichen Staatsrenten das geeignete Papier sind, und diese Leute sind es auch, die sich mit grossen Summen bei den Emissionen beteiligen. Aber freilich, so ausschliesslich wie früher werden die festverzinslichen Werte von dieser Klasse nicht mehr erworben, denn die Steigerung der Kosten der Lebenshaltung auf der einen Seite, ein gewisses Misstrauen gegen die Andauer des Zinsfusses von 4% und die Furcht vor der Konvertierung auf der andern Seite zwingen sie, einen von Jahr zu Jahr grösser werdenden Anteil ihres Vermögens in Industriewerten und hauptsächlich in ausländischen Wertpapieren anzulegen. Die Tatsache, dass sie aus deutschen festverzinslichen Werten nicht genug Rente erzielen können, zwingt sie, wie man das banktechnisch nennt, ihre Anlagen zu «mischen», und weit entfernt, dass sich deutsche Anlagen und ausländische Renten einander ausschliessen, treffen sie in dem Wertpapierbesitz deutscher mittlerer Anleger zusammen. Die Möglichkeit, fremde Renten in Deutschland bequem zu erhalten, macht es für viele möglich, deutsche Staatspapiere zu besitzen, welche ohne eine solche Aufmischung keinen hinreichenden Ertrag gegenüber den gesteigerten Lebenskosten abwerfen würden.»

Andererseits ist es die Politisierung der ausländischen Anleihenübernahmen, ihre Einordnung in ein kunstvolles System nationaler Wirtschafts- und Machtpolitik, für die die Hergabe von Kapital an das Ausland eines der wichtigsten Werkzeuge

geworden ist. Es soll jedoch an dieser Stelle nur die Tatsache vermerkt werden, eine eingehendere Behandlung dieser Frage dagegen einem späteren Abschnitte vorbehalten bleiben.

Kapitalexport und Krisen.

Es ist schon des öftern in der wissenschaftlichen Literatur die Frage nach dem Einfluss des Kapitalexports, wie überhaupt der internationalen Kapitalbewegungen, auf die Krisen aufgeworfen worden. Die Frage, ob der Kapitalexport die Phasen des volkswirtschaftlichen Zyklus extensiv und intensiv zu beeinflussen vermag, insbesondere, ob sich eine solche Wirkung im nachteiligen Sinne bemerkbar mache, ob also die Depression tiefer und nachhaltiger, der beginnende Aufschwung verlangsamt werde, wird von Oldenberg[33]) im grossen und ganzen bejaht. Er sieht in der jeweiligen Zahlungsbilanz eines Landes eine der Ursachen des Konjunkturenwechsels und vertritt die Ansicht, dass mit dem Geldkapital ebensoviel Kaufkraft aus dem Lande wandere, sodass die Annahme berechtigt sei, dass die lange Dauer der Stockung mit dem andauernden Kapitalabfluss zusammenhänge. Demgegenüber sieht Sartorius von Waltershausen[34]) in dem Geldkapitalexport eher ein Mittel zur rascheren Wiederbelebung der Geschäftstätigkeit in Zeiten der Depression; er sagt: «Nehmen wir einmal an, er (der Geldkapitalexport) wäre durch staatliches Eingreifen ganz unterbunden, so würde die Einschränkung der Produktion nur erschwert und die Depression verlängert werden, weil dann der exzeptionell sinkende Zins die Unternehmer zum Weiterproduzieren bestimmen könnte, ehe die Absatzmärkte eine Gesundung zeigten.»

Eine eingehendere Behandlung wird der gleichen Frage von Liefmann[35]) zu teil, auf dessen Ausführungen ich im folgenden etwas näher eingehen möchte.

Liefmann kann, entgegen der Meinung Oldenbergs, zwischen den internationalen Kapitalverschiebungen und den

---

[33]) Zur Theorie der volkswirtschaftlichen Krisen, Schmollers Jahrbuch 1903.

[34]) Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande, Berlin 1907, S. 269.

[35]) Ueber den Einfluss des internat. Kapitalienverkehrs auf die Krisen. Conrads Jahrb. 1904.

Konjunkturschwankungen keine Gesetzmässigkeit «vermuten», wie dies von Oldenberg etwas unklar formuliert wird. Er unterscheidet zunächst in der Frage des Einflusses des Kapitalexports auf die Krisen zwei Möglichkeiten: 1. der Kapitalexport findet in seinem grössten Umfang zur Zeit der Hochkonjunktur statt; 2. derselbe vollzieht sich hauptsächlich in den Zeiten der Depression.

Er unternimmt daher zuerst die Frage zu beantworten, wann der Kapitalexport am grössten sei und sucht dieselbe, da man sich aus verschiedenen Gründen auf die Statistik nicht verlassen könne, auf theoretischem Wege zu beantworten, indem er die verschiedenen Arten des Kapitalexports nach dieser Richtung hin untersucht.

Bei auswärtigen Anleihen dürfte nach Liefmann angenommen werden, dass dieselben in Zeiten ungünstiger Konjunktur wegen des dann herrschenden geringeren Zinsfusses in grösserem Umfange im Inlande aufgenommen würden; doch dürfte dies nur für den freiwilligen Ankauf schon im Inlande eingeführter ausländischer Anleihen seitens privater Kapitalisten geschehen, während dagegen die Neuemissionen fremder Anleihen im Inlande von den augenblicklichen Konjunkturverhältnissen des Inlandes ziemlich unabhängig seien. Nur in Zeiten der Hochkonjunktur, wo der inländische Bedarf an den Geldmarkt hohe Anforderungen stellt, könnten vielleicht die Banken die Unterbringung grösserer Anleihen im Inlande ablehnen. Im allgemeinen werden jedoch nicht die Verhältnisse des Gläubigerstaates, sondern die des Schuldnerlandes für die Plazierung fremdländischer Anleihen im Inlande massgebend sein.

Was die Neuemission ausländischer Aktien an deutschen Börsen betrifft, so dürfte dieselbe von der inländischen Konjunktur ziemlich unbeeinflusst bleiben, wie auch der Ankauf schon eingeführter Aktien von den Konjunkturschwankungen im grossen und ganzen nicht sehr berührt würde. Es sei die Annahme (Oldenberg) keineswegs gerechtfertigt, dass Aktien schon eingeführter ausländischer Unternehmungen regelmässig in der Hausse im grösseren Umfange aufgenommen würden, um in der Baisse wieder abgestossen zu werden.

Hinsichtlich der Beteiligung an nicht an der Börse eingeführten Werten von ausländischen Aktienunternehmungen — es kommen hier besonders die Goldminenaktien, sowie die

amerikanischen Kupfer- und Eisenbahnwerte in Betracht — sei vor allem zu beachten, dass dieselben rein spekulativer Natur sind und daher auch die Beteiligung an solchen Unternehmungen durch den mehr oder minder spekulativen Charakter des ganzen Wirtschaftslebens, und zwar sowohl im Inwie im Auslande, bestimmt werde. Immerhin könne es sein, dass bei einem spekulativen Aufschwung im Inlande das Interesse an ausländischen Werten etwas abflaue und der Kapitalexport daher zurückgehe.

Bezüglich der Gründung von ausländischen Unternehmungen glaubt Liefmann auf Grund von Beobachtungen annehmen zu können, dass dieselben in Zeiten des Aufschwunges zahlreicher gewesen seien als in der Depression. Durch die erhoffte Aktivität des ganzen Wirtschaftslebens in Zeiten wirtschaftlicher Aufwärtsbewegung werde auch die Neigung zur Gründung neuer Unternehmungen im Auslande verstärkt und angefacht.

In bezug auf die spekulative Hingabe von Geldern seitens der Banken zur Gründung ausländischer Unternehmungen, die Liefmann von den übrigen Formen des Kapitalexports streng unterschieden haben will, sei jedoch die Beobachtung zu machen, dass dieselbe dann eine grössere Intensität zeige, wenn im Inlande die Konjunktur im Weichen begriffen und das Kapital billig sei, also in Zeiten der Depression. Da in solchen Zeiten die Unternehmungslust im Inlande darniederliegt und das Geld zu billigem Zinsfuss zu haben ist, so wirke dieser Zustand stimulierend auf die Banken, um den Kapitalexport zu steigern und ihn nach den Gebieten zu dirigieren, wo Kapitalmangel vorhanden und infolge der grösseren Nachfrage eine lukrative Verzinsung gewährleistet sei.

Kommt so Liefmann zu dem Ergebnis, «dass manche Formen des Kapitalexports ihrem Umfange nach nicht von der augenblicklichen Konjunktur des Inlandes bestimmt werden, andere wahrscheinlich in der Hausse und wieder andere in der Baisse die grösste Ausdehnung annehmen», so kommt er auch in der Hauptsache, der Frage des Einflusses des Kapitalexports auf die Krisen, zu einem in der gleichen Richtung liegenden Ergebnis; er sagt: «Man wird annehmen dürfen, dass ausser in Zeiten der Hausse, wo die starke Unternehmungslust trotz des hohen Zinsfusses auch im Auslande mit Kapitalanlagen, d. h. mit Gründungen neuer Unternehmungen vorgeht, der Kapital-

export in der Baisse und in ruhigen Zeiten im allgemeinen bestimmt wird durch den inländischen Zinsfuss, dessen Höhe ja überhaupt der Ausdruck für den augenblicklichen Kapitalvorrat einer Nation darstellt, und dass so eine gewisse Selbstregulierung des Kapitalexports Platz greift.[36])

Soweit sich diese Resultate durch das vorliegende Material nachprüfen lassen, scheinen sich die Annahmen Liefmann's vollkommen zu bestätigen. Von «augenfälligen Zusammenhängen, die zwischen den Haussebewegungen oder Krisen des 19. Jahrhunderts und internationalen Kapitalverschiebungen sich vermuten lassen»,[37]) wie Oldenberg meint, kann nicht gesprochen werden; es kann eben nur ganz allgemein konstatiert werden, dass die volkswirtschaftlichen Konjunkturen die internationale Kapitalbewegung im Flusse erhalte.

Umfang des deutschen Kapitalexports.

Zur Feststellung des Umfanges der auswärtigen deutschen Kapitalanlagen dient für gewöhnlich die Statistik der ausländischen Emissionen, wie sie vom «Deutschen Oekonomist» und der «Frankfurter Zeitung» alljährlich veröffentlicht wird. Diese Aufstellungen können natürlich nach Lage der Verhältnisse nur höchst ungenau sein, wobei in erster Linie zu berücksichtigen ist, dass bei der Emission ausländischer Anleihen ein beträchtlicher Teil an fremden Börsen untergebracht wird. Nach A. Eschenbach[38]) darf angenommen werden, dass von den an deutschen Börsen emittierten ausländischen Effekten im Durchschnitt nicht viel mehr als ein Viertel des Nennbetrages wirklich im Inlande verbleibt. Ein weiterer Umstand, der die Beweiskraft dieser Statistiken stark einschränkt, ist darin zu erblicken, dass dieselben nur die an der Börse offiziell notierten Wertpapiere aufführen, dagegen die Beträge der im freien Verkehr gehandelten Effekten nicht genannt werden. Ferner fehlen, worauf auch Liefmann hinweist, die Effekten all der mit deutschem Kapital im Auslande errichteten Unternehmungen, die an deutschen Börsen nicht zur Einführung gelangten und

---

[36]) Op. cit. S. 184.
[37]) Op. cit. S. 854.
[38]) Statistische Anlagen zur Börsenenquête, S. 269 ff.

die einen sehr erheblichen Teil der ausländischen Kapitalanlagen ausmachen.

Dürfte damit der zweifelhafte Wert dieser Statistiken genügend gekennzeichnet sein, so ist es doch nicht ohne Interesse, die verschiedenen Schätzungen nebeneinander zu stellen.

Nach den Schätzungen des «Deutschen Oekonomist», der den wirklichen Wert der in Deutschland untergebrachten Effekten zu erfassen sucht, wurden für an deutschen Börsen neubegebenen Effekten effektiv an deutschem Kapital aufgebracht:

1883—1894: 5047 Millionen M gegenüber 9666 Millionen inländischen Effekten,
1895—1904: 3859 „ „ „ 15470 „ „ „

so dass in diesen Zeiträumen ca. 34%, bezw. 20% der insgesamt für neue Wertpapiere aufgewendeten Kapitalien auf ausländische Effekten entfallen.

Zu der weiter unten aufgeführten, nach dem Effektenstempel berechneten Tabelle der «Frankfurter Zeitung» für die während des letzten Jahrzehnts aufgewendeten und nach Angaben der statistischen Abteilung der Reichsbank berichtigten Beträge an ausländischen Effekten, bemerkt das genannte Blatt,[39]) «dass die Berechnung der ausländischen Kapitalanlagen aus dem Effektenstempel nach zwei Richtungen lückenhaft bleiben muss. Einmal wird nach dieser Methode nur die Belastung des Marktes berücksichtigt, während die Entlastung, welche durch den ständigen und manchmal ausserordentlich starken Rückfluss von Effekten ins Ausland entsteht, nicht erfasst werden kann. In dieser Hinsicht also sind die hier errechneten Beträge zu gross. Andererseits aber unterliegt nur der in Deutschland deponierte Teil der von Deutschland aus gekauften Effekten der Verstempelung, während der zweifellos recht umfangreiche, ziffernmässig nicht erfassbare im Ausland verbleibende und dort hinterlegte Teil stempelfrei bleibt. In dieser Beziehung also sind unsere Zahlen zu klein. Die beiden Fehlerquellen kompensieren sich bis zu einem gewissen Grade; ob das freilich vollständig der Fall ist, bleibt eine offene Frage.»

---

[39]) „Frkf. Ztg." v. 16. Febr. 1911.

Jahr	Gesamtbetrag der in- und ausländischen Anleihen.	Davon inländische	Davon ausländische	Prozentsatz der ausländischen gegenüber der Gesamtsumme der Anleihen.
	(in Millionen Mark:)			
1900/01	2462,4	2166,5	295,9	12
1901/02	2630,1	2187,4	342,4	13
1902/03	3386,4	2332,2	1054,2	31
1903/04	2602,4	2178,4	424,4	16
1904/05	3281,3	2598,3	584	18
1905/06	3787,4	2959,4	828	21,8
1906/07	4087,5	3703,7	383,8	8
1907/08	3162,3	2994,3	168	5,3
1908	4261,2	4022,5	238,7	5,6
1909	4867,1	4146,3	720,8	14,9
1910	3282,5	2854,1	528,4	15

Ein noch besseres Bild bieten die von dem «Deutschen Oekonomist» für die letzten 25 Jahre errechneten, effektiv in Deutschland untergebrachten Beträge, wenn man sie in Gruppen von je 5 Jahren zusammenfasst.

Jahr	inländische Werte	ausländische Werte	Zusammen
	(in Millionen Mark:)		
1886/1890	4360	2322	6682
1891/1895	4833	1462	6295
1896/1900	8216	2420	10636
1901/1905	8339	2147	10486
1906/1910	12615	1497	14112

Während die Emission inländischer Werte von 4,4 Milliarden im Jahrfünft 1886/1890 auf 12,6 Milliarden für den Zeitraum 1906/1910 gestiegen ist, betragen die ausländischen Neuanlagen im letztgenannten Jahrfünft nur etwa 1,5 Milliarden M. Die Kapitalanlage in inländischen Werten hat sich verdreifacht, die Kapitalanlage in Auslandswerten hat sich dagegen auf ungefähr gleicher Höhe erhalten.

Die Denkschrift des Reichsmarineamtes für 1905 schätzte für diesen Zeitpunkt die Gesamtsumme der in ausländischen Effekten investierten deutschen Anlagen auf 16 Milliarden M., gegen 10 Milliarden im Jahre 1892 nach einer Schätzung von Schmoller und 12 Milliarden für 1893/94 nach einer ebensolchen vom Reichsbankpräsidenten Koch.

Während nach einer konsularischen Erhebung gegen Ende der 90er Jahre anlässlich der Erörterung der Flottenvorlage das gesamte im Auslande arbeitende deutsche Kapital, einschliesslich des in industriellen oder kommerziellen Unternehmungen angelegten, rund 20 Milliarden betrug, wurde es nach der vorgenannten Denkschrift für 1905 auf etwa 30—40 Milliarden M. veranschlagt.

Diesen Angaben gegenüber dürfte es nicht ohne Interesse sein, auf die auswärtigen Kapitalanlagen auch der übrigen Kapitalexportstaaten einen kurzen Blick zu werfen, soweit hierüber Angaben vorliegen.

Der im Auslande angelegte Vermögensbesitz Frankreichs betrug nach einer 1902 veröffentlichten amtlichen Erhebung ca. 30 Milliarden M.[40])

Für England hält Edgar Speyer[41]) eine im Jahre 1900 vorgenommene Schätzung der auswärtigen Kapitalanlagen von 51 Milliarden M. für mässig. George Paish, Redakteur des «Statist», hat neuerdings in einer umfangreichen Untersuchung festgestellt, dass zurzeit das von England im Auslande angelegte Kapital auf 3,5 Milliarden £ zu schätzen sei, wovon 3,2 Milliarden in Gesellschaften usw. angelegt sind. Daraus hat England einen direkten Zinsgenuss von 166 Millionen Pfund, was einer Verzinsung von 5,2 % gleichkommt.[42])

Gelegentlich eines in jüngster Zeit im «Liberal Colonial Club» in London in Anwesenheit des Premierministers gehaltenen Vortrags schätzte derselbe Autor, der Chef eines der grössten englischen Bankhäuser die Investierung englischen Kapitals ausserhalb Englands auf gegenwärtig 3500 Millionen £ wovon England für 1910 180 Millionen £ an Zinsen bezogen haben dürfte, die in Gestalt von Nahrungsmitteln und Rohmaterial hereingekommen sind. Der Redner gab ferner der Überzeugung Ausdruck, dass die fortgesetzte Anlage eng-

[40]) Die Entwicklung der deutschen Seeinteressen, S. 198 ff.
[41]) ibid. S. 239 f.
[42]) Frkf. Ztg. v. 30. Dez. 1910.

lischer Ersparnisse in den Kolonien und im Auslande einer der Hauptgründe der Prosperität der britischen Volkswirtschaft sei. Besonders interessant ist in dem bemerkenswerten Vortrag die Erwähnung weiterer Tatsachen, die deutlich erkennen lassen, dass auch in Grossbritannien die gleichen in der gesamten volkswirtschaftlichen Struktur des Landes begründeten Verhältnisse die Kapitalausfuhr als zu den vitalen Lebensbedingungen der englischen Nation gehörig erscheinen lassen, wie dies auch in der deutschen Volkswirtschaft der Fall ist: hier wie dort eine sich stetig vermehrende Bevölkerung, deren Anwachsen der begrenzte Nahrungsspielraum entgegensteht; in beiden Ländern die Notwendigkeit des Austausches von Industrieerzeugnissen gegen Lebensmittel und Rohstoffe, so dass sich eine vollständige Analogie in den Lebensverhältnissen und Lebensinteressen der beiden Nationen herausstellt.

Nach einer Zusammenstellung der belgischen Tagespresse betrugen die auswärtigen belgischen Kapitalanlagen ca. 2700 Millionen Fr., wobei besonders die Tatsache interessiert, dass in 27 russischen Städten die Trambahnen ausschliesslich in belgischen Händen sind.

Kritik und Anti-Kritik.

In der Beurteilung des Exportkapitalismus stehen sich, je nach der verschiedenen wirtschaftspolitischen Auffassung, die schroffsten Ansichten einander gegenüber, und nach den neuesten parlamentarischen Erörterungen, die sich an die Beantwortung der von den Mehrheitsparteien des deutschen Reichstags eingebrachten Interpellationen über die «Überschwemmung des deutschen Kapitalmarktes mit ausländischen Wertpapieren» knüpften, scheint keine Aussicht zu bestehen, dass sich die Parteien in dieser für die fernere Gestaltung des deutschen Wirtschaftslebens eminent wichtigen Frage in näherer Zukunft auf einer mittleren Linie zusammenfinden werden.

Ein besonders wichtiges Argument der Gegner der deutschen Kapitalienausfuhr bildet der Hinweis auf die relative Armut der deutschen Volkswirtschaft und auf die schädlichen Folgen, die ein grösserer Kapitalexport durch die Übernahme fremder Anleihen und die Anlage in ausländischen Industriepapieren auf den deutschen Geldmarkt ausüben müsse, der eben gerade infolge dieses Geldabflusses einen Zinsfuss zeitige, der

es der heimischen Industrie und dem heimischen Gewerbe sehr schwer mache, für etwaige Betriebserweiterungen und Neuinvestitionen die nötigen Gelder zu einem nicht allzu hohen Zinsfuss aufzubringen. Die chronische Versteifung des deutschen Geldmarktes sei auch schuld an dem so niedrigen und allgemein beklagten Kursstand der deutschen Reichs- und Staatsanleihen, da eben die disponiblen Mittel in der Industrie und in ausländischen Kapitalanlagen eine lohnendere Unterkunft fänden. Freiherr v. Gampp-Massannen[43]) betonte als Mitglied der Börsenenquete-Kommission noch des weiteren, dass Deutschland nur in geringem Umfang Gläubiger von solchen Wertpapieren sei, die, wie z. B. englische Konsols oder französische Rente, sich jederzeit leicht realisieren liessen; es habe, namentlich durch den Zustrom amerikanischer Werte in den letzten Jahren, eine wesentliche Verschlechterung der in Deutschland befindlichen Bestände von ausländischen Wertpapieren stattgefunden. Durch die Einführung ausländischer Effekten verschlechtere sich die deutsche Zahlungsbilanz, da der eingeführte Betrag dem Auslande in Gold zu zahlen sei; auch wird die Forderung einer behördlichen Kontrolle der Grossbanken in bezug auf ihre ausländische Emissionstätigkeit durch die Schaffung einer Zentralzulassungsstelle erhoben.

Es wird ferner an die Verluste erinnert, die die deutschen Kapitalanlagen im Auslande erlitten haben und auf die Gefahren aufmerksam gemacht, die der deutschen Volkswirtschaft daraus erwachsen, dass durch den deutschen Kapitalexport die Industrieentwicklung fremder Länder gefördert und der einheimischen Industrie die Konkurrenz auf dem Weltmarkte erschwert würde. Durch die Errichtung ausländischer Unternehmungen würden die betreffenden heimischen Industriezweige geschädigt und deutsches Kapital durch den dauernden Aufenthalt der betreffenden Kapitalisten im Auslande entnationalisiert.

Dies in groben Umrissen die gegnerischen Ansichten; gehen wir nun in folgendem auf die einzelnen Punkte etwas näher ein!

Was nun zunächst die im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften nicht zu leugnende Kapitalarmut Deutschlands betrifft, so ist vor allem zu beachten, dass dieselbe mit ihren unerwünschten Begleiterscheinungen eine Folge der gesamten öko-

---

[43]) Vergl. die stenogr. Berichte der Verhandlungen der Börsenenquête-Kommission, Berlin 1908.

nomischen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft und das charakteristische Merkmal aller aufstrebenden expansiven Volkswirtschaften darstellt. Trotz der enormen Kosten, die die Versorgung unseres Bevölkerungszuwachses erfordert, verbleibt jedoch der deutschen Volkswirtschaft ein jährlicher Überschuss von gegenwärtig ca. 4 Milliarden M. Diese Summe muss angelegt werden, und soweit sie unser heimischer Markt nicht aufnimmt, wird sie ausländischen Anlagen zugeführt. Denn die vorhandenen Anlagemöglichkeiten im Inlande reichen schon längst nicht mehr aus; dafür bieten gerade gegenwärtig die in der deutschen Kaliindustrie herrschenden Verhältnisse, die bald der wildesten Spekulation aus den Zeiten des kolonialen Diamantenfiebers an Siedehitze nichts mehr nachgeben, das beste Beispiel. Zudem darf man doch wohl annehmen, dass nur der Überschuss der Kapitalien ans Ausland abfliesst und die heimischen Kreditbedürfnisse, unterstützt durch eine ausgebildete Banken- und Kreditorganisation, den ausländischen Geldansprüchen gegenüber wohl ihr Vorrecht geltend zu machen verstehen. Diese Annahme ist um so mehr gerechtfertigt, als ja in keinem Zweig des heimischen Wirtschaftslebens eine sichtbare Kreditnot besteht und legitime Kreditbedürfnisse noch stets ihre Befriedigung gefunden haben. Dass übrigens ein niedriger Geldzinsfuss, der noch stets als ein Zeichen darniederliegender Wirtschaftsverhältnisse gegolten hat, im allgemeinen Interesse liege, kann so allgemein nicht ausgesprochen werden, da ein erheblicher Teil des deutschen Volkes — man denke nur an die Sparkasseneinleger — gerade am Gegenteil interessiert ist.[44]) Zudem ist bei der Unzuverlässigkeit der Zahlen über den Umfang des deutschen Kapitalexports, wie überhaupt der internationalen Kapitalbewegungen, gar nicht mit Sicherheit zu bestimmen, welche Wirkung ein Kapitalexport zu einer bestimmten Zeit infolge anderweitiger kompensierender Verhältnisse auf den Geld- und Kapitalmarkt ausüben müsse.

Dass die heimischen Kreditbedürfnisse gegenüber den ausländischen Kapitalansprüchen nicht ins Hintertreffen geraten sind, darüber gibt folgende Tabelle Auskunft, die der Direktor der Deutschen Bank, Dr. Karl Helfferich in der No. 14 des «Bank-Archiv» in einem diese Materie behandelnden Aufsatz mitteilt.

---

[44]) Vergleiche hierüber auch die Dernburg'schen Ausführungen op. cit. S. 32 ff.

Jahr	Oeffentlicher Kredit			Bodenkredit	Industrieller und kommerzieller Kredit				Inlands-Werte überhaupt	Auslands-Werte überhaupt
	Staats-Anleihen	Kommunal-Anleih.	Zusammen	Pfandbriefe	Industrie-Obligation.	Industrie-Aktien	Bank-Aktien	Zusammen		
	(in Millionen Mark:)									
1886/1890	1508	274	1782	1248	146	800	329	1275	4360	2322
1891/1895	1356	409	1765	2189	202	372	257	831	4833	1462
1896/1900	838	841	1679	1879	497	2495	1303	4295	8216	2420
1901/1905	2125	1195	3320	2262	642	1456	561	2659	8339	2147
1906/1910	4131	1942	6073	2588	1080	2921	858	4859	12615	1497

Hierzu bemerkt derselbe Autor: «Es handelt sich hier nur um ein Gesamturteil über die Gesamtentwicklung der letztverflossenen Periode; und wie dieses Gesamturteil ausfallen muss, darüber kann man sich bei einem Blick über die oben wiedergegebene Statistik kaum im unklaren sein. Denn diese Tabelle zeigt, dass gegenüber der enormen Steigerung der Ansprüche des öffentlichen Kredits und der Neuinvestierungen in deutschen industriellen und kommerziellen Unternehmungen die Anlage in Auslandswerten durchaus zurückgeblieben ist. Dies steht zahlenmässig fest; und ich ziehe nicht nur aus diesen Zahlen, sondern auch aus andern Wahrnehmungen und Eindrücken, insbesondere auch aus der Ausdehnung, die unsere wichtigsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt ihren Anlagen in Auslandswerten gegeben haben, die Schlussfolgerung: Deutschland hat im Laufe der letzten Jahre, unter dem Druck der gewaltigen Ansprüche für den öffentlichen Kredit und für den Ausbau seiner industriellen Ausrüstung, den Auslandswerten nicht zu viel, sondern zu wenig Beachtung geschenkt. Jeder, der im täglichen Kampf um die Behauptung und Mehrung unserer weltwirtschaftlichen Machtstellung lebt und in der Lage ist, die Gestaltung der grossen internationalen Finanzbeziehungen und Konkurrenzverhältnisse zu übersehen, wird bestätigen, dass das Zuwenig des von der deutschen Volkswirtschaft für Auslandsanlagen zur Verfügung gestellten Kapitals sich heute schon mitunter zu unserem Schaden fühlbar macht.»[45])

[45]) In seiner jüngst erschienenen Broschüre: „Die Kapitalsanlage in ausländischen Wertpapieren“ (Puttkammer und Mühlbrecht, Berlin 1911)

Die Forderung des Vorranges der heimischen Kapitalbedürfnisse vor den ausländischen wird übrigens auch von den Freunden des Kapitalexports vertreten, wenn auch die Forderung Riessers,[46]) dass «Unternehmungen und Beteiligungen im Auslande nur bei starken Kapitalsüberschüssen möglich und nur nach voller Deckung des inländischen Kapitalbedarfs zulässig sind» zu weitgehend erscheint; denn nach voller Deckung des heimischen Kapitalbedarfs dürfte für das Ausland nicht mehr viel übrig bleiben. Überdies ist mit der Tatsache, dass deutsche Kapitalien auswandern, noch nicht die andere Tatsache begründet, dass dadurch der heimische Kapitalvorrat, entsprechend der Kapitalausfuhr, sich vermindern müsse, da der deutschen Volkswirtschaft doch auch wieder, und zuweilen gerade infolge einer vorher geschehenen Kapitalienausfuhr, vom Auslande Kapitalien zufliessen. Als Beleg hiefür mag eine Reminiszenz dienen, die der Bankier Arthur Fischel, Teilhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co., gelegentlich der Verhandlungen der Bankenquete-Kommission vorbrachte. Im Jahre 1905 hatte

sieht Dr. Hermann Zickert darzutun, dass einer Steigerung in der Unterbringung ausländischer Wertpapiere „regelmässig" eine Erhöhung des Diskontsatzes gefolgt sei und macht zu diesem Zwecke folgende Tabelle auf, indem er den von Staatssekretär Delbrück ermittelten Ziffern über die Ankäufe fremder Werte die Diskontsätze der betr. Jahre gegenüberstellt, dabei aber vorsichtig bemerkt: „Die Wirkung tritt deutlicher oder schwächer hervor, je nachdem gleichzeitig das geschäftliche Leben eine grössere oder geringere Anspannung zeigte." (S. 54.)

Jahr	Ausländische Werte Millionen Mark:	Jahr	Diskont %
1900/01	296		
1901/02	343	1901	4,10
1902/03	1054	1902	3,32
1903/04	424	1903	3,84
1904/05	584	1904	4,22
1905/06	428	1905	3,81
1906/07	334	1906	5
1907/08	168	1907	6,03
1908	239	1908	4,76
1909	721	1909	3,92
1910	528	1910	4,35

Meines Erachtens hat damit der Verfasser gerade das Gegenteil seiner Behauptung bewiesen, dass nämlich zwischen Wertpapiereinfuhr und Diskontsatz überhaupt kein Zusammenhang nachweisbar ist.

[46]) Vergl. hierüber auch die Dernburg'schen Ausführungen op. cit. S. 32 ff.

die Summe der in Deutschland emittierten ausländischen Werte (dem Kurs nach) etwa 1108 Millionen Mark betragen; das ist ein Rekord, der bis heute nicht mehr erreicht worden ist. Der Wechselzinsfuss hatte sich in dem genannten Jahr auf $1\,^3/_4$ % gesenkt. Bei einem so niedrigen Zinsfuss waren die Voraussetzungen für die Emission hochverzinslicher Effekten natürlich gegeben. Unter anderm wurde zu Beginn dieses Jahres eine $4\,^1/_2$prozentige russische Anleihe in Deutschland aufgelegt. Ende dieses Jahres hatten sich die Geldverhältnisse verschlechtert, und man schob nun die Schuld auf diese Emission, die den Abfluss deutschen Goldes nötig gemacht habe. Herr Fischel legte nun dar, welchen Nutzen Deutschland aus den guten Beziehungen zu Russland gerade in den schlimmen Tagen der Jahreswende von 1905 ziehen konnte. Russland kaufte sehr bedeutende Summen $3\,^1/_2$prozentiger deutscher Anleihen, es sandte beträchtliche Bardepositen, und gegen Ende Dezember 1905 trafen 100 Millionen Rubel Gold in Deutschland ein, die in den Jahren 1906 und 1907 zur Verfügung der deutschen Finanz blieben.

«Wie hätte sich», — so fragte Herr Fischel, — «das Bild gestaltet, wenn wir über diesen Betrag von 100 Millionen Gold im Jahre 1906 oder gar 1907 nicht hätten verfügen können? Vergessen wir nicht, dass der internationale Geldverkehr etwas sehr Sensibles ist. Es ist sehr gefährlich, aus ungünstigen Umständen, die in irgend einem Moment bestehen, generelle Schlüsse zu ziehen. Man kann da doch manches anrichten, was man eigentlich nicht anrichten will.»[47])

Dazu kommt ferner, dass beständig alte Anleihen zurückgezahlt und amortisiert werden; auch besitzt die deutsche Spekulation ganz enorme ausländische Guthaben, so z. B. in

---

[47]) Zu dieser Sache bemerkt Dr. Hermann Zickert in seiner bereits erwähnten Broschüre: „Diese in der Bankenquete gestellte Frage ist gar nicht so schwer zu beantworten. Das Bild hätte sich gar traurig gestaltet, wenn dieses Geld nicht nach Deutschland geflossen wäre, wenn der Ausbruch der russischen Revolution nicht den reichen Russen die Anlage in Deutschland sicherer hätte erscheinen lassen, als in der Heimat. Das Bild aber wäre wieder ausserordentlich günstig gewesen, wenn sich Deutschland nicht in dem Masse an der Russenemission beteiligt hätte." (S. 52.) — Eine solche Stellungnahme kommt einer grundsätzlichen Ablehnung der deutschen Kapitalausfuhr sehr nahe; es scheint eben immer noch Leute zu geben, die der Ansicht sind, dass wir unsere Kapitalien nur der eigenen Volkswirtschaft zuführen dürfen und uns nach merkantilistischem Muster gegen die Aussenwelt abschliessen müssen. Es gibt in den Beziehungen der Volkswirtschaften untereinander ebenso gewisse zwingende Verpflichtungen, wie im Leben der Einzelnen.

London, wo ganz gewaltige Summen deutschen Kapitals in Wertpapieren angelegt sind und einen Teil des deutschen Auslandsguthabens bilden; ferner ist in Betracht zu ziehen, dass viele früher bei uns eingeführte Wertpapiere — es sei hier nur an die amerikanischen, russischen, österreichischen, ungarischen Eisenbahnpapiere und italienische Rente erinnert — wieder zurückgekauft wurden und so ganz aus dem deutschen Besitz verschwunden sind.[48])

Es wäre daher verfrüht und würde weit über das Ziel hinausschiessen, wollte man infolge des Auftretens etwaiger Anzeichen, die auf Kapitalmangel schliessen lassen, nun gleich eine Einschränkung des Kapitalexports fordern oder denselben gar für den Kapitalmangel verantwortlich machen, um so mehr, als ja gerade auf der Expansion der deutschen Volkswirtschaft mit ihren Begleiterscheinungen des Export-Industrialismus und -Kapitalismus der grosse Aufschwung der deutschen Wirtschaft grösstenteils beruht.

Andererseits mag es dahingestellt bleiben, ob es als opportun bezeichnet werden kann, dass einige deutsche Bankinstitute die durch die Zurückhaltung der Kreditansprüche seitens des Reiches und der Bundesstaaten in diesem Jahre geschaffene Erleichterung des deutschen Geld- und Kapitalmarktes zur Einführung nicht gerade erstklassiger amerikanischer Industriepapiere benützten. Wenn auch dem Gewinninteresse unserer Banken manches konzediert werden muss, so ist es doch Pflicht derselben, dieser Gesamtlage des deutschen Kapitalmarktes Rechnung zu tragen, und dies vor allem deshalb, weil das Material, mit dem Banken arbeiten, die Kapitalersparnisse der deutschen Volkswirtschaft sind, die von ihnen nicht nach rein privaten Gesichtspunkten verwendet werden dürfen.

Es ist daher den Gegnern beizupflichten, wenn sie eine bessere Auswahl der in Deutschland aufzulegenden fremden Anleihen verlangen; doch wird diese Forderung von der anderen Seite ebenso warm befürwortet. Riesser sagt hierüber: «Seitdem unsere Beziehungen im Auslande sich infolge langsamer, sorgfältiger und mühevoller Arbeit erfreulicherweise kräftig gebessert haben, werden wir mehr denn je darauf zu achten haben, dass wir in der Regel nur Werte solcher ausländischer Staaten emittieren dürfen, welche durch gute

---

[48]) Dernburg schätzt die in Deutschland zurückgezahlten oder amortisierten fremden Wertpapiere auf 100 bis 150 Millionen Mark pro Jahr.

Kolonien oder grosse landwirtschaftlich oder kommerziell oder industriell ausnutzbare Provinzen ein reiches und ausgedehntes Hinterland, oder welche sonstige starke Reserven besitzen, und hierdurch auch schlechte Zeiten gut zu ertragen und rasch zu überwinden in der Lage sind.»[49])

Dass übrigens die deutschen Emissionshäuser in bezug auf die zu emittierenden fremden Werte, wohl unter dem Eindruck früherer Erfahrungen, etwas vorsichtiger und zurückhaltender geworden sind, erhellt aus der Tatsache, dass die von 1900 bis 1908 emittierten Beträge von ausländischen Anleihen meist nicht die Hälfte, oft sehr erheblich weniger, als die in den Jahren 1886—1890 erfolgten Emissionen erreicht haben. Hierzu bemerkt Riesser[49]) des weiteren: «Während endlich . . . das Verhältnis der Emissionen ausländischer Werte in den Jahren der Hochflut (1886—1889) etwa 45% sämtlicher überhaupt in Deutschland erfolgten Emissionen betrug, umfassten die Emissionen ausländischer Werte im Jahre 1905 nur etwas mehr als $^1/_3$, im Jahre 1906 etwas weniger als $^1/_{10}$ und im Jahre 1907 nur etwa $^1/_{15}$ aller deutschen Emissionen der gleichen Jahre.»[50])

Dass der Kapitalexport, wie behauptet wird, den Kursstand der deutschen Anleihen nachteilig zu beeinflussen vermag, dürfte insofern mit Recht angenommen werden können, als eben die ausländischen Kapitalanlagen neben einer relativ guten Sicherheit eine viel höhere Verzinsung gewähren und sich das heimische Kapital darum mit Vorliebe diesen Werten zuwendet. Es ist dies jedoch eine Erscheinung, die sich auch in anderen, kapitalreicheren Ländern beobachten lässt, wie z. B. in England, dessen Konsols gegenwärtig nicht günstiger stehen als die Anleihen des deutschen Reiches und seiner Bundesstaaten.

Dernburg führt in der bereits erwähnten Broschüre folgende vier Punkte an, die er als die Hauptursachen für die wenig grosse Beliebtheit der deutschen Reichs- und Staatsanleihen bezeichnet:

1. Diese Anleihen haben keine hinreichend besondere Verwendungsmöglichkeit, die sie von den anderen Papieren abhebt;

2. sie sind nicht beliebt, weil beständig eine Konvertierung mit Zinseinbussen befürchtet wird;

---

[49]) Riesser, op. cit. S. 293.
[50]) ibid. S. 300.

3. sie sind für viele Zwecke des Erwerbslebens nicht brauchbar, weil sie zu starken Kursschwankungen unterliegen, und

4. sie geniessen schliesslich nicht das hinreichende Ansehen, weil sie nicht rar genug sind.» (S. 41.)

Der neueste Bericht der Diskonto-Gesellschaft für 1910 bemerkt über diesen Punkt: «Der Tiefstand der Kurse unserer deutschen Anleihen, dem der noch stärkere Preisfall der englischen Konsols als Analogie zur Seite steht, hängt mit anderen Umständen zusammen. Er ist im wesentlichen das unvermeidliche Korrelat unseres wirtschaftlichen Aufschwungs, der das Geld verteuert und dem Kapital die Möglichkeit zu vorteilhafterer Verzinsung bietet.»

Ebenso verweist der Bericht der Deutschen Bank auf England und den Zusammenhang zwischen dem Preissturz der englischen Konsols und dem Nachlassen der Ankäufe von Staatspapieren, weil höherverzinsliche Kolonialanleihen etc. als Anlage der Spargelder gestattet wurden. Das Institut wendet sich vor allem gegen den Versuch, Zwangsmassregeln zu ergreifen, die besonders die Anlage des Reservefonds treffen könnten, ein Bedenken, das auch von dem preussischen Finanzminister geteilt wird, der bei der dritten Lesung seines Etats, wobei nochmals der Kursstand der Reichsanleihen zur Erörteung kam, von den wirtschaftlichen Bedenken sprach, die gegen eine Heranziehung des Reservefonds sprechen.

Das Bemühen, durch das Fernhalten des ausländischen Wettbewerbes auf dem deutschen Kapitalmarkt den Kursstand der deutschen Anleihen zu heben, wäre ziemlich vergebens. Der auf diese Weise zu erzielende Kursgewinn der deutschen Reichs- und Staatsanleihen würde nicht annähernd den volkswirtschaftlichen und weltpolitischen Schaden aufwiegen, der eintreten würde, wenn wir gewillt und in der Lage wären, dem deutschen Kapital die Anlage in ausländischen Werten zu verwehren.

Über diesen letzteren Punkt äusserte sich Staatssekretär Delbrück anlässlich der Beantwortung der bekannten Interpellation im Reichstage: «Ein Mittel, die Bankwelt und die einzelnen Kapitalisten zu hindern, ihr Geld in ausländischen Werten anzulegen, gibt es nicht. Ein Verbot, generell oder unter gewissen Voraussetzungen inländisches Kapital in ausländischen Werten anzulegen, würde ein Versuch mit untauglichen Mitteln

sein und zu unerträglichen Beschwernissen unseres wirtschaftlichen Lebens führen.»

Ebenso hat die Forderung, durch ein amtliches Organ die ausländischen Werte bezüglich ihrer Zulassungswürdigkeit zu prüfen, grundsätzliche Bedenken, weil die in Einzelfällen an der Güte der fremden Werte geübte amtliche Kritik das Publikum zu dem Rückschluss verleiten könnte, dass, sobald eine solche Kritik ausbleibt, unbesehen zu den auswärtigen Anleihen gegriffen werden kann. Im übrigen liegt es nicht in der Hand der Regierung, den deutschen Kapitalisten vor Verlusten in fremden Wertpapieren zu schützen; denn sie ist schlechterdings ganz machtlos gegenüber solchen Leuten, die, weil ihrer Spekulationslust in den an den inländischen Börsen zugelassenen ausländischen Werten zu wenig Betätigungsfreiheit bleibt, sich den auswärtigen Börsen zuwenden und sich durch Londoner oder Pariser Geschäfte bedienen lassen. Im übrigen ist die Meinung zurückzuweisen, als ob jede Betätigung des deutschen Kapitals im Auslande sich als eine Aktion gegen den heimischen Geldmarkt darstelle. Ausländische Spekulationspapiere konkurrieren nicht mit den deutschen Reichs- und Staatsanleihen; diese Gattung von Papieren gehören zwei ganz verschiedenen Märkten an.

Die gegenwärtig bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Zulassungswesen und die Befugnisse der Landesregierungen gegenüber den Zulassungsstellen bieten Handhabe genug, um im gegebenen Falle regulierend in die Tätigkeit der Zentralstellen einzugreifen, ohne dass es der Ausarbeitung neuer Bestimmungen oder der Schaffung neuer amtlicher Organe bedürfte. Dieser Vorschlag der Einführung einer besonderen behördlichen Kontrolle über die ausländische Emissionstätigkeit der Banken, wie er neuestens wieder aufgetaucht ist, wurde schon 1908 anlässlich der Verhandlungen der Börsenenquete-Kommission von Riesser mit folgenden Worten zurückgewiesen: «Solange wir in Deutschland nicht wieder auf den Standpunkt zurückgegangen sind, der an die merkantilistischen Zeiten erinnert und uns abschliessen gegenüber dem Auslande, solange wir glauben, dass wir auch im Interesse unserer für unsere ganze nationale Existenz derzeit unerlässlichen industriellen Exportpolitik unsere ausländischen Verbindungen stützen müssen; solange wir auf dem Standpunkt stehen, dass auch unser politisches Ansehen und unser finanzieller Kredit derartige Anleihen zu einer absoluten Notwendigkeit macht:

solange werden wir uns hüten müssen, hier mit gesetzgeberischen Massregeln oder mit Kontrollmassnahmen einzugreifen.[51])

Über die anlässlich der beabsichtigten Einführung der Milwaukee-Anleihe an der Berliner Börse akut gewordene Frage, inwieweit dem Handelsminister ein Aufsichtsrecht über die Börsen und infolgedessen die Berechtigung zum Ausschluss solcher Anleihen zusteht, denen «aus Gründen des öffentlichen Interesses» die Zulassung zu versagen ist, verweise ich auf die Ausführungen Dernburgs, dessen Broschüre ja gerade diesem Anlasse ihre Entstehung verdankt. Derselben Ansicht ist auch Helfferich, der im «Bank-Archiv» vom 15. April 1911 sich folgendermassen auslässt: «Ich bin der entschiedenen Ansicht, dass das Aufsichtsrecht der Landesregierung nicht dahin interpretiert werden kann, dass die Regierung berechtigt sein soll, im einzelnen Falle einzugreifen und etwa einen von den für die Zulassung gesetzlich vorgesehenen Instanzen gefassten Beschluss ohne weiteres zu annullieren. Ich bin weiter der Ansicht, dass es nicht dem wohlverstandenen allgemeinen Interesse entspricht, wenn die Regierung eine so weitgehende Konsequenz des Aufsichtsrechtes für sich beansprucht oder wenn etwa eine so weitgehende Befugnis der Aufsichtsbehörde ausdrücklich zum Gesetz erhoben werden würde.»

Eine des öftern gehörte Behauptung, die häufig als Argument gegen die Kapitalienausfuhr auftritt, ist die, dass durch den Kapitalexport unsere Zahlungsbilanz sich verschlechtern würde. Wenn man unter Zahlungsbilanz das Verhältnis der effektiven Ein- und Auszahlungen eines Landes versteht, so ist mit der Tatsache der Verschlechterung der Zahlungsbilanz nichts weiter gesagt, als dass zu einem gewissen Zeitpunkt die wirklich effektuierten Auszahlungen die Einzahlungen seitens des Auslandes übertroffen haben. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, dass nun auch die Verpflichtungen des Inlandes gegenüber dem Auslande die Forderungen des Inlandes an das Ausland übersteigen. Worauf es aber einzig und allein ankommt, ist doch nur das Verhältnis von Forderungen und Verpflichtungen des Inlandes dem Auslande gegenüber, das Sartorius v. Waltershausen mit dem gutgewählten Ausdruck «Forderungsbilanz» bezeichnet. Diese «Forderungsbilanz», die man wohl im Auge hat, wenn man von der Zahlungsbilanz eines

[51]) Stenograph. Berichte der Bankenquete-Kommission. S. 70.

Landes spricht, kann aber nicht verschlechtert werden, wenn z. B. Deutschland eine ausländische Anleihe übernimmt und den Betrag hierfür dem Auslande in Goldrimessen übermacht; denn es erwirbt doch hierfür im selben Augenblick Forderungsrechte an das Ausland in derselben Höhe wie der Betrag der Anleihe. Es ist mir daher auch nicht recht verständlich, dass Riesser, der dem Vorschlag Sartorius v. Waltershausen beipflichtet, dennoch den Einwand, dass das Inland durch den Kapitalexport gelegentlich der Übernahme einer ausländischen Anleihe Schuldner des Auslandes würde und dadurch die «Zahlungsbilanz» eine Verschlechterung erführe, als zu Recht bestehend ansieht und nur darauf hinweist, dass in der Mehrheit der Fälle das Geld zu ausländischen Investitionen aus den Erträgnissen anderer ausländischer Wertpapiere, durch den Verkauf solcher Werte oder durch Waren gedeckt würde.[52]) Es ist darum auch ferner unrichtig, dass sich die Aktivität oder Passivität unserer Zahlungsbilanz — letzterer Begriff in dem Sinne des Verhältnisses von Forderungen und Verpflichtungen — aus den Wechselkursen ersehen lasse, da doch in den Devisenkursen eine Menge anderer Dinge ihren Ausdruck finden, wie Aufnahme und Rückzahlung kurzfristiger und langfristiger Darlehen, Erwerb und Abstossung von Effekten etc.; ich stimme daher ganz mit dem überein, was auch die «Frankfurter Zeitung» in ihrer Nummer vom 25. November 1910 in einem «Zahlungsbilanz und Diskontosatz» überschriebenen Artikel im Handelsteil über diese Sache schreibt; es heisst da unter anderm: «Was also der Stand der Devisen anzeigt, das ist das Verhältnis von Ein- und Auszahlung im Auslandsverkehr, ohne dass diese Zahlungen immer auf Grund von Verpflichtungen ausgeführt werden müssen. Die tägliche Zahlungsbilanz in diesem Sinne ist also vergleichbar dem Kassa-Konto eines Privatunternehmens.»

In ähnlicher Weise hat sich auch Herr Fischel anlässlich der Verhandlungen der Bankenquete-Kommission ausgesprochen.

Dass diese irrtümliche Auffassung und fälschliche Anwendung des Begriffes «Zahlungsbilanz» zu mancherlei Missverständnissen und Unrichtigkeiten führen muss, geht aus verschiedenen Äusserungen und Anschauungen in der wissen-

---

[52]) Riesser, op. cit. S. 396.

schaftlichen Fachliteratur deutlich hervor und tritt auch wieder in der Frage des Kapitalexports klar zutage.

Es wird von den Gegnern des Kapitalexports selten unterlassen, auf die im Auslandsgeschäft in früherer Zeit erlittenen Verluste hinzuweisen, um die Schädlichkeit dieser ganzen Entwicklung darzutun.

Was die in ausländischen Unternehmungen erlittenen Verluste betrifft, so kann gesagt werden, dass dieselben nicht allzu gross gewesen sind; im allgemeinen haben die im Auslande arbeitenden Gesellschaften recht befriedigende Resultate erzielt, wobei ich bezüglich der Einzelheiten wohl auf den speziellen Teil bezug nehmen darf. Wohl sind auch manche Nieten zu verzeichnen; aber entweder haben die deutschen Bankinstitute die Aussichtslosigkeit auf die zu erhoffende Prosperität mancher Unternehmungen frühzeitig genug erkannt und sich nach verhältnismässig geringen Kapitalverlusten von denselben wieder zurückgezogen — ich erinnere hier nur an die Unternehmungen des siebenbürgischen Bergbaus — oder aber die das Auslandsgeschäft kultivierenden Institute waren von der künftigen Rentabilität ihrer ausländischen Unternehmungen so sehr überzeugt, dass sie trotz anfänglicher Misserfolge dem betr. Unternehmen immer wieder mit neuen Mitteln aufhalfen und darum am Ende doch noch ihre Anstrengungen von Erfolg begleitet sahen, wie dies z. B. bei der Popp'schen Druckluftgesellschaft oder den Mannesmannröhren-Werken der Fall war. Sehr oft auch stellten sich im Laufe der Entwicklung eines Unternehmens Ausnahmezustände ein, die von den betr. Instituten natürlich nicht vorausgesehen werden und deren nachteilige Folgen darum auch nicht abgewendet werden konnten; ein Beispiel hierfür bietet die Grosse Venezuela-Eisenbahngesellschaft, deren Existenz infolge der politischen Wirren bisweilen in Frage gestellt war und die erst seit etwa drei Jahren in das dividendentragende Stadium eingetreten ist.

Im allgemeinen kann gesagt werden, dass sich die Banken nur solchen Unternehmen zugewendet haben, die nach allgemein volkswirtschaftlichen Grundsätzen eine gute Anlage versprachen, und wenn man die erzielten Gewinne mit den erlittenen Verlusten zusammenwirft, so dürfte sich immerhin noch ein Gewinnergebnis herausstellen, das zum mindesten den im Inlande zu erzielenden Gewinnen gleichkommt, ganz abgesehen von den sonstigen Vorteilen, die diese Unternehmen der heimischen Volkswirtschaft boten, die allerdings nicht in jedem ein-

zelnen Fall zahlenmässig berechnet werden können. Im übrigen sind den anderen Kapital exportierenden Staaten aus ausländischen Unternehmungen schon ebenfalls recht ansehnliche Verluste erwachsen. In dieser Beziehung dürfte gerade ein Hinweis auf die englische Nation von Nutzen sein, die sich durch Kapitalverluste nicht so leicht beirren liess und stets ein gewisses Solidaritätsgefühl zeigte, das in der Überzeugung wurzelt, dass Einzelverluste da nicht allzu gross angeschlagen werden dürfen, wo die Nation als Ganzes doch noch Vorteile ziehen wird. Sartorius v. Waltershausen berichtet über eine Korrespondenz aus Buenos-Ayres, die über Englands Stellung in Argentinien handelt und die folgenden Passus enthält: «Das englische Kapital hat sich aber niemals verschüchtern lassen. Weil es nicht in der kleinlichen Manier anderer Geldleute, z. B. der Deutschen, sofort nach Begründung eines Geschäftes auch schon die Dividenden springen sehen will, sondern ordentlichen Entwicklungsterminen vertraut und darum in «schlechten Zeiten» kaltblütig auf bessere hofft, ist es jedesmal ungerupft über die schwersten Inlandskrisen weggekommen.»[53])

Was jedoch die Gewinne, bezw. Verluste betrifft, die das deutsche Volksvermögen aus ausländischen Anleihegeschäften gezogen, bezw. an solchen erlitten hat, so ist dem, was die Deutsche Bank in ihrem neuesten Geschäftsbericht für 1910 über die Ergebnisse derartiger Transaktionen sagt, und deren Äusserung mehr als nur spezielle Bedeutung zukommt, nur zuzustimmen; der Bericht sagt: «Trotz einiger bedauerlicher Verluste, die vor mehr als 20 Jahren das deutsche Kapital infolge Nichterfüllung der von auswärtigen Staaten eingegangenen Verpflichtungen betroffen haben, ist das durchschnittliche Ergebnis deutscher Anlagen in ausländischen Werten ein überaus erfreuliches gewesen und hat das deutsche Nationalvermögen nachweisbar um viele Hunderte von Millionen vermehrt. Obgleich unsere Emissionstätigkeit hauptsächlich und vorzugsweise auf die Ausgabe inländischer Wertpapiere gerichtet ist, hat auch die Deutsche Bank unter sorgfältiger Prüfung und Erwägung jedes einzelnen Falles, an dieser Einfuhr fremder Werte in massvollen Grenzen teilgenommen und darf darauf hinweisen, dass seit einer langen Reihe von Jahren kein von ihr an die deutschen Börsen gebrachtes ausländisches Effekt notleidend geworden ist. Aber sogar an Effekten, die vor 20 Jahren not-

[53]) Op. cit. S. 45.

leidend waren, hat die deutsche Volkswirtschaft grossen Gewinn erzielt: wir erinnern an die Werte der Northern Pacific Bahn, die längst zum grössten Teil mit bedeutendem Gewinn für die deutschen Erwerber in das Heimatland zurückgeflossen sind oder dahin jederzeit verkauft werden können.»

Der aus der erwähnten Transaktion der Northern Pacific Railway-Bonds dem deutschen Nationalvermögen zugeflossene Gewinn wird im Bericht der Deutschen Bank für 1901 auf über 60 Millionen Mark veranschlagt; ebenso macht Schmoller in der Einleitung zu den Verhandlungen der Börsenenquete-Kommission (S. XXV.) darauf aufmerksam, dass die an amerikanischen und russischen Papieren in der Zeit von 1860—1892 gemachten Gewinne sich auf etwa 1 Milliarde Mark belaufen.

Es muss zugegeben werden, dass das deutsche Publikum an ausländischen Anleihen, deren Periode im Jahre 1885 durch die Auflegung einer kleinen portugiesischen Anleihe eröffnet wurde,[54]) empfindliche Verluste erlitten hat. Dies ist jedoch in der Hauptsache darauf zurückzuführen, dass, worauf Riesser mit Recht hinweist, als wir in der Mitte der 80er Jahre den Wettbewerb in dieser Richtung mit anderen Nationen aufnahmen, einer sorgfältigen Auswahl der zu emittierenden Werte sehr enge Grenzen gezogen waren und «wir im wesentlichen nur diejenigen ausländischen Anleihen erhielten, welche die anderen Staaten mit ihren alten internationalen Beziehungen uns übrig liessen oder wenigstens nicht sehr ernstlich streitig machten».[55])

Auch ist die Uneinigkeit und Eifersucht unter den europäischen Geldmächten mit ein Grund gewesen, dass des öftern die deutschen Gläubigerinteressen keine nachdrücklichere Vertretung fanden.

Andererseits dürfte zu sagen sein, dass die an ausländischen Werten erlittenen Verluste — und dies dürfte wohl auch auf die Gewinne zutreffen — im allgemeinen wohl viel zu hoch gegriffen sind, indem man derartigen Berechnungen meist die Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Kurse zu Grunde legte. Denn es kann nicht gut angenommen werden, dass, worauf auch Ad. Weber[56]) verweist, die Inhaber ausländischer Effekten dieselben gerade zum höchsten Kurse erworben und zum niedrigsten wieder veräussert haben; auch

---

[54]) Paul Dehn, Weltwirtschaftliche Neubildungen, Berlin 1904, S. 51.
[55]) Op. cit. S. 293.
[56]) Depositen- und Spekulationsbanken, S. 134. Anm. 3.

haben wieder infolge des meist bei diesen Werten bald nach der Emission sich ergebenden höheren Kursstandes Verkäufe stattgefunden, woran also auch wieder verdient wurde. Dass sich übrigens die Verhältnisse auf dem ausländischen Anleihemarkt durchgehends geändert haben, das beweist eine Aufstellung der an der Berliner Börse gehandelten Werte, wonach seit einer langen Reihe von Jahren kein an dieser Börse eingeführtes ausländisches Papier notleidend geworden ist.

Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass auch an inländischen Finanztransaktionen schon recht erhebliche Verluste erlitten wurden, dies also durchaus nicht als eine Eigentümlichkeit nur des im Auslande arbeitenden Geldkapitals erscheint.

Auf den weiteren Einwand, dass durch die ausländischen Kapitalanlagen gewisse Industriezweige fremder Volkswirtschaften entwicklungs- und konkurrenzfähig gemacht würden, wodurch die heimische Industrie in ihren Exportmöglichkeiten beschränkt wird, ist im wesentlichen zu erwidern, dass die in den meisten fremden Ländern einsetzende Industrialisierung künstlich doch nicht hintangehalten werden kann, und dass, wenn sich nicht deutsches Kapital für diese Zwecke bereit findet, sich eben fremdes an seine Stelle setzen wird; zum andern sind die Vorteile der Befruchtung ausländischer Volkswirtschaften durch deutsches Kapital, wodurch die Handels- und Verkehrsbeziehungen der betr. Länder neuen Anreiz erhalten, für die gesamte inländische Industrieentwicklung so klar zutage tretend, dass dagegen der gelegentliche Schaden, der einem einzelnen Industriezweig zugefügt werden könnte, ernstlich wohl nicht in Frage kommen dürfte. Dass aber manche Industrien gerade durch die Errichtung fremder Niederlassungen günstig beeinflusst wurden, zeigt das Beispiel der elektrotechnischen Industrie, deren Aufschwung während der letzten 15 Jahre ohne das Auslandsgeschäft ganz unmöglich gewesen wäre. Selbst wenn jedoch in den betr. Ländern eine eigene Industrie durch die Unterstützung deutschen Kapitals entwickelt würde, so wäre das durchaus kein Nachteil für die heimische Volkswirtschaft, da dadurch die inländischen Industrien, die gegenüber den jüngeren ausländischen Industriezweigen einen beträchtlichen Vorsprung besitzen, gezwungen wären, nur wertvolle Industrieerzeugnisse auszuführen und auf diese Weise die Forderung des mit der voranschreitenden Industrialisierung auch der zurückgebliebeneren Volkswirtschaften für die deutsche Industrieentwicklung unerlässlichen Überganges zur

Qualitätsindustrie ihrer Verwirklichung entgegengeführt würde. Je mehr Arbeit in den Exportartikeln zur Ausfuhr kommt, desto vorteilhafter ist es für die deutsche Volkswirtschaft.

Die Besorgnis, dass durch den Kapitalexport die Industrieentwicklung in den fremden Ländern, denen deutsches Kapital zufliesst, gefördert würde, hat eigentlich als Untergrund die Annahme zur Voraussetzung, dass die hochentwickelten Industriestaaten für den deutschen Export nicht sehr viel zu bedeuten hätten und unsere industrielle Ausfuhr nach diesen Ländern nur eine verhältnismässig geringe sei. Demgegenüber darf auf die Erscheinung verwiesen werden, dass der deutsche Aussenhandel mit den europäischen Ländern, die doch im allgemeinen sich inmitten voranschreitender Industrialisierung befinden, sich im Durchschnitt des Jahrfünfts 1899—1903 von 3466 Millionen Mark auf 4495 Millionen für den Zeitraum der Jahre 1904—1908 gesteigert hat; davon entfällt auf die Nachbarländer Russland, Österreich und die Schweiz die unverhältnismässig stark gesteigerte Zunahme der Ausfuhr von 654 Millionen auf 1444 Millionen Mark. Nach den übrigen Ländern (mit Ausnahme der englischen Kolonien) stieg in den gleichen Zeiträumen die Ausfuhr Deutschlands von 862 auf 1298 Millionen, welche Zunahme hauptsächlich auf Rechnung unseres gesteigerten Handels mit Nordamerika zu setzen ist und worin zum Ausdruck kommt, dass der deutsche Handel insbesondere mit Ländern mit starker industrieller Entwicklung in erheblicher Zunahme begriffen ist.[57])

Es soll jedoch nicht geleugnet werden, dass der Kapitalexport in einigen seiner Formen, vor allem bezüglich der im Auslande errichteten Fabrikationsunternehmungen, mancherlei Gefahren für die heimische Industrieentwicklung in sich bergen kann; so schreibt z. B. der Ingenieur Fr. Fasolt,[58]) nachdem er die volkswirtschaftliche Bedeutung der im Auslande errichteten elektrotechnischen Unternehmungen als einer Gelegenheit zu umfangreichen ausländischen Kapitalanlagen und als eines Mittels der Vergrösserung des wirtschaftlichen Einflusses in diesen Ländern und der günstigen Rückwirkung auf den deutschen Export im allgemeinen erwähnt hat: «Zweifelhaft ist dagegen der volkswirtschaftliche Nutzen der im Auslande er-

[57]) Geoffroy Durham im Novemberheft 1910 der „Contemporary Review."

[58]) Die sieben grössten deutschen Elektrizitätsgesellschaften, Dresden 1904, S. 179.

richteten Fabrikationsstätten. Die Rücksicht auf ihre Rentabilität bringt es mit sich, dass sie für hohe Zollschranken des Auslandes agitieren und dadurch die Interessen derjenigen deutschen Fabriken, welche dorthin exportieren, schwer schädigen. Ferner beachte man, dass diese Auslandsfabriken nach Möglichkeit einheimische Arbeiter beschäftigen, sie mit der deutschen Technik vertraut machen und dadurch dem Auslande die Hauptvorbedingung für eine spätere Konkurrenz selbst an die Hand geben.»

Ebenso kam es in früheren Jahren nicht selten vor, dass die mit dem Kapital hinausziehenden Kapitalisten und Industriellen der Heimat entfremdet wurden und sich oft in dem fremden Staatsgebiete dauernd niederliessen und so eine Entnationalisierung des Kapitals herbeiführten. Diese Gefahr ist jedoch bei der heutigen politischen und wirtschaftlichen Machtstellung des deutschen Reiches und dem immer mehr erstarkenden deutschen Nationalgefühl wohl nicht mehr sonderlich in Rechnung zu ziehen, und dies um so weniger, auf je tieferer Kulturstufe die betreffende Nation steht und je mehr es gelingen dürfte, die wirtschaftliche Machtstellung Deutschlands in fremden Ländern auch zur politischen auszugestalten.

Schwerwiegendere Bedenken resultieren jedoch daraus, dass die durch den Kapitalexport verbreiterte Basis der deutschen Volkswirtschaft durch die grösseren Gefahren, die den Kapitalanlagen im Auslande drohen, eine gewisse Unsicherheit erhält, indem dadurch die gedeihliche Entwicklung der heimischen Volkswirtschaft von der Entwicklung fremder Wirtschaftsgebiete, der Zahlungsfähigkeit und oft auch Zahlungswilligkeit ihrer Bewohner bis zu einem gewissen Grade abhängig gemacht wird, und ich stehe daher nicht an, diesen Gesichtspunkt als denjenigen zu bezeichnen, der bei der volkswirtschaftlichen Beurteilung der auswärtigen Kapitalanlagen in erster Linie in Frage kommt. Es ist vor allem in neuester Zeit zu beobachten, dass sich manche ausländischen Industrieunternehmungen in ganz kurzer Zeit zu einem gewaltigen Umfang entwickelt haben, was in Anbetracht des verhältnismässig oft sehr geringen Operationsfeldes, wodurch eine geeignete Risikoverteilung oft unmöglich gemacht wird, nicht ohne schwere Bedenken ist. Ich erinnere hier z. B. an die «Deutsch-Überseeische Elektrizitätsgesellschaft», die sich innerhalb eines Jahrzehnts zu einem industriellen Grossunternehmen allerersten Ranges ausgewachsen hat, die jedoch an dem einen Platz

Buenos-Ayres solche Kapitalmengen in Unternehmungen akkumulierte, dass ein wirtschaftlicher Rückschlag oder der Ausbruch der in solchen Ländern «so beliebten» politischen Wirren die schwersten Kapitaleinbussen im Gefolge haben müsste. Solange eben diejenigen Länder, in denen das deutsche Kapital sich mit Vorliebe, weil am aussichtsreichsten, betätigt, in ihrer wirtschaftlichen und politischen Organisation noch nicht jene Festigung der Verhältnisse zeigen, wie sie den alten europäischen Kulturländern im allgemeinen zukommt, solange wird eben auch jede wirtschaftliche Betätigung in solchen Gebieten etwas Unsicheres und Riskantes an sich haben.

Aber das ist es gerade wiederum, was die Gelegenheit zu einer Betätigung deutschen Kapitals verschafft. Denn je mehr sich diese Länder in ihrer wirtschaftlichen und politischen Struktur den alten Kulturstaaten nähern, je mehr sich also ihre Verhältnisse konsolidieren werden, desto mehr werden auch die Anlagemöglichkeiten für das deutsche Kapital schwinden, da dann die heimische Unternehmerschaft genügend erstarkt sein wird, den von den fremden bisher eingenommenen Platz nun ihrerseits auszufüllen. Dies zeigt sich auch ganz besonders in der Elektrizitäts-Industrie, deren Ära der ausländischen Unternehmergeschäfte zwar noch nicht abgeschlossen ist, deren Betätigung im Auslande sich aber jetzt schon so beträchtliche Hindernisse entgegenstellen, sodass jedes neue Unternehmergeschäft sich zu einem Objekt erbittertsten Konkurrenzkampfes gestaltet.

Wenn so einerseits vor einer übertriebenen Ausdehnung ausländischer Kapitalanlagen gewarnt werden muss, so erhebt auf der anderen Seite das «Carpe diem» seine mahnende Stimme: Noch ist es Zeit, die Gelegenheit, die immer seltener werden wird, zu nützen und sich all die Vorteile zu sichern, die daraus für die heimische Wirtschaft resultieren! Und in der Tat kann gesagt werden, dass die gefährlichsten Zeiten für das deutsche Auslandsgeschäft, vor allem für das ausländische Unternehmergeschäft, vorüber sind. Mit jedem neuen Jahr werden neue Länder in den Kreis der Weltwirtschaft einbezogen, die alle ein Interesse daran haben müssen, sich einen guten Ruf zu sichern und ihre Kreditfähigkeit zu wahren und zu festigen, alles Umstände, die das Auslandsgeschäft nur günstig beeinflussen können. Auch dürfte zu hoffen sein, dass mit der weiteren Ausgestaltung des internationalen Privat- und Verkehrsrechtes, etwa durch Bildung eines internationalen

Schiedsgerichtes für private Streitigkeiten, wie es schon des öftern in Vorschlag gebracht wurde, sich manche, schon oftmals unliebsam in Erscheinung getretenen nachteiligen Wirkungen der Kapitalienausfuhr beseitigen lassen werden.

Im allgemeinen wird jedoch zu fordern sein, dass das Schwergewicht der gesamten ökonomischen Entwicklung in der heimischen Volkswirtschaft zu ruhen habe, als dem Mutterschoss all der Kräfte, aus denen sich neue volkswirtschaftliche Möglichkeiten ergeben.

Haben wir somit die hauptsächlichsten Einwände gegen den Exportkapitalismus dargelegt und dieselben auf ihre Berechtigung einer Kritik unterzogen, so ergibt sich nun die weitere Aufgabe, auch noch auf einige speziellere Ansichten in bezug auf dieses Problem des näheren einzugehen.

Pohle glaubt den Kapitalexport und in dessen Zusammenhang auch den Export-Industrialismus aus dem Grunde ablehnen zu müssen, weil sich die gegenwärtigen ökonomischen Verhältnisse Deutschlands auch wieder einmal ändern könnten und «der internationale Warenaustausch nach der Formel: Fabrikate gegen Bodenprodukte, später bis auf geringe Reste wieder verschwinden und einem Zustand Platz machen wird, bei dem dauernd nur Bodenprodukte gegen Bodenprodukte und Fabrikate gegen Fabrikate getauscht werden», obgleich auch Pohle nicht glaubt, «dass die künftige Entwicklung von der Tendenz zur Abschliessung der einzelnen Volkswirtschaften gegeneinander beherrscht sein und dass jedes grössere Wirtschaftsgebiet zukünftig sich wirtschaftlich möglichst selbst zu genügen suchen wird»; vielmehr ist auch er der Meinung, «dass die Verflechtung der einzelnen Nationen in die Weltwirtschaft im Laufe der Zeit immer inniger werden und die internationale Arbeitsteilung demgemäss beständig zunehmen wird».[59])

Abgesehen davon, dass in diesen Auslassungen ein innerer Widerspruch zu liegen scheint, dürfte denn doch nicht gut gefolgert werden können, dass, da der gegenwärtige Wirtschaftszustand nicht von ewiger Dauer sein wird, es nicht als opportun erscheint, sich auf die bestehenden Verhältnisse einzurichten und den Forderungen der gegenwärtigen Wirtschaftsperiode zu genügen suchen.

Ebenso beurteilt Karl Oldenberg den Kapitalexport im ganzen ungünstig; er nennt denselben einen «furchtbaren Aderlass für die Kaufkraft des inneren Marktes», da mit dem Geld-

[59]) Deutschland am Scheidewege, aus dem Vorwort.

kapital ebensoviel Kaufkraft aus dem Lande wandere; er hält die Gefahren im Anfange der Kapitalienausfuhr für am grössten, da später allmählich der Rückstrom von Zinsen und Rückzahlungen ins Land anschwelle und schliesslich den laufenden Kapitalverlust kompensiere und den inneren Markt verstärke. «Die werdenden Kapitalexportstaaten», so fährt er weiter, «müssen also durch ein krisengefährliches Fegefeuer von einigen Jahrzehnten hindurchgehen, bis sie zu einer leidlich sicheren Zahlungsbilanz kommen, und auch dann kann ein gelegentlich grösserer Kapitalexport die Zahlungsbilanz umstossen und über den inneren Markt Depression oder Krise verhängen.»[60])

Ich pflichte Liefmann[61]) bei, wenn er demgegenüber darauf hinweist, dass von einem «Anfang» des Exportkapitalismus nicht gut gesprochen werden könne, da sich derselbe doch ganz allmählich aus kleinen Anfängen zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt hat, man daher auch nicht sagen könne, dass derselbe «im Anfange», d. h. als er noch in geringerem Umfange erfolgte, gefährlicher gewesen sei. Was die nachteiligen Wirkungen des Kapitalexports auf die Kaufkraft des inneren Marktes anlangt, so ist zu beachten, dass die im Auslande Anlage suchenden Kapitalien sich in der Hauptsache doch nur von Bank zu Bank bewegen, in die allgemeine Zirkulation daher gar nicht eingehen, also auch die Kaufkraft des inneren Marktes nicht vermindern können. Es wurde schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass es sich hier um zwei völlig verschiedene Märkte handelt, die nicht miteinander in Konkurrenz treten. Im übrigen dient jede Ausfuhr, in welcher Form sie auch auftreten möge, sei es Industrieprodukte- oder Kapitalien-Ausfuhr, dadurch dass sie Arbeit ins Land bringt, dem «Schutze der nationalen Arbeit», der als die beste Vorbedingung zur Kräftigung des inneren Marktes anzusehen ist.

In der letzten Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ist eine These debattiert und eine Resolution angenommen worden, worin zum Ausdruck gebracht wurde, dass für die deutsche nationale Wirtschaft die Ausdehnung und Kräftigung des inneren Marktes für Industrie und Landwirtschaft gleicherweise eine weit höhere Bedeutung habe und ein festeres Fundament deutschen Wohlstandes bilde, als die Förderung der Handelsbeziehungen zum Ausland.

[60]) Op. cit. S. 854.
[61]) Op. cit. S. 186.

«Es unterliegt keinem Zweifel,» so schreibt Dernburg, «dass in einem solchen Ausspruch ein gutes Teil Wahrheit steckt. Aber ebenso kann nicht bestritten werden, dass eine starke Ausdehnung dieses Standpunktes und eine daraus entstehende Tendenz, diese binnenwirtschaftlichen Beziehungen zu Lasten und zur Schädigung der Auslandsbeziehungen zu kräftigen, nicht nur die Stellung Deutschlands als industrielle Weltmacht im allgemeinen erschwert, sondern auch gewissen Zweigen nationaler industrieller Betätigung und dem darin angelegten Kapital grossen Schaden zufügen muss.»[62])

Besonderer Charakter des deutschen Kapitalexports.

Der deutsche Kapitalexport zeigt im wesentlichen ein ganz anderes Bild, als in den übrigen Kapitalexportstaaten, wie z. B. in Holland, England und Frankreich; in diesen Ländern bewegt sich die Kapitalienausfuhr in der Richtung der Entwicklung zum Rentnerstaat. «Die grossen Kapitalanlagen der beiden letzteren Staaten im Auslande», so schreibt Sartorius v. Waltershausen, «werden in dieser Beziehung als übertrieben gross verurteilt, sie gelten nicht mehr als der Ausdruck eines überschäumenden Unternehmungsgeistes und der wirtschaftlichen Expansionsbedürftigkeit, sondern der mangelnden Verwendbarkeit im Inlande. Sie erscheinen weit weniger als Unternehmungen der Inländer, denn als zinstragende Anleihen. Das Kapital hat seine Aktivität eingebüsst, es steht unter der Leitung der Fremden. Die soziale Beurteilung des Exportkapitalismus tritt jetzt in den Vordergrund, nachdem seine produktive Funktion mehr und mehr verloren gegangen ist.»[63])

Wie ganz anders dagegen in Deutschland! Hier zählt der Kapitalexport zu den unmittelbarsten Lebensinteressen der deutschen Nation, zu den immanenten Lebensbedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft. Beide Formen des deutschen Kapitalexports, das ausländische Unternehmer- wie das ausländische Anleihegeschäft, erfüllen hohe volkswirtschaftliche Aufgaben. Stellt das erstere die aktivere Betätigung im Auslandsgeschäft dar, indem es durch die Errichtung von Unternehmungen im Auslande unmittelbar den Boden der deutschen Volkswirtschaft verbreitert und dadurch nur als eine Fortsetzung deutschen Wirtschaftslebens über die Grenzen des Heimatlandes hinaus

[62]) Op. cit. S. 24 f.
[63]) Op. cit. S. 54.

anzusehen ist, so erscheint letzteres in seiner Eigenschaft als Subidium im deutschen Wirtschaftsorganismus mehr als die passive Form dieser Äusserung expansiven wirtschaftlichen Lebens; wirkt das Unternehmergeschäft mehr durch seine tatkräftige Initiative in der Bereitstellung neuer Anlagegelegenheiten, so das Anleihegeschäft mehr durch die Wucht seiner Kapitalmacht. Beide lösen jedoch in ihrem vereinten Zusammenwirken Kräfte und Spannungen aus, die ohne schwere Schädigung des Ganzen aus dem volkswirtschaftlichen Organismus nicht mehr ausgeschaltet werden können.

Der Kapitalexport ist ein nationales Problem und darf deswegen auch nur von nationalen Gesichtspunkten aus beurteilt werden. Alle kleinlichen Erwägungen müssen hinter der nationalen und weltpolitischen Bedeutung dieses Phänomens, das sich zu einem Hauptproblem der äusseren Wirtschaftspolitik herausgebildet hat, zurücktreten, und es ist daher der Forderung Schmollers zuzustimmen, dass Deutschland zur Aufrechterhaltung und Stärkung seiner Bedeutung als Nation und Wirtschaftsvolk sein auswärtiges Kapitalgeschäft nicht vernachlässigen darf, sondern vermehren muss.

Wirtschaftliche Notwendigkeit des deutschen Kapitalexports.

Betrachten wir zuerst die Notwendigkeit des deutschen Kapitalexports gemäss der gesamten neueren Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft.

Der Ausgangspunkt aller wirtschaftspolitischen Erwägungen, Ziele und Richtlinien innerhalb der neudeutschen Volkswirtschaft bildet das Bevölkerungsproblem; es ist der Angelpunkt, um den sich die zukünftige Ausgestaltung und Neuordnung unserer gesamten Wirtschaftspolitik dreht und in dem die wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten als ihrem Zentralpunkt verankert sind. Schmoller sagt darum mit Recht: «Die Kernfrage ist und bleibt die Bevölkerungszahl, ihr künftiges Wachstum, die Möglichkeit ihrer Ernährung und sonstigen Versorgung in der Weise, dass sie nicht eingeschränkt, sondern verbessert wird.»[64])

Während der letzten 25 Jahre ist die Bevölkerung Deutschlands von 45 auf 63 Millionen gestiegen, und es ist bei einem gleichbleibenden Verhältnis in der Bevölkerungszunahme mit

[64]) Handels- und Machtpolitik, Stuttgart 1900, S. 7.

ziemlicher Sicherheit mit der Tatsache zu rechnen, dass wir in 20 Jahren ein Volk von etwa 80 Millionen sein werden. Die wirtschaftliche Basis des deutschen Volkes ist heute schon sehr bescheidenen Umfangs und wird es in Zukunft immer noch mehr werden, sodass bei dem beschränkten Nahrungsspielraum hieraus der deutschen Volkswirtschaft recht schwerwiegende Probleme erwachsen, soll nicht, wie ehedem, ein grosser Teil der Bevölkerung mangels lohnender Beschäftigung zur Auswanderung gezwungen werden. Man hat den Verlust an Volksvermögen, der der deutschen Volkswirtschaft durch die 6—7 Millionen Auswanderer im 19. Jahrhundert erwachsen ist, auf etwa 6—8 Milliarden Mark veranschlagt; Schmoller hält diese Schätzung noch für sehr gering, nach ihm würde die grössere Auswanderung des 20. Jahrhunderts uns das Doppelte und Mehrfache kosten. Wenn man bedenkt, dass alle diese Menschen, die aus der grossen «Kinderstube» Deutschlands entlaufen sind, mit ihrer Arbeitskraft, ihrer Bildung, ihrer Lebens- und Schaffensenergie, wie mit ihrem Hab und Gut dem Vaterlande so gut wie verloren gegangen sind, so ergibt sich die gewaltige Bedeutung eines solchen Volksverlustes infolge unzureichender Erwerbs- und Existenzmöglichkeiten und deren Abhilfe durch geeignete wirtschaftspolitische Massnahmen.

Gleichzeitig mit diesem Wachstum der Bevölkerung ging eine Veränderung in dem gesamten Aufbau der deutschen Volkswirtschaft Hand in Hand. Während noch zu Anfang des 19. Jahrhunderts etwa drei Viertel der Gesamtbevölkerung Deutschlands in der Landwirtschaft tätig war, ist dieser Anteil heute auf etwa ein Drittel gesunken; über die Hälfte der gesamten Bevölkerung ist heute in Gewerbe, Handel und Industrie tätig, der Rest entfällt auf die häuslichen Dienste und die freien Berufe. Diese Verschiebung im Bevölkerungsaufbau der deutschen Volkswirtschaft lässt sich am besten an den Ergebnissen der Berufszählung der Jahre 1882, 1895 und 1907 veranschaulichen; danach entfielen auf die drei Berufsabteilungen der Landwirtschaft, Industrie(einschliesslich des Bergbaus und des Hüttenwesens) und Handel und Verkehr in Prozenten der Gesamtbevölkerung:

	1882	1895	1907
Landwirtschaft	42,51	35,74	28,65
Industrie	35,51	39,12	42,75
Handel und Verkehr	10,02	11,52	13,41

Es ergibt sich also eine beständige Abnahme in der Landwirtschaft und eine ebenso stetige Zunahme in Industrie, Handel und Verkehr. Die beiden letzteren Gruppen allein umfassen heute schon über die Hälfte der gesamten Bevölkerung.

Der deutschen Landwirtschaft ist es unter den gegenwärtig obwaltenden Verhältnissen, trotz grosser technischer Fortschritte nicht möglich, für die Versorgung der wachsenden Bevölkerung an Nahrungsmitteln und Arbeitsgelegenheit aufzukommen. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts brauchte Deutschland für Lebensmittel noch keinen Pfennig an das Ausland zu bezahlen, es erzielte vielmehr noch bedeutende Überschüsse, und selbst zu Anfang der 80er Jahre betrug die Mehreinfuhr an land- und forstwirtschaftlichen Produkten bei weitem noch nicht eine Milliarde.[65]) Dagegen hat in den letzten 25 Jahren sich die Nahrungsmitteleinfuhr von 1 Milliarde auf $2^1/_2$ Milliarden gesteigert; gleichzeitig ist der gesamte deutsche Aussenhandel von 6,3 auf 15,1 Milliarden gestiegen, davon entfallen auf den Export 6,6 Milliarden, auf den Import 8,5 Milliarden.[66]) Im Jahre 1887 war der deutsche Aussenhandel zum letztenmal um 23 Millionen aktiv; bereits 1888 überstieg die Einfuhr die Ausfuhr um 67 Millionen Mark und 1898 bereits um 1324 Millionen Mark; seitdem gestaltete sich der Warenverkehr (ohne Durchfuhr und Edelmetallverkehr) wie folgt (in Millionen Mark):[67])

Im Jahr	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuss
1898	4980,7	3756,6	1324,0
1899	5483,1	4207,0	1276,1
1900	5765,6	4611,4	1154,2
1901	5421,2	4431,4	989,8
1902	5631,0	4677,8	953,2
1903	6002,7	5014,6	988,1
1904	6354,3	5222,6	1131,7
1905	7128,9	5731,6	1397,3
1906	8021,9	6359,0	1662,9
1907	8744,0	6845,2	1898,8
1908	7664,0	6398,6	1265,4
1909	8520,1	6592,2	1927,9

[65]) Paul Voigt, Handels- und Machtpolitik, S. 170.
[66]) Arthur Dix, Conrads Jahrb. III. Folge, 40. Bd. S. 450.
[67]) Trescher, Mehr Ausfuhrpolitik, Essen 1911, S. 6.

Aus den vorstehenden Zahlen ergibt sich, dass seit 1903 mit Ausnahme des Krisenjahres 1908 der Einfuhrüberschuss um nicht viel weniger als 1 Milliarde Mark gewachsen ist und jetzt fast 2 Milliarden Mark beträgt. In den vier Jahren 1898—1901 blieben 4744,1 Millionen, 1902—1905 4470,3, 1906—1909 aber 6755,0 Millionen Mark in der Handelsbilanz unausgeglichen. Während 1909 die Ausfuhr nur um 3,3% zugenommen, steigerte sich die Einfuhr um 11,2%. Es ergibt sich also ein bedeutendes Übergewicht der Einfuhr über die Ausfuhr, das sich ausser der erhöhten Nahrungsmitteleinfuhr vor allem auch aus der erheblichen Steigerung der für die Zwecke der weiterverarbeitenden Industrie unentbehrlichen Einfuhr an Rohstoffen ergibt.

Diese Erscheinung ist zwar keine Eigentümlichkeit der deutschen Volkswirtschaft allein; dieselbe Erscheinung treffen wir auch in Grossbritannien, Frankreich, Österreich-Ungarn, Belgien; was zu Bedenken Anlass gibt, ist dagegen die ungünstige Entwicklung der Ausfuhr im Vergleich der Einfuhr und der durchaus keine internationale Bedeutung zukommt, wie sich aus einer Gegenüberstellung des Anfang- und Endjahres (1898 und 1909) bei den wichtigeren Staaten ergibt, die ich ebenfalls der lesenswerten Broschüre von Trescher entnommen habe:

Staaten	Einfuhr		Zunahme %	Ausfuhr		Zunahme %
	1898	1909		1898	1909	
Grossbritannien	8374,1	10880,5	29,9	4767,5	7714,9	61,8
Vergt. Staaten .	2466,0	5406,5	119,2	5083,2	6881,1	35,4
Frankreich .	3622,8	4778,1	31,9	2843,8	4409,3	55,0
Oestr. Ungarn .	1393,7	2363,9	69,6	1373,0	1966,4	43,2
Belgien . .	1635,8	2727,9	66,8	1429,6	2077,5	45,3
Deutschland .	4980,7	8520,1	71,1	3756,6	6592,2	75,5

Mit Ausnahme von den Vereinigten Staaten und Österreich, deren geringer Ausfuhrzuwachs im Vergleich zum Einfuhrzuwachs dem noch vorwiegend agrarischen Charakter dieser Länder geschuldet ist, zeigt nur Belgien eine ungünstige Entwicklung. Bei Deutschland ist zwar der Ausfuhrzuwachs etwas grösser als der Einfuhrzuwachs; «aber wie kümmerlich», so ruft Trescher aus, «nehmen sich diese 4,4% gegen die 23,1% Frankreichs und gar gegen die 31,9% Grossbritanniens aus!»

Dabei ist der Vergleich des Zeitraums 1898—1909 für Deutschland noch günstig; ein solcher zwischen 1904 und 1909 würde infolge der veränderten Zoll- und Handelspolitik noch schlechter ausfallen.

Es ist nun klar, dass wir die erhöhte Mehreinfuhr an Lebensmitteln und Fabrikaten nicht in bar bezahlen können. Zur Deckung dieses Imports diente bisher unsere Ausfuhr an Rohstoffen und Fabrikaten. Mit dem Wachstum der Industrie und der zunehmenden Bedeutung des inneren Marktes musste jedoch naturgemäss dieser Export beständig abnehmen, eine Entwicklung, die noch durch die verringerten Exportmöglichkeiten infolge der ausländischen Konkurrenz erheblich begünstigt wird. Der durch diese Mehreinfuhr entstehende gewaltige Passivposten der deutschen Zahlungsbilanz kann darum nur noch zum Teil durch unsere Ausfuhr an Rohstoffen und Fabrikaten gedeckt werden, sodass wir für den verbleibenden Saldo das Ausland in anderer Weise zu unserem Schuldner machen müssen; und dies geschieht vornehmlich durch die Erträgnisse aus dem Transport- und Zwischenhandelsgewerbe, durch die Erträgnisse ausländischer Unternehmungen, sowie durch die Zinsen und Rückzahlungen ausländischer Anleihen.

Zur Veranschaulichung des Ausgleichs des Passivsaldos unserer Zahlungsbilanz durch die Erträgnisse aus den ausländischen Kapitalanlagen macht Sartorius v. Waltershausen[68]) für das Jahr 1905, in welchem die gesamten Auslandsanlagen auf 26 Milliarden Mark (16 Milliarden in ausländischen Effekten und 10 Milliarden in ausländischen Unternehmungen) berechnet wurden, folgende Rechnung auf:

10 Milliarden	à 6 %	=	600 Millionen	M.
16 „	à 4 %	=	640 „	„
26 Milliarden		=	1240 Millionen	M.

Da der Überschuss unserer Einfuhr über die Ausfuhr im Mittel der Jahre 1900—1905 1221,5 Millionen Mark betrug, so brauchte also zu diesem Zeitpunkt nicht einmal auf die 350 Millionen Mark Einnahmen aus dem Transportgewerbe zurückgegriffen werden.

Da neuere Schätzungen unserer ausländischen Kapitalanlagen über das Jahr 1905 nicht hinausliegen, so ist es leider nicht

[68]) Op. cit. S. 104.

möglich, diese interessante Berechnung auf die neuesten Verhältnisse anzuwenden.

Da jedoch der in der Hauptsache durch die Kapitalienausfuhr zu deckende Passivsaldo unserer Handelsbilanz infolge der gegenwärtigen Verhältnisse des deutschen Wirtschaftslebens die Tendenz zur stetigen Vergrösserung zeigt, so dürfte auch ein Kapitalexport, dessen Erträgnisse den zu deckenden Saldo überschreiten, gerechtfertigt erscheinen, da die Möglichkeit des Rückganges der heimischen Ausfuhr bei gleichbleibender oder vermehrter ausländischer Einfuhr in Rechnung gezogen werden muss. «Und andererseits könnte,» so schreibt Riesser,[69]) «wenn wir das Ausland nicht in wachsendem Umfange uns tributpflichtig machten, für dieses, zumal bei steigendem inneren Bedarf des Auslandes, die gerade durch diese Tributpflicht geschaffene Notwendigkeit wegfallen, Nahrungsmittel und Rohstoffe bei uns einzuführen.»

Durch den Kapitalexport lassen wir fremde Länder für uns arbeiten und sichern uns die Produkte ihrer Volkswirtschaften: Nahrungsmittel für den steigernden Bevölkerungszuwachs und Rohstoffe für die Zwecke der weiterverarbeitenden Industrie; auch wird durch diese Kapitalienausfuhr, indem sie den verschiedensten Industriezweigen lohnende Beschäftigung im Inlande wie im Auslande verschafft, auf das Endziel aller wirtschaftspolitischen Massnahmen: Arbeit ins Land zu schaffen, wirksam hingearbeitet. Diese künstlich geschaffene Vergrösserung der Basis unserer Volkswirtschaft hilft es ermöglichen, einem jährlichen Volkswachstum von rund 900 000 Köpfen Nahrung, Kleidung, Unterkunft und lohnende Beschäftigung zu verschaffen und ihm jene Behaglichkeit und Zufriedenheit zu bereiten, Faktoren, die jener verwüstenden «Reichsverdrossenheit» am wirksamsten zu begegnen in der Lage sein werden.

Politische Notwendigkeit des deutschen Kapitalexportes.

Welche Aufgaben sind nun dem deutschen Kapitalexport in politischer Beziehung zugewiesen? Als das hervorstechendste Merkmal der gesamten ökonomischen Entwicklung unserer Zeit erscheint neben der Tatsache der Ausbildung einer wirklichen Weltwirtschaft mit all den vielverzweigten Abhängigkeitsverhältnissen in bezug auf die einzelnen Volkswirt-

[69]) Op. cit. S. 3 98.

schaften die vorgeschrittene Industrialisierung fast aller Kulturnationen. Hierfür nur ein Beispiel. Otto Corbach schreibt im «Tag»[70]): «Mit überraschender Schnelligkeit entwickelt sich die nordamerikanische Union seit Jahren aus einem vorwiegend Bodenprodukte zu einem vorwiegend Industrieerzeugnisse ausführenden Lande. In dem Jahrzehnt 1900 bis 1910 stieg der Wert der amerikanischen Ausfuhr von 478 Millionen Dollars auf 1840 Millionen, und während in diesem Zeitraum die Einfuhr von Nahrungsmitteln um 50 v. H. zunahm, sank die Ausfuhr um 35 v. H. Die Einfuhr von Rohmaterialien hat sich seit 1900 mehr als verdoppelt; sie wuchs von 265 Millionen Dollars auf 540 Millionen. Das gleiche gilt für die Einfuhr von Halbfabrikaten; sie betrug 1900 118 Millionen Dollars, 1910 275 Millionen.»

Die hierdurch gezeitigten Konkurrenzkämpfe nehmen dadurch, dass die meisten grösseren Wirtschaftsvölker auf die Notwendigkeit einer industriellen Ausfuhr angewiesen sind, eine Schärfe an, wie sie frühere Zeiten nicht gekannt hatten. «Wie das 16. und 17. Jahrhundert mit religiösen Kämpfen ausgefüllt waren, wie im 18. die liberalen Ideen zum Durchbruch kamen, wie das gegenwärtige Jahrhundert durch die Nationalitätenfrage charakterisiert erscheint, so sagt sich das 20. Jahrhundert für Europa als ein Jahrhundert des Ringens ums Dasein auf handelspolitischem Gebiete an.»

Mit diesen Worten hat nun schon vor mehr als einem Jahrzehnt der österreichische Staatsmann Graf Goluchowski die gegenwärtige Lage treffend gekennzeichnet.

Die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Ausdehnung Deutschlands mit seiner so rapide anwachsenden Bevölkerung wird heutigen Tages wohl von keinem ernsthaften Wirtschaftspolitiker mehr bestritten werden; es erhebt sich nur die Frage: Wie sichert sich die deutsche Volkswirtschaft den so notwendigen Absatz seiner Industrieprodukte, und wie ist die Kapitalienausfuhr in der Unterstützung dieser Bestrebungen zu gestalten, um diesen Zweck möglichst vollkommen zu erreichen?

Es wurde von einem Mitgliede der Bankenquete-Kommission, dem früheren Direktor der Deutschen Bank Roland-Lücke, darauf hingewiesen, dass diejenige Zahl der zur Ausfuhr gelangenden Artikel, die fremde Länder lediglich deshalb aus

[70]) v. 27. Januar 1911.

Deutschland beziehen, weil sie daselbst am besten fabriziert werden, keine sehr grosse sei. Es ergebe sich daher für die deutsche Volkswirtschaft die Notwendigkeit, so wie es England schon immer gemacht habe und auch heute noch tue, sich im Verhältnis zu ihren natürlichen Kräften auch finanziell zu bemühen, um den erlangten Einfluss auf fremden Märkten zu erhalten und zu kräftigen, wie auch neuen hinzuzuerwerben suchen. Das beste Mittel aber, um sich durch finanziellen Einfluss wirtschaftliche Vorteile zu sichern, sei der Besitz ausländischer Staats- und Industriepapiere. «Denn sonst», so schloss der Redner, «ist die Welt schnell wirtschaftlich zu unseren Ungunsten verteilt und wir sitzen mit unserer grossen Notwendigkeit, für den Export zu arbeiten, draussen.»[71])

Das übermächtige Anschwellen der wirtschaftlichen Interessen und die immer schwieriger werdende Lage der Wirtschaftsnationen im internationalen Konkurrenzkampfe auf dem Weltmarkte bringen es mit sich, dass sich heutigen Tages Fragen der wirtschaftlichen Existenz zu politischen Fragen gestalten und die Politik eines Landes massgebend zu beeinflussen vermögen. Aus dieser innigen Verquickung von Wirtschaft und Politik entspringt die enorme Bedeutung, die heute den ausländischen Kapitalanlagen in politischer Hinsicht zukommt. Man hat oft der deutschen Politik zum Vorwurf gemacht, dass sie nicht nachdrücklich genug die deutschen Kapitalinteressen im Auslande zu unterstützen verstehe und dabei auf England verwiesen als das Land, in dem die Regierung die privaten Kapitale stets geschickt zu dirigieren verstanden habe, um so, nachdem das betr. Land in wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit geraten war, daraus in politischer Hinsicht Nutzen zu ziehen.

Mögen derartige Vorwürfe, die hie und da gegen die deutsche Diplomatie laut wurden, ja in dem einen oder andern Fall als gerechtfertigt erscheinen, so ist aber doch anzuerkennen, dass der gouvernementale Einfluss auf die Anleihegeschäfte unserer grossen Bankinstitute, ja auch bei grösseren Unternehmergeschäften, schon mehrfach fühlbar in die Erscheinung getreten ist; es sei hier nur auf die Einwirkung der deutschen Regierung auf das deutsche Bankkapital hinsichtlich der Übernahme österreichisicher, italienischer Anleihen und solcher der meisten Balkanstaaten, wie auch bezüglich der

---

[71]) Stenogr. Berichte der Bankenquete-Kommission, S. 80.

Unternehmerschaft in der rumänischen Petroleumindustrie und im türkischen Bahnbau, verwiesen. Und gerade in der allerjüngsten Zeit dürfte sich im Verfolg zweier wichtiger Anleiheverhandlungen die Meinung befestigt haben, dass die deutsche Diplomatie sich ihrer Aufgabe bewusst ist und in einem innigen Zusammenarbeiten von Politik und Bankmacht den zurzeit ausschlaggebendsten Faktor in der Verwirklichung wirtschaftspolitischer Ziele erkannt hat.

Es ist noch nicht lange her, seitdem nach dem Scheitern der ungarischen Anleiheverhandlungen am französischen Kapitalmarkte die vereinigte deutsch-österreichische Bankwelt ihre Geneigtheit zu erkennen gegeben hat, in diesem Frühjahre die Anleihe zu übernehmen, die das Königreich Ungarn aufnimmt. Für das Scheitern der ungarischen Verhandlungen in Frankreich war die geringe Geneigtheit massgebend, die daselbst für die Übernahme der Anleihe bestand und die in dem verhältnismässig sehr niedrigen Kurse zum Ausdruck kam, zu welchem das französische Kapital die Anleihe zu übernehmen bereit gewesen wäre.

Der Ablenkung des ungarischen Kreditbedürfnisses von dem französischen auf den deutsch-österreichischen Markt ist nun rasch eine zweite Aktion gefolgt, die sich ganz in ähnlicher Richtung bewegt. Die türkischen Anleiheverhandlungen sind noch frisch in aller Gedächtnis, sodass eine nähere Darstellung ihres Verlaufes sich hier erübrigen dürfte. Auch bei dieser neuesten Finanz-Transaktion zeigt sich die Abkehrung von dem französischen Markte und die Unterbringung der Anleihe in dem politisch näher gerückten Staat. Die ganze Entwicklung vollzieht sich bei Ungarn wie bei der Türkei im Rahmen der Verhältnisse, die durch die gegenwärtige politische Lage in Europa bedingt sind. Deutschland und Österreich werden die Anleihen zu realisieren haben, welche die ihnen wirtschaftlich und politisch nahestehenden Staaten aufnehmen.

Diese Entwicklung findet ohne Zweifel ihre Begründung darin, dass, wie in dem vorliegenden Fall, die hervorragenden Kapitalinteressen der deutschen Volkswirtschaft in der Türkei es ausgeschlossen erscheinen lassen, dass das deutsche Kapital sich einem Staate versagt, mit dessen wirtschaftlicher Entwicklung es auf das engste seit vielen Jahren verknüpft ist. Die grossen deutschen Kapitalanlagen in der Türkei, wie z. B. das riesige Objekt der Anatolischen- und der Bagdadbahn, verlangen die Unterstützung der türkischen Wirtschaft, ganz ab-

gesehen von den vielfältigen anderen Wirtschaftsbeziehungen, die zwischen der Türkei und Deutschland bestehen.

Es ist schon des öftern und auch neuestens wieder darauf hingewiesen worden, dass in der Zahl der ausländischen, in Deutschland Unterkunft suchenden Anleihen, diejenigen Emissionen, denen ein politischer Charakter zukommt, einer besonderen Wertung bedürfen. Die deutschen Kapitalverhältnisse sind auch in wirtschaftlich ruhigen Zeiten keineswegs als durchaus befriedigende zu bezeichnen. Diese Verhältnisse des heimischen Geldmarktes sind in der Spannung zwischen dem Kapitalbedarf und dem vorhandenen Kapital begründet, in dem Umstande, dass bei der vorwärtsdrängenden wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands die Kapitalansammlung durch die Erwerbstätigkeit des deutschen Volkes nicht rasch genug voranschreitet. Unter diesen Umständen ist es ohne Zweifel eine Frage von hervorragend wirtschaftlicher Bedeutung, wie sich der deutsche Kapitalmarkt im besonderen und das deutsche Wirtschaftsleben im allgemeinen zu den Anleihebedürfnissen der ausländischen Staaten stellt.

Ich möchte hier, ohne nochmals in eine Kritik darüber einzugehen, auf die Äusserungen hinweisen, die Staatssekretär Delbrück anlässlich der Beantwortung der bekannten konservativen Interpellation im Reichstage getan hat; nachdem er auf die Wichtigkeit ausländischer Kapitalanlagen als einer Gelegenheit zur vorteilhaften Unterbringung deutschen Kapitals hingewiesen und ihrer Bedeutung für die sogenannte finanzielle Kriegsbereitschaft, für die aktivere Gestaltung unserer Zahlungsbilanz und für die Interessen unseres Exports Erwähnung getan hatte, fuhr er folgendermassen fort: «Dazu kommt weiter, dass wesentliche politische Rücksichten auf verbündete oder befreundete Staaten, Rücksichten auf unsere politische Wertgeltung überhaupt, die Anlage deutschen Kapitals im Auslande notwendig machen können, und zwar auch unter Verhältnissen, wo wirtschaftliche Gründe dafür nicht ausreichend sind. Es ergibt sich aber auch klar, dass das Hineinnehmen ausländischer Werte dem öffentlichen Interesse unzuträglich sein kann, wenn der Bedarf unserer Industrie, unseres Reiches, der Staaten und Kommunen so gross ist, dass wir von unseren Ersparnissen nichts ins Ausland geben können, ohne die heimischen Interessen zu schädigen. Unter solchen Voraussetzungen muss der Ausfuhr von Kapital entgegengetreten werden. Das ist der Fall im Interesse des Kurses unserer Reichs- und Staatspapiere.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass eine Schwächung unseres Marktes die Aufnahmefähigkeit für Reichs- und Staatsanleihen beschränkt. In solchen Fällen, wo man der Ausfuhr des heimischen Kapitals Schranken auferlegen muss, können die ausländischen Papiere ausscheiden, die weder wirtschaftliche noch politische Vorteile haben.»

Ohne Zweifel ist die Vermittelung industrieller Aufträge einer der wesentlichsten Zwecke ausländischer Anleihen. Während früher bei der Unterbingung fremder Anleihen die gleichzeitige Verpflichtung des Schuldnerstaates zu einer die inländische Industrie möglichst befruchtenden Verwendung der aufgebrachten Summen, soweit dies mit dem speziellen Zweck einer Anleihe vereinbart werden kann, eine sehr geringe Rolle spielte und z. B. Paul Dehn[72]) mit Entrüstung auf den unwürdigen Zustand früherer Jahre hinweist, in denen es möglich war, dass durch in Deutschland aufgebrachte Kapitalien französische Unternehmer mit französischen Hilfskräften und französischem Material in Serbien Bahnen bauten, so ist das seither doch wesentlich anders geworden. Die Denkschrift der Diskonto-Gesellschaft[73]) hebt darum auch mit Recht hervor, dass «gerade die Übernahme fremder Anleihen und ihre Einführung am deutschen Markte durch die Banken der Entwicklung der deutschen Industrie ausserordentlich förderlich gewesen ist.» So sind durch die mit deutschem Kapital finanzierten Eisenbahnen in Russland, Österreich-Ungarn, Rumänien und anderen Ländern, sowie durch die türkischen und ostasiatischen Bahnbauten, wie auch durch die Venezuela-Eisenbahn der deutschen Industrie lohnende und umfangreiche Aufträge zugeflossen. Auch aus der Übernahme sonstiger Staatsanleihen — ich erinnere hier an eine in neuerer Zeit erfolgte chilenische Anleihe, deren Erlös im Betrage von 15 Millionen Mark fast ganz für die Bezahlung von Kriegsmaterial im Lande verblieb — hat die deutsche Volkswirtschaft mannigfachen Nutzen gezogen.

Wie die Verhältnisse auf dem Industriemarkte der Welt heute nun einmal liegen, ist es selten mehr möglich, ohne die vorherige Finanzierung der zu erlangenden Bestellung irgend einen grösseren und gewinnbringenden Auftrag zugewiesen zu erhalten; diese Erscheinung zeigt sich im kleinen wie im grossen. Damit soll zwar nicht gesagt sein, dass die grössere

---

[72]) Op. cit. S. 51.
[73]) Op. cit. S. 45.

Finanzkraft auch stets Sieger sein wird; auf diese elementarbrutale Formel lässt sich denn doch nicht das Fazit des wirtschaftlichen Ringens und Kämpfens bringen. Dass aber die grössere finanzielle Potenz dem Gegner in sehr vielen Fällen ein Übergewicht über den weniger potenten zu verleihen mag, dürfte wohl nicht bestritten werden. Das Erstrebenswerte wird daher jene Kombination von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und finanzieller Macht darstellen, die in unserem hochentwickelten kapitalistischen Zeitalter nur allein noch Aussicht auf Erfolg zu bieten vermag.

Schliesslich ist noch daran zu erinnern, welche nützlichen Dienste der deutschen Volkswirtschaft bezüglich der Erlangung guter Handelsverträge dadurch geleistet werden können, dass wir uns die betreffende Nation durch die Bereitstellung unseres Kapitalmarktes finanziell verpflichtet haben. Auf diesem Gebiete der äusseren Handelspolitik stehen der deutschen Volkswirtschaft noch schwierige Aufgaben bevor. «Nachdem Amerika, Frankreich, Portugal ihre Zölle erhöht haben, stehen wir unmittelbar vor der gleichen Tatsache in Schweden, Japan, Russland; auch Brasilien rüstet, und Belgiens bereits in Aussicht genommenen Erhöhungen sind durchaus nicht nur Gegenmassregeln gegen Frankreich. Kuba plant einen neuen Doppeltarif, ausgerechnet um die Einfuhr aus Deutschland zu treffen, in Norwegen werden offenbar auch schon wieder Zollerhöhungen erwogen, und in Holland ist die Sache trotz des ersten Scheiterns allem Anschein nach auch noch nicht recht geheuer. Peru hat seinen Zolltarif soeben erhöht, Uruguay, Kolumbien planen dasselbe, obwohl sie es nicht ganz eingestehen wollen. In diesen Ländern hat freilich die Massregel weniger zu bedeuten, da es sich im ganzen nur um Finanzzölle handelt; wichtiger dagegen ist schon wieder, dass auch Argentinien mit der Absicht einer Zollerhöhung umzugehen scheint.[74])

Sehr häufig wird die Frage des Kapitalexports mit der gegenwärtigen zollpolitischen Gesetzgebung in Verbindung gebracht, dergestalt, als ob die Zustimmung zu den Notwendigkeiten einer grösseren Kapitalienausfuhr mit der prinzipiellen Gegnerschaft zum gegenwärtig bestehenden Schutzzollsystem identisch wäre. Meines Erachtens haben diese beiden Fragen gar nichts miteinander zu tun, und wenn die Freunde einer wirtschaftlichen Expansion der deutschen Volkswirtschaft vor-

[74]) Trescher, op. cit. S. 42.

zugsweise im liberalen wirtschaftspolitischen Lager zu finden sind, so besagt dies weiter nichts, als dass eben für diese Entwicklung eine etwas freiheitlichere Gestaltung unseres gegenwärtigen Wirtschaftslebens, als einer der Lebensbedingungen jeglicher ökonomischen Ausbreitung angesehen wird. Die wirtschaftspolitischen Kämpfe der Gegenwart drehen sich nicht um die prinzipielle Entscheidung der Frage: Schutzzoll oder Freihandel? sondern sie betreffen lediglich die Frage des Masses.

Haben wir somit gesehen, welche Vorteile der Kapitalexport in der Form des Erwerbs guter ausländischer Effekten, wenn er planmässig im nationalen Sinne geleitet wird, im friedlichen Wettbewerbe der Völker zu bieten vermag, so ist nun noch des weitern zu betrachten, welche Dienste ein solcher Besitz der deutschen Nation in Kriegszeiten zu leisten imstande sein wird.

Der Ausbruch eines Krieges ist von den einschneidendsten Wirkungen auf das gesamte Wirtschaftsleben. «Der Krieg, welchen ein Volk zu führen hat, ist der Prüfstein seiner wirtschaftlichen Kraft, seiner Finanzverwaltung und seines Geldwesens.»[75]) Die Staaten bedürfen grösserer Geldmittel zur Kriegsrüstung, im Augenblick der Mobilmachung, während des Feldzuges und schliesslich nach Beendigung desselben zur Neuausrüstung von Heer und Flotte, eventuell zur Zahlung der auferlegten Kriegsentschädigung. Dieser ungemein starke Geldbedarf namentlich in den ersten Tagen nach Ausbruch eines Krieges wird noch dadurch erhöht, dass das Ausland im Kriegsfalle meistens seine im Inlande stehenden Guthaben zurückzieht, sowie durch den Umstand, dass infolge der durch den Kriegszustand herbeigeführten anormalen Lage des gesamten Erwerbslebens einer verminderten Ausfuhr eine vermehrte Einfuhr gegenübersteht. Dass für solche Zeiten der Besitz von ausländischen Forderungen für den kriegführenden Staat die kostbarsten Dienste zu leisten vermag, liegt auf der Hand; denn dadurch wird die Nation in den Stand gesetzt, die für die dringendsten Bedürfnisse notwendigen Kapitalien aufzubringen, ohne ihren zur Aufrechterhaltung der Währung notwendigen Vorrat an Umlaufsmitteln in stärkerem Masse angreifen zu müssen.

Hierbei kommen in der Hauptsache internationale Effekten, d. h. an fremden Börsen zugelassenen, in Betracht, wenngleich

---

[75]) Sartorius v. Waltershausen, op. cit. S. 293.

auch sonstige liquide Forderungen ebenfalls gute Dienste zu leisten vermögen. Der internationale Markt dieser Wertpapiere ist nun von ganz besonderer Wichtigkeit, da die Veräusserung so gewaltiger Posten von Effekten an den heimischen Börsen infolge der durch den Kriegsausbruch erschütterten Lage der gesamten Finanzverhältnisse nur zu schweren Verlusten möglich wäre. Im allgemeinen dürfte es sich jedoch, schon der gewaltigen Mengen wegen, nur um eine allmähliche Realisierung handeln und der Eintritt etwas ruhigerer Zeiten abzuwarten sein, da infolge des innigen Konnexes der gesamten Volkswirtschaften auch die ausländischen Börsen in die Unruhe hereingezogen werden. Wird daher die erste Hilfe in der Hauptsache von der Reichsbank, unterstützt durch die grossen Bankinstitute, auszugehen haben, so dürfte die wohltätige Wirkung der fremden Wertpapiere sich erst im weiteren Verlaufe des Krieges geltend machen.

Ferner ist zu beachten, dass nicht alle ausländischen Effekten für die inländischen Geldbedürfnisse nutzbar gemacht werden können, vor allem nicht die Effekten des gegnerischen Staates selbst. Die heimische Finanz wird daher, ebenso wie der einzelne Kapitalist seine Kapitalien zur Herbeiführung einer Art Selbstversicherung in verschiedenartigen Papieren anlegt, eine reichhaltige Auswahl guter ausländischer Werte — und hierbei kommen amerikanische Eisenbahnpapiere ebensogut in Betracht, als z. B. italienische Rente — als einer finanziellen Kriegsreserve zur Verfügung halten müssen.

Bezüglich der auswärtigen Anleihen als eines besonderen Mittels für die Zwecke der finanziellen Kriegsbereitschaft verweist Riesser, auf dessen Buch «Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung» ich noch im besonderen hinweisen möchte, auf die «hervorragenden politischen Erfolge», die mit der Gewährung oder Versagung der Notierung ausländischer Wertpapiere errungen werden können und schon errungen worden sind, sowie auf die weitere Tatsache, dass die «politischen Vorpostengefechte», eben durch das Mittel der ausländischen Anleihen, in Zukunft noch mehr als bisher auf finanziellem Boden geschlagen würden.

Schlusswort.

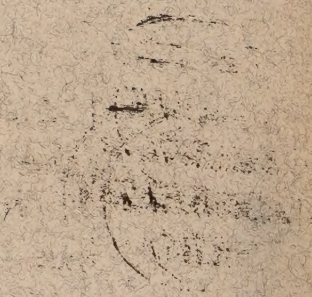
Die Notwendigkeit des Kapitalexports für die gedeihliche Fortentwicklung der deutschen Volkswirtschaft, wie auch für das weltpolitische Ansehen der deutschen Nation, dürfte aus dem bis jetzt Gesagten mit genügender Deutlichkeit hervorgegangen sein; damit ist eo ipso auch der Beweis der Nützlichkeit der Kapitalienausfuhr für den Gesamtorganismus des deutschen Wirtschaftslebens in seiner gegenwärtigen Gestaltung erbracht. Trotzdem darf die Frage aufgeworfen werden, ob wir uns dieser, mit allen Eigenschaften einer wirtschaftlichen Zwangslage ausgestatteten Entwicklung freuen sollen. Gewiss mag es in manchen Fällen der deutschen Volkswirtschaft, die einen grossen Teil ihrer jährlichen Ersparnisse für die Finanzierung ihres Bevölkerungszuwachses aufwenden muss, im gegenwärtigen Zeitpunkte schwer fallen, den Notwendigkeiten einer grösseren Kapitalienausfuhr zu genügen. Aber vergessen wir nicht, dass die deutsche Nation von Jahr zu Jahr reicher wird und diese Reichtumsvermehrung nicht vollständig durch den Aufwand des künftigen Volkswachstums kompensiert werden wird; zudem kann mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit damit gerechnet werden, dass auch für Deutschland der Zeitpunkt in nicht allzu ferner Zukunft sein dürfte, da sich mit steigendem Volkswohlstand die Zunahme der Bevölkerung in bescheideneren Grenzen halten wird, als dies bisher der Fall war. Aber — so könnte man einwenden — werden mit der Erreichung dieses Zustandes nicht auch die Voraussetzungen schwinden, unter denen gegenwärtig ein den natürlichen Kräften der deutschen Wirtschaft entsprechender Kapitalexport zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist? — Ich glaube, nein! Denn dann wird an Stelle des Bevölkerungszuwachses der vermehrte Nationalreichtum getreten sein, und die Notwendigkeit,

Kapital zu exportieren, wird nach wie vor gleich zwingend sein, wie ein Blick auf die Rentnerstaaten Westeuropas zeigen dürfte.

Noch aber ist diese Notwendigkeit durch den natürlichen Bevölkerungszuwachs der deutschen Volkswirtschaft gegeben, und dieser letztere Umstand wird wohl auch noch für etliche Jahrzehnte als zwingende Ursache der wirtschaftlichen Expansion weiter bestehen bleiben. Für die gegenwärtige Gesamtlage unserer Volkswirtschaft ist daher das Aufsuchen der fremden Märkte und die werbende Anlage unserer Kapitalien im Auslande die einzige Existenzalternative. Es ist der Kampf ums Dasein, den wir kämpfen, die letzte Möglichkeit, unser überströmendes Volkstum vor der Aufsaugung durch fremde Rassen zu bewahren. Und in diesem völkerbewegenden Moment der Erhaltung deutscher Art liegt die Berechtigung für unser weltwirtschaftliches Ringen, liegt die expansive Kraft unseres Handels, unserer Schiffahrt und Industrie, liegt das Geheimnis unseres Erfolges auf international umstrittenen Märkten!

Inhalts-Verzeichnis.

	Seite
Vorwort	3
Die geschichtliche Entwicklung des deutschen Auslandsgeschäftes	5
Die verschiedenen Formen des Unternehmergeschäftes	17
Bankgründungen	21
Eisenbahngründungen	30
Schiffahrtsunternehmungen	33
Kabelleitungen	38
Elektrizitätsgesellschaften	39
Bergbau- und Minenunternehmungen	43
Petroleumgesellschaften	55
Niederlassung	60
Besondere Charakteristik des ausländischen Unternehmergeschäftes	64
Perioden der ausländischen Unternehmertätigkeit	66
Das ausländische Anleihegeschäft	67
Begriff und Wesen des Kapitalexports	68
Motive der Kapitalauswanderung	69
Kapitalexport und Krisen	75
Umfang des deutschen Kapitalexports	78
Kritik und Antikritik	82
Besonderer Charakter des deutschen Kapitalexports	103
Volkswirtschaftliche Notwendigkeit des deutschen Kapitalexports	104
Politische Notwendigkeit des deutschen Kapitalexports	109
Schlusswort	118

Lebenslauf.

Ich bin geboren am 18. Februar 1876 zu Waldhausen, Amt Buchen, Baden, als Sohn des verstorbenen Hauptlehrers Ludwig Staab. Für den Lehrerberuf bestimmt, absolvierte ich in den Jahren 1892—95 das Lehrerseminar in Karlsruhe und fand nach einer Reihe nichtetatmässiger Verwendungen im badischen Schuldienste im Jahre 1904 die erste etatmässige Anstellung als Hauptlehrer an der Volksschule in Konstanz. Im Sommer 1908 unterzog ich mich der Reifeprüfung an der Oberrealschule in Mannheim als Extraneer. Nachdem ich zwei Semester an der Handelshochschule in Köln studiert hatte, bezog ich im Herbst 1909 die Universität Tübingen und im Frühjahr 1910 zwecks Fortsetzung des staatswissenschaftlichen Studiums die Universität Freiburg i. B., woselbst ich im Sommersemester 1911 zum Dr. rer. pol. promovierte.